Der Kampf

um

die Schulreform

in seinen neuesten Phasen.

Von

Dr. Gustav Holzmüller
Direktor der Gewerbeschule zu Hagen i. W.
Mitglied der Kaiserlichen
Leopoldinisch-Karolinischen Akademie der deutschen Naturforscher.

Hagen i. W. 1890.
Verlag von Carl Stracke.

Druck von W. Quitmann, Hagen i. W.

Inhalts-Verzeichniß.

Vorwort.

Fast sämmtliche bisher über die Schulreform erschienenen Schriften legen nur den Standpunkt der betreffenden Verfasser dar, ohne die mächtigeren Strömungen, die sich auf dem vielumstrittenen Gebiete geltend machen, hinreichend zu berücksichtigen. Mir kam es weniger darauf an, eigene Ideen und Vorschläge vorzutragen oder den theoretischen Speculationen Einzelner zu folgen, als darauf, von der Thätigkeit der größeren Korporationen und der Taktik ihrer Wortführer ein Bild zu geben. In neuerer Zeit verschwindet ja die Kraft des Einzelnen gegenüber der Energie starker Massenbewegungen vollständig. Zur Orientirung aber scheint es bei dem Wirrwarr zahlloser Stimmen und Meinungen die höchste Zeit zu sein.

Besonders die Zeit nach 1886 soll zur Sprache kommen. Die früheren Reformkämpfe hatte ich schon in der Schrift „Errichtet lateinlose Schulen!" (Deutsche Zeit- und Streitfragen 1886) behandelt.

Der Umstand, daß ich nicht rein chronologisch verfahre, sondern die einzelnen Gruppen nacheinander charakterisire, macht einige Wiederholungen, die man entschuldigen möge, unvermeidlich. Ganz sine studio et ira zu verharren, war bei der Betrachtung mancher Einzelheiten nicht ganz leicht. Inwiesern das Streben nach Objektivität gelungen ist, das wird von Seite der verschiedenen Richtungen verschieden beurtheilt werden. Illusionen habe ich mich in dieser Hinsicht noch niemals hingegeben.

Einer Einseitigkeit muß ich mich schuldig bekennen, der Beschränkung auf die preußischen Schulverhältnisse. Über die der Nachbarstaaten lag mir jedoch so ungleichmäßiges Material vor, daß von einer gerechten Beurtheilung kaum die Rede sein konnte. Dafür wurde das unendlich wichtige und doch so außerordentlich vernachlässigte Fachschulwesen in höherem Grade berücksichtigt, als in den mir bekannt gewordenen Reformschriften.

Hagen i. W., den 27. Januar 1890.

Dr. G. Holzmüller.

§ 1.

Allgemeinere Vorbemerkungen.

Das höhere Schulwesen unseres Vaterlandes hat augenblicklich eine Krisis durchzumachen, von der sich nicht ohne Weiteres sagen läßt, ob sie eine schwere, oder eine leichtere ist.

Als eine schwere hat sie zu gelten, wenn es denjenigen Kreisen, die in den Tagesblättern zum Theil in maßloser und übertriebener Weise auf eine plötzliche und totale Umgestaltung hinarbeiten, gelingt, auf die bestimmenden Faktoren des öffentlichen Lebens einen derartigen Einfluß zu gewinnen, daß den zahllosen Worten, die in der Angelegenheit bereits gesprochen worden sind, eine entscheidende, vielleicht nicht hinreichend vorbereitete und über das Ziel hinausschießende That folgt.

Als eine leichtere darf sie aufgefaßt werden, wenn in dem Kampfe der Meinungen die Stimmen nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden, wenn die maßgebenden Behörden das Bestehende, soweit es sich als gut und zweckmäßig bewährt hat, schonend festhalten und der historischen Fortentwickelung nur in soweit Rechnung tragen, als es das wirkliche Bedürfniß verlangt.

Auf jeden Fall ist aber das Vorhandensein der Krisis ein Faktum, denn noch niemals ist unser Schulwesen in ähnlicher Weise zum Gegenstande der öffentlichen Besprechung gemacht worden, wie im Laufe des letzten Jahrzehnts. Brochüren und Streitschriften regneten förmlich vom Himmel herab, Reden über Reden wurden gehalten, Vereine über Vereine gegründet, und die Tagespresse überschwemmte uns mit unzähligen Aufsätzen, die hunderte von möglichen und unmöglichen Vorschlägen und ebensoviele Angriffe und Anklagen brachten.

Die einfache Stimmenzahl darf bei einem solchen Wirrwar der Meinungen über eine der wichtigsten Kulturfragen nicht entscheiden. Auf die Gefahr hin, daß die Fanatiker des Reformstreites schon an dieser Stelle die Lektüre abbrechen, sei an eine

Bemerkung erinnert, die der bekannte Geschichtsprofessor Dr. Leo, der nun schon längst schlummernde Löwe von Halle, gelegentlich in einer Vorlesung fallen ließ: „Lassen Sie sich nicht von Majoritäten imponiren! die Minoritäten, meine Herren, haben in der Regel recht, denn die klugen Leute sind rar!" Der Monarch ferner, dem Deutschland mehr als je einem zu verdanken hat, sprach sich am 8. November 1858 als Prinz-Regent bei der Eröffnungssitzung des Ministeriums Hohenzollern-Auerswald dahin aus, nicht von sogenannten liberalen, in Wahrheit überspannten Ideen dürfe die Regierung sich fort und fort in das Unbestimmte treiben lassen; die wahre Staatsweisheit bestehe in richtiger Erkenntniß der vorhandenen Bedürfnisse, in Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz.

In der denkwürdigen Rede vom 6. März 1889 erklärte der preußische Kultusminister, Herr Dr. von Goßler, im Laufe der letzten sechs Jahre seien nicht weniger als 344 Reform-Vorschläge an ihn gelangt und im Ministerium eingehend geprüft worden. Schon darin liegt ein Maßstab für den Umfang der Reformbewegung, zugleich aber auch ein Beweis für die Sorgfalt, mit der die Entwickelung dieser an das Herz der Nation greifenden Frage seitens der Unterrichtsbehörde beobachtet wird. In wieweit ferner der Herr Minister der Zeitströmung oder vielmehr dem auf dem Wege historischer Entwickelung entstandenen Bedürfnisse Rechnung tragen will, das ergiebt sich aus dem gegen den Schluß der Rede zusammengefaßten Programm seines ferneren Verhaltens, welches nach dem stenographischen Berichte folgende Absichten kundgiebt:

„Die Herstellung eines richtigen Verhältnisses der höheren Bildungsanstalten zur Einwohnerzahl, eine Minderung der Anstalten, eine Erschwerung von Neugründungen, eine Bevorzugung von lateinlosen Schulen mit kürzerer Unterrichtsdauer, namentlich zu Ungunsten der lateintreibenden, insbesondere gymnasialen, höheren Anstalten, ferner den Ausbau der Lehrpläne, die Besserung der Methode, den Versuch, nach der Untersekunda einen Abschnitt zu finden, ferner eine bessere Ausbildung der Lehrer, und endlich unermüdlich fortzufahren in der Hebung der Körperpflege.

Er wies auf die Kraftproben hin, denen sich unser Volk in der letzten Kriegsperiode habe unterziehen müssen, und aus den Leistungen schloß er auf ein Maß von Energie, welches doch nur durch gesunde und kräftige Erziehung erklärt werden könne. Diese sei also vorhanden, und darin liege ein Schatz, den sich das deutsche Volk erworben habe, und an dem er ohne dringende Noth nicht rütteln möchte.

Unter dem Beifall des Hauses schloß er mit den Worten: „Es würde ein Unglück für die Nation sein, wenn man frühzeitig ohne die sichersten und reichsten Erfahrungen an den festesten Grundlagen rütteln wollte, auf welchen das humanistische Gymnasium erwachsen ist.“

Haben diese Worte den Kampf um die Schulreform beschwichtigt oder wenigstens gemäßigt oder vertagt? Nein! Der Befriedigung auf der einen Seite stand die vollständigste Enttäuschung mit allen ihren psychologischen Folgen auf der andern gegenüber. Enttäuschung — denn durch manche captatio benevolentiae und manche Schönfärberei waren Hoffnungen aller Art bei den Reformstürmern entstanden, und von diesen war keine einzige in Erfüllung gegangen. Selbst der erwartete Beistand der Majorität des Abgeordnetenhauses war ausgeblieben.

So tobt denn der Kampf auf der ganzen Linie weiter, und zwar in einer Weise, die häufig an Subjektivität nichts zu wünschen übrig läßt, während die Objektivität zur Seltenheit geworden ist. Der „unbewußte Irrthum“ spielt seine bekannte Rolle, und das weniger urtheilsfähige Publikum wird nach wie vor mit Veröffentlichungen überschüttet, die zum Theil unser Unterrichtswesen als in sich zerrüttet und verkommen hinstellen, in der Regel aber ein Reformbedürfniß an die Wand malen, dem wohl nur zum kleineren Theile eine gewisse Berechtigung innewohnt.

Man könnte vielleicht die Aufregung als einen „Sturm im Wasserglase“ austoben lassen, wie seiner Zeit den durch die sogenannte Überbürdungsfrage hervorgerufenen, etwa in der Annahme, daß jeder „Sport“ nur eine zeitliche Bedeutung habe. Aber die Angelegenheit ist doch eine sehr ernste. Der langdauernde Kampf führt schließlich zu einer allgemeinen Discreditirung des höheren Schulwesens, die früher zersplitterten Einzelbestrebungen haben

durch die Bildung großer Vereine Kraft gewonnen, die Agitation ist eine planmäßige geworden, die Bewegung ergreift größere und größere Kreise, und es ist durchaus nicht unmöglich, daß sie Dimensionen annimmt, die bei dem parlamentarischen Charakter unseres Staatslebens schließlich zu Erfolgen in der entsprechenden Richtung führen können. Wie verhängnißvoll ist bisweilen ein bloßer Personenwechsel geworden, wenn durch ihn eine weniger richtige Majoritätsansicht maßgebend wurde und zum Siege gelangte!

Bei dieser Sachlage ist es für jeden denkenden Staatsbürger von Wichtigkeit, sich über den Reformkampf die nöthige Aufklärung zu verschaffen. In folgendem soll daher der Versuch gemacht werden, von den verschiedenen Strömungen ein Bild zu geben. Von mancher Seite wird dieser Versuch vielleicht als ein nicht unparteiischer bezeichnet werden, denn, wo es Auswüchse zu tadeln giebt, soll allerdings der Tadel nicht verschwiegen werden, und nicht jeder wird ihn stillschweigend über sich ergehen lassen wollen. Hoffentlich aber wird man dem Verfasser das Zeugniß nicht versagen, das er wenigstens bestrebt war, das Richtige und Wahre aus dem Widerstreite der Meinungen herauszuschälen und die Einseitigkeit zu vermeiden.

§ 2.

Der Verein für Schulreform.

Der nach der Zahl seiner Mitglieder und der agitatorischen Kraft bedeutendste Reform-Verein ist der in der Überschrift genannte. Periodisch veröffentlicht er seine Mittheilungen. Er zählt augenblicklich etwa 2000 Mitglieder. Bedeutungsvoll ist, daß er freundnachbarliche Beziehungen zum Vereine der Realschulmänner unterhält, die auf Seite 2 der Mittheilungen besonders hervorgehoben werden, während er sich mit den das Gymnasium vertretenden Vereinigungen auf dem Kampffuße befindet und auch dem neugegründeten Vereine zur Beförderung des lateinlosen Schulwesens gegenüber sich in ausgesprochenen Gegensatz stellt. (Vergl. Seite 17 der Mittheilungen.) Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß der Reform-Verein ein Werk der

Realgymnasialpartei sei, denn gegen diese von Direktor Oskar Jäger ausgesprochene Ansicht hat sich Herr Dr. F. Lange, der Führer des Vereins, sehr entschieden verwahrt. Sicher aber ist, daß ein großer Theil des Realschulmännervereins dem Reform-Vereine beigetreten ist. In No. 3 der Mittheilungen sagt Herr Dr. Lange in dieser Beziehung folgendes: „Was zunächst die geistige Urheberschaft, die Anregung zu der Petition betrifft, so habe ich das Recht und die Pflicht, sie Niemandem zuzuschieben, als mir selbst. Ohne Aussprache mit irgend einem Mitgliede des Realschulmänner-Vereins, und ohne selbst Mitglied dieses Vereins zu sein, ist mir der Gedanke gekommen, daß man die zweckmäßigste Grundlage für eine Agitation der That gewinnen könnte, wenn man zunächst die Stimmen derjenigen sammelte, welche mit dem jetzigen Zustande des höheren Schulwesens unzufrieden sind. Für die Ausführung wählte ich nicht den Realschulmänner-Verein, sondern die Deutsche Akademische Vereinigung, und zwar diese aus weiter keinem Grunde, als weil ich zufällig erfuhr, daß sie sich gerade damals mit der Schulreform beschäftigte. Für die Abfassung des Textes der Petition wurde ein Ausschuß, der „Geschäftsausschuß für deutsche Schulreform" eingesetzt. Ein erster Entwurf, zu welchem sich der Landtagsabgeordnete von Schenckendorff erbot, war nicht annehmbar, und auch eine veränderte Fassung desselben genügte noch nicht unseren Wünschen, weil die von Herrn Th. Peters und mir gemachten Änderungen und Vorschläge nicht hinreichend berücksichtigt waren." Weiter aber heißt es: „Bei der Agitation für die Eingabe haben wir uns natürlich jede annehmbare Hülfeleistung dankend gefallen lassen, u. A. auch die der Realschulmänner." Dagegen läßt sich selbstverständlich nichts einwenden. —

Jener Ausschuß arbeitete eine Petition an den Herrn Kultusminister aus, die mit folgenden Worten schloß:

„Ew. Excellenz bitten wir daher gehorsamst:

1) aus berufenen Kreisen Deutschlands Vorschläge und Gutachten zur Frage einer Reform der deutschen Schule einzuholen;

2) mit geeigneten Personen und Vertretern von Körperschaften, insbesondere auch mit solchen, welche

inmitten des heutigen Lebens stehen, über die Grundzüge dieser Reform und den Gang ihrer Durchführung in Berathung zu treten, so wie die Ergebnisse dieser Berathung thunlichst ausführlich der Öffentlichkeit zu übergeben."

Auch gegen diesen Wunsch konnte man nichts einwenden, denn schon im Jahre 1873 war bei den Oktober-Konferenzen im Kultusministerium Ähnliches geschehen. — So kam denn die imposante Menge von 22 409 (später etwa 24 000) Unterschriften zusammen, die allerdings den verschiedensten Richtungen angehörten.

Zur Sammlung der Unterschriften trug besonders der Umstand fördernd bei, daß Herr Dr. Lange Redakteur der „Täglichen Rundschau" ist. Er selbst schreibt dieser Zeitung das Verdienst zu, die Hälfte der Unterschriften beschafft zu haben. Man sieht daraus, daß die Presse in solchen Fragen kein verächtlicher Faktor, keine quantité négligeable ist.

Im Oktober 1888 wurde die Petition durch den Geschäftsausschuß, Dr. Lange, Th. Peters (Generalsekretair des Vereins deutscher Ingenieure), Dr. E. Küster (Vorsitzenden der Akademischen Vereinigung), Abgeordneten E. von Schenckendorff, dem Herrn Unterrichtsminister persönlich überreicht. Aus der wohlwollend vornehmen Art und Weise, mit der dieser dergleichen Vorträge entgegenzunehmen pflegt, schlossen die Herren auf eine günstige Aufnahme der Sache. Fast gleichzeitig hatte aber Professor Dr. Jürgen Bona Meyer (Bonn) ebenfalls Audienz und berichtete gelegentlich, daß er aus der entsprechenden Unterhaltung den gegentheiligen Eindruck gewonnen hätte, daß also in der Hauptsache wohl ein Mißverständniß obwalte. Ähnliches hätte Verfasser schon vorher mittheilen können.

Im Wesentlichen hatte der Herr Minister gewünscht, die Herren möchten an Stelle der unbestimmten Vorschläge bestimmtere, ins Einzelne gehende, abfassen. Daß im Übrigen die Aufnahme eine nicht viel versprechende gewesen war, ergab sich aus der schon erwähnten Landtagsrede vom 6. März 1889.

Inzwischen hatten die Herren Dr. Lange und Peters eine Denkschrift zur Begründung eines Vereins für Schulreform ausgearbeitet, warteten jedoch jene Sitzung ab, sahen durch

die Rede des Herrn Ministers zu eigener Überraschung die Reformfrage sowohl theoretisch, wie praktisch so wenig gefördert, daß sie zu Änderungen der Denkschrift keinen Anlaß fanden und schickten das noch vom Februar 1889 datirte Schriftstück in die Welt.

Nachdem mehr als 1700 Zustimmungs-Erklärungen eingelaufen waren, wurde am 4. April im Architektenhause zu Berlin eine konstituirende Versammlung abgehalten. Zur allgemeinen Überraschung trat jedoch (nach dem Berichte des Dr Göring) eine bewegte Scene ein. Es wurde gewünscht, die Vereinsziele nicht allzusehr einzugrenzen. Der Vorstand gab dem nicht nach. Die Herren Dir. Schmelzer, Prof. Preyer, Hofmann und andere verließen das Lokal. Der Vorsitzende der Akademischen Vereinigung, Sanitätsrath Dr. Küster, nahm zur Unterstützung des Antrags die Priorität des gesammten Gedankens für die Akademische Vereinigung in Anspruch, ihm wurde das Wort abgeschnitten, und mit dem Rufe, das sei Vergewaltigung, verließ er ebenfalls die jetzt tumultuarische Versammlung. Herr Dr. Göring war vorher mit Mühe zu der Erklärung gelangt, daß Prof. Preyer sich nicht am Vereine betheiligen werde, von sich selbst konnte er dieselbe Mittheilung nicht mehr machen, eben so wenig sich eines Auftrages seitens des Dresdener Schulreformvereins entledigen — das Wort wurde ihm entzogen und er ging gleichfalls weg.

Die zurückbleibende Majorität gründete den Verein für Schulreform, während die ausgeschiedenen Herren am 15. April den Allgemeinen deutschen Verein für Schulreform „Neue Deutsche Schule" ins Leben riefen.

War es auch nur eine Minorität, die auszuscheiden beschloß, jedenfalls blieb der Eindruck, daß die glänzend inscenirte Angelegenheit mit einem Mißklange, mit einer „secessio in montem sacrum", begann, deren Wirkung bis auf den heutigen Tag andauert.

Ueber den „Konkurrenzverein" soll unten gesprochen werden.

Der Verein für Schulreform hat in § 1 seiner Satzungen folgendes als seinen Zweck angegeben:

„Der Verein für Schulreform bezweckt mit Hülfe einer über das Reich verbreiteten Organisation durch Rede und Schrift in den gebildeten Kreisen des Volkes zunächst das Verständniß für

die Reform der höheren Schulen und die Nothwendigkeit einer einheitlichen Mittelschule zu fördern und Alles zu thun, was zur Verwirklichung dieser Idee führen könnte. Unter der einheitlichen Mittelschule ist eine sechsklassige Schule mit einem den Bedürfnissen der Gegenwart angepaßten Lehrplane zu verstehen, welche die entsprechenden Klassen der Volksschule oder eine dreiklassige Vorschule zur Voraussetzung hat und zugleich die gemeinsame Vorschule für die oberen Klassen der jetzigen neunklassigen Schulen — Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule — darstellt."

Die Herren Dr. Friedrich Lange-Berlin, Oberrealschuldirektor Krumme-Braunschweig, Realgymnasialdirektor Dr. Laubert-Frankfurt a. d. O., Generalsecretair Th. Peters-Berlin, Gymnasialprofessor Reinstorff-Hamburg wurden in den Vorstand gewählt, so daß in demselben die drei Hauptgruppen des höheren Schulwesens vertreten sind. Durch ein Circular vom 8. April, von den Herren Lange und Peters unterzeichnet, wurden die entsprechenden Mittheilungen in weiteren Kreisen verbreitet und die Zahl der Zustimmungserklärungen als 1785 bekannt gegeben.

Der ausgesprochene Plan hat kein Recht, irgend welche Priorität für sich in Anspruch zu nehmen. Er ist lediglich eine Wiederholung dessen, was der Verein deutscher Ingenieure auf seiner Hauptversammlung zu Coblenz im Jahre 1886 als Resolution beschlossen hatte. Schon im Jahre vorher hatte Verfasser demselben Vereine gelegentlich der Stettiner Hauptversammlung (1885) eine Denkschrift vorgelegt, die in vielfacher Hinsicht ganz dasselbe aussprach und auf die Vereinsbeschlüsse von einigem Einflusse geworden war. In der darauf folgenden Brochüre „Errichtet lateinlose Schulen!" (Deutsche Zeit- und Streitfragen, 1886) hatte er das Thema ausführlicher behandelt, jedoch, wie schon vorher, die Idee einer solchen Schule nicht für die Jetztzeit als möglich, sondern sie einer fernen Zukunft als Endziel hingestellt, das Gymnasium aber gleichzeitig als die vollkommenste der bisherigen Schulformen, als die Krone unseres Schullebens, bezeichnet. Ganz ähnliche „Bifurcationsideen",

wie die obigen, hat bereits Ostendorf ausgesprochen, und vor ihm noch mancher andere.

Eins aber mußte überraschen: Während hervorragende Mitglieder des Realschulmänner-Vereins im Jahre 1885 gegen die Stettiner Denkschrift heftig auftraten und wohl kein einziger sie wohlwollend unterstützte, nahm jetzt fast der ganze Verein mit Befriedigung, ja sogar mit Begeisterung eine weit radicalere Idee auf. Dies stand aber im Widerspruch mit dem Bestreben hervorragender Wortführer des Vereins, die facultative Einführung des Griechischen am Realgymnasium und dadurch die Gleichberechtigung mit dem Gymnasium zu erreichen. Während also auf der einen Seite die lateinlose Einheitsschule als gemeinsamer Unterbau gefordert und das Latein bekämpft wird, steuert man auf der andern Seite der Antike zu. Bezüglich jenes facultativen Nebenunterrichts vergleiche man z. B. die Verhandlungen der Westfälischen Direktoren-Konferenz von 1889.

Die betreffende Reform-Idee hat allerdings Vieles für sich, ist aber vorläufig absolut undurchführbar. Für dieselbe läßt sich anführen, daß die Vorbildung der gesammten Höheres erstrebenden Jugend eine gleichmäßige werden würde, daß man nicht allzufrüh mit der Wahl der Schule auf die Berufswahl des Knaben einzuwirken genöthigt wäre, daß der beim Ändern der Berufswahl jetzt oft nöthige Wechsel der Schule, z. B. der Übergang von der lateinlosen zur Lateinschule, wegfallen würde, daß die Schablone des jetzigen Berechtigungswesens aufgehoben werden könnte, daß das moderne Kulturleben im Unterrichte größere Berücksichtigung finden und die bürgerlichen, praktischen Berufsarten den höheren Beamtencarrièren gegenüber nicht mit dem Stempel der Minderwerthigkeit behaftet bleiben würden, daß man so der Überfüllung der gelehrten Fächer die Hauptursache entziehen könnte, daß durch die Einheitlichkeit Geld gespart würde u. s. w. u. s. w.

Aber Reformen so weitgreifender Art lassen sich nur in langen Zeiträumen durchführen. Nur schrittweise kann man solche Ziele erreichen, nur auf dem Wege langsamer historischer Entwickelung.

Die Gymnasialmänner erklären ein dreijähriges Betreiben des Latein für durchaus unzulänglich und lehnen den ganzen

Plan rundweg ab. Sie stehen auch nicht allein da. Hinter ihnen steht ein großer Theil der gebildeten Welt, denn die Verehrer des altklassischen Humanismus bilden bei uns noch immer die Majorität. Man denke nur an die Verhandlungen, die im Jahre 1887 in beiden Häusern des Landtags gelegentlich der über die Oberrealschulen verhängten Berechtigungsentziehung stattfanden. Trotz aller Sympathien war das Resultat ein vollständig negatives.

Der Reform-Verein verschließt sich übrigens der Erkenntniß dieser Schwierigkeiten nicht. Nach dem bestimmten Eintreten des Herrn Ministers für das Gymnasium beansprucht er vorläufig — wie aus den periodisch erscheinenden „Mittheilungen“ zu entnehmen ist — „die Anbahnung von praktischen planvollen Versuchen zur Entscheidung der Frage, wie weit auf Gymnasien und Realgymnasien der Unterricht in den alten Sprachen aus den unteren Klassen in höhere ohne Schädigung der Abiturientenleistungen hinaufgeschoben werden könnte.“ Am 3. Oktober 1889 ist dem Herrn Kultusminister Dr. von Goßler eine entsprechende Eingabe übermittelt worden, und zwar wünscht man, durch Vermittelung des Herrn Ministers möchte eine zur Sicherung des Versuchs ausreichende Zahl von Gymnasial- und Realgymnasial-Direktoren ermächtigt werden, an ihren Anstalten auf Grund eines von ihnen vorzulegenden, von dem Ministerium genehmigten Unterrichtsplanes den Versuch zu machen.

Das Endziel bleibt jedoch die lateinlose sechsklassige Einheitsschule mit Französisch und Englisch, auf die sich oben die nach verschiedenen Richtungen gegabelte dreiklassige Schule setzen soll. Vorläufig soll durch facultatives Betreiben des Lateinischen bezw. Griechischen der Anschluß an die bestehenden Schulen erreicht werden.

Inzwischen hat der Stadtrath von Karlsruhe die Errichtung einer Anstalt der gewünschten Art im Princip bereits beschlossen, und es fragt sich dort nur noch, ob der Unterrichtsminister Badens gewillt ist, durch die Verleihung der nöthigen Berechtigungen die entsprechende Grundlage für die Existenzfähigkeit der Anstalt zu schaffen. Nach Nr. 3 der Vereins-Mittheilungen „scheint Neigung dazu vorhanden zu sein,“ jedoch auch das Reich hat ein Wort mitzusprechen.

Gesetzt den Fall, der Versuch mit jener Schule würde an mehreren Stellen mit gutem Erfolge gemacht, dürfte man dann auf eine weitere Verbreitung der Anstalt hoffen? — Es handelt sich um zwei obligatorische Fremdsprachen, Französisch und Englisch, und um zwei facultative, Latein und Griechisch. Hervorragend beanlagte Schüler können dies allerdings leisten, Durchschnittsschüler dagegen nicht. Da sich nun aber den Hochschulstudien nicht nur hochbeanlagte, sondern auch Schüler mittlerer Begabung widmen und auch in Zukunft stets widmen werden, so verlangt diese Übergangsschule zu viel. In dieser Hinsicht sei auf die Ansichten hingewiesen, die der Stadtschulrath (und Landtagsabgeordnete) Dr. Hofmann auf den Oktober-Konferenzen von 1873 (vergl. Seite 30—32 der Protokolle) und bei den Landtagsdebatten von 1879 geäußert hat. Er macht es der höheren Bürgerschule schon zum Vorwurfe, daß sie zwei Sprachen habe, mit Entschiedenheit empfiehlt er, sich dort auf eine zu beschränken. Auch der damalige Abgeordnete (jetzige Minister) Dr. Lucius wünschte im Jahre 1879, von Reichswegen möchte darauf hingewirkt werden, daß die Forderung zweier Sprachen für das einjährige Dienstrecht aufgehoben würde. Mittels des bekannten Buches: „Das technische Unterrichtswesen in Preußen,“ Sammlung amtlicher Aktenstücke und der Berichte und Landtagsverhandlungen aus 1878/79, kann man sich über die Reden beider Herren informiren.

Während hier schon zwei Sprachen als zu viel angesehen werden, bringt die geplante Reformschule sogar vier. Als Normalanstalt kann letztere demnach schwerlich gelten, höchstens als Nothbehelf für kleinere Städte. Sobald die Schülerzahl einer Schule mit facultativen Nebenfächern einigermaßen zunimmt, macht sich erfahrungsmäßig das Streben nach Arbeitstheilung geltend, und die Theilung in eine humanistische und eine realistische Anstalt tritt ganz von selbst ein. Vielleicht wird dies später auch an der vielbesprochenen Schule zu Altona geschehen, bei der augenblicklich in Tertia die Theilung beider Richtungen stattfindet. Unseres Erachtens hat auch die Ober-Realschule zu Magdeburg, die bekannte Guericke-Schule, deren Schülerzahl 800 beträgt, mit der Einführung lateinischer Nebenkurse etwas Überflüssiges und keineswegs Normales gethan. Man wiederholt dort denselben

Fehler, den man früher machte, als man die alten lateinischen Realschulen dem Berechtigungskultus opferte.

Billig darf man bezweifeln, daß unsere Gymnasien und Realgymnasien, für deren Direktoren die Ermächtigung erbeten wurde, sich dazu hergeben werden, der Reformschule mit facultativem Latein und Griechisch Bahn zu brechen. Würde dies aber seitens der lateinlosen Anstalten geschehen, so könnte man nur beklagen, daß die Herrschaft des Latein in ganz unberechtigter Weise vergrößert würde. Jeder Versuch, eine lateinlose Schule mit dem Latein in facultative Berührung zu bringen, ist als ein Fehler, als ein Rückschritt zu betrachten. Dies ist der kritische Punkt, wo die Reformidee leicht das Gegentheil der Reformbestrebungen zur wirklichen Folge haben kann. Hoffentlich lehnen die Vertreter der lateinlosen Schulen das facultative Latein einmüthig ab, sonst dürfte es später hier und da heißen: „L'appetit vient en mangeant."

Beschränkte sich nun der Reform-Verein auf die dargestellte Idee, so wäre trotz der mehrfachen Bedenken nichts gegen ihn einzuwenden, denn ähnliche Pläne sind schon oft ausgesprochen worden. Leider aber verfällt er in seinen Darstellungen oft in den Fehler der Übertreibung und bisweilen in den der offenbaren Discreditirung einzelnen Schulformen oder des gesammten höheren Schulwesens.

In dieser Hinsicht war seine Generalversammlung vom 27. Oktober 1885 recht charakteristisch, worüber sich der Verfasser schon in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 7. November 1889 geäußert hat. Die Anschauungen des Herrn Dr. Lange spitzten sich zu der Behauptung zu, daß nur der Besitz von Berechtigungen für das Gedeihen oder die Abnahme der höheren Schulen bestimmend sei. Trotz der Empfehlungen der Staatsregierung habe sich in Preußen die Zahl der höheren Bürgerschulen vom Jahre 1883 bis 1887 nur von 20 auf 25 gehoben, und dieser Fortschritt falle fast nur der einen Stadt Berlin zu. Die Stadtgemeinden verwandelten noch immer die mangelhaft mit Berechtigungen ausgestatteten höheren Bürgerschulen in Gymnasien und Realgymnasien.

Die letztere Behauptung ist eine irrthümliche, denn in den

letzten Jahren sind Umgestaltungsbeschlüsse ähnlicher Art überhaupt nicht mehr vorgekommen. Außerdem sind die Zahlen des Centralblatts für 1887/88 für die Beurtheilung der Sachlage im Jahre 1889 nicht nur wegen der Zeit-Differenz von 2 Jahren, sondern besonders deshalb ungeeignet, weil das Centralblatt nur die fertig gewordenen Anstalten zählt, nicht die im Aufbau begriffenen. Aber gerade an den letzteren kann man den Erfolg der Empfehlungen beurtheilen.

So führt z. B. die dort benutzte Statistik nur Görlitz, Emden, M.-Gladbach und die höheren Bürgerschulen 3 und 4 zu Berlin als Neugründungen auf. Inzwischen war aber schon manches Andere geschehen: Geestemünde hat die Umwandlung vom Progymnasium zur höheren Bürgerschule schon fast vollendet, Mühlheim a. d. Ruhr hat den Aufbau einer solchen begonnen, ebenso Kottbus und das jetzt fertige Graudenz. In Berlin sind ferner die höheren Bürgerschulen 5 und 6 gegründet und Nr. 7 beschlossen worden. Entsprechende Beschlüsse liegen vor in Charlottenburg und Magdeburg, während in Grätz (Posen) und Stallupönen die Angelegenheit noch schwebt. Es handelt sich also schon jetzt um 32 bezw. 36 Anstalten an Stelle der 20 im Jahre 1883! Dazu kommen noch die Privatanstalten zu Paderborn und Lauterberg im Harz. Nimmt man endlich noch dazu, daß in vielen Städten das Streben nach einer höheren Bürgerschule stark genug geworden ist, um die städtischen Behörden zur Besprechung der Angelegenheit in den Stadtverordnetensitzungen zu nöthigen — es seien beispielsweise Remscheid, Schwelm, Marburg, Elberfeld, Lüdenscheid, Bielefeld genannt — so darf man doch auf keinen Fall behaupten, die Ermahnungen und Empfehlungen des Herrn Kultusministers seien vergebliche gewesen. Schon die officielle Statistik für 1888/89 wird Zahlen bringen, durch welche die Bemerkungen des Herrn Dr. Lange entkräftet werden, und das Teubnersche „Statistische Jahrbuch“ für 1889/90 wird einen weiteren Einblick in den Fortschritt der Angelegenheit gewähren. —

In derselben Versammlung wurde durch Herrn Dr. Lange eine Schrift des Herrn Dr. L. Viereck (Braunschweig) lobend hervorgehoben, in der es sich besonders um die angebliche Aussichtslosigkeit der höheren Bürgerschulen in Folge des Berechtigungs-

mangels handelt. Aber auch dieser in Nr. 8 des Pädagogischen Archivs von 1889 erschienene Aufsatz enthält Irrthümer. Zum Theil sind dieselben ebenfalls darin begründet, daß die Zahlen des Centralblatts für 1887/88 als maßgebend für den jetzigen Zustand betrachtet werden.

Ist es denn aber, wenn man durchaus bei dem betrachteten Zeitraum stehen bleiben will, wirklich ein Beweis für die Lebensunfähigkeit der höheren Bürgerschulen, wenn sie in der Schülerzahl von 4533 auf 6898 stiegen, d. h. um 2365 oder um reichlich 50 Prozent, während die sämmtlichen Lateinschulen nur um 2020 wuchsen, nämlich von 114 900 auf 116 920? Nicht nur das relative, sondern auch das absolute Wachsthum ist bei den ersteren ein größeres.

Auch bezüglich der Berechtigungen werden dort Mittheilungen gemacht, die nicht genau den erlassenen Verfügungen entsprechen. So wird irrthümlich behauptet, der Abiturient der höheren Bürgerschule würde nur auf Grund einer besonderen Prüfung zur Laufbahn des Postgehülfen zugelassen. Dies steht im Widerspruch mit einer dem Verfasser vorliegenden Verfügung des Reichspostamts vom 19. Februar 1889. Auch weiß der betreffende Herr Verfasser nicht, daß jenen Abiturienten nach der Verfügung vom 9. September 1879, wie auch im „Statistischen Jahrbuch" zu lesen ist, der subalterne Justizdienst offen steht.

Wir legen auf solche Berechtigungen nicht den mindesten Werth und erwähnen sie nur, weil Herr Dr. Viereck sie als nicht vorhanden bezeichnet. Seine Behauptung, diese Schulen müßten am Berechtigungsmangel sterben, wird durch die Statistik der einzelnen Anstalten widerlegt, die man im Anhange nachsehen möge. Das Bedürfniß nach Männern der Praxis ist es, welches die höheren Bürgerschulen überall mit Schülern überfüllt.

Mit der angeblichen Berechtigungslosigkeit der höheren Bürgerschule steht es übrigens nicht so schlimm, wie Herr V. behauptet. Der Abiturient kann nicht nur durch den freiliegenden Übergang zur siebenklassigen Realschule und zur neunklassigen Ober-Realschule Weiteres erreichen, sondern auch durch den Besuch der sich an den 6. Jahreskurs anschließenden mittleren Fachschule. Nach der Prüfungsordnung vom 10. April 1887 für die Beamten des Staats-Eisenbahnwesens stehen den Abiturienten dieser

Fachschulen folgende Stellungen offen: 1) die der technischen Eisenbahn-Sekretaire, 2) die der technischen Betriebs-Sekretaire, 3) die der Werkstätten-Vorsteher. Nach einer Ministerial-Verfügung vom 15. Januar 1889 können die Abiturienten der vom Verfasser geleiteten Fachschule zu Hagen i. W. auch die Carrière der Werkstättenvorsteher und der Konstruktionssekretaire der Kaiserlichen Marine einschlagen, erstere selbstverständlich nur bei hervorragender praktischer Befähigung. Nach derselben Verfügung werden sie sogar zur Laufbahn der Landmesser zugelassen, obwohl diese weniger mit dem Ziele der maschinentechnischen Anstalt zusammenhängt.

Aber der Einblick in die Abiturientenlisten der Programme genügt, um zu zeigen, daß nur in seltenen Fällen von der Gelegenheit, in den Staatsdienst zu treten, Gebrauch gemacht wird. Fast sämmtliche Abiturienten ziehen es vor, ins praktische Leben einzutreten. Und daraus darf man doch wohl folgern, daß die wenigen Carrièren, die man ihnen sonst noch eröffnen könnte, von gleich geringem Einflusse auf das Gedeihen der Anstalten werden dürften, wie die ihnen bereits zugewiesenen. Man muß sich endlich einmal daran gewöhnen, die Berechtigungen als Nebensache, die Organisation der Schule dagegen als Hauptsache zu betrachten. Die Berechtigungsjagd ist es gewesen, die einst mehr als hundert Schulen in die Arme des Lateinischen getrieben hat, die den bürgerlichen Mittelstand der alten, guten lateinlosen Realschule beraubte, und die an Stelle der Pflege der pädagogischen Ideale das nüchterne Utilitätsprincip setzte.

In neuerer Zeit ist übrigens die Berechtigungsjagd ein unfruchtbares Vergnügen geworden. Nicht mehr der einzelne Minister ertheilt oder entzieht Berechtigungen, sondern nur noch das gesammte Staatsministerium. Der Ressortminister entscheidet z. B. nur noch unter dem Beirathe des Kultusministers, der selbstverständlich den Einfluß der etwa vorgeschlagenen Änderung auf die betreffende Schulgruppe zur Sprache bringen wird. Die genannte Gesammtbehörde wird offenbar nur unter dem Drucke einer zwingenden Nothwendigkeit sich zu Änderungen entschließen.

Man gewöhne sich ferner an den Gedanken, daß die Berechtigungen nicht ertheilt werden nach dem Bedürfnisse der Schulen,

sondern nach dem des entsprechenden Ressorts. Nur die Berechtigung zum einjährigen Militärdienste macht eine Ausnahme. Den höheren Bürgerschulen hat es übrigens hier und da geschadet, daß bisweilen aus unberufenem Munde Gerüchte des Inhalts verbreitet wurden, man hätte die Absicht, diese Anstalten jener Berechtigung zu berauben und ihren Abiturienten eine zweijährige Dienstzeit aufzuerlegen. Amtlich ist darüber noch niemals ein Wort gefallen, und die Absicht, aus der die Verbreitung solcher Gerüchte hervorgeht, ist leicht zu erkennen.

In einem Punkte darf man dem Herrn Dr. Viereck beistimmen, in dem Wunsche, daß an sämmtlichen höheren Bürgerschulen der Normal-Etat des Gymnasiums eingeführt werden möchte. Bei einigen Anstalten ist dies bereits der Fall. Bei diesen steht zu hoffen, daß sie von den Lehrern nicht lediglich als Durchgangspunkt betrachtet werden, daß im Gegentheil eine gewisse Stabilität des Kollegiums eintrete, die feste Traditionen ermöglicht.

Aber wie maßlos schießt der genannte Schulmann über das Ziel hinaus, wenn er behauptet, daß bei der jetzigen Sachlage solche Anstalten meistens schon bei der Gründung den Todeskeim in sich trügen! Die Beispiele von Remscheid und Bonn gehören, wenn man den Moment des Umänderungsbeschlusses zu Grunde legt, schon in eine fernere Vergangenheit, und die Verfügungen von 1882 haben zwischen dem Sonst und dem Jetzt eine förmliche Scheidewand errichtet. Früher reichte der Wunsch eines überwiegend philologisch gebildeten Lehrer-Kollegiums hin, die Umgestaltung einer lateinlosen Schule in eine lateintreibende herbeizuführen. Jetzt dagegen erkennt der Herr Kultusminister in den lateinlosen Anstalten Schulen von größter wirthschaftlicher Bedeutung. Jeder Umgestaltungswunsch findet, da dieselbe Überzeugung sich mehr und mehr in das öffentliche Bewußtsein eindrängt, in der Bürgerschaft und bei den Behörden ein wirksames Gegengewicht.

Die gesammte Todeskeim-Theorie läßt sich durch einzelne Beispiele und durch die Gesammtstatistik leicht aus der Welt schaffen. In Berlin sind in den letzten Jahren nicht weniger als 7 höhere Bürgerschulen entstanden, die sich voraussichtlich

niemals in eine Berührung mit dem Latein einlassen werden. Ihre Schülerzahl nimmt in überraschender Weise zu. Die drei höheren Bürgerschulen zu Breslau hatten im Jahre 1888 bezw. 388, 500, 565 Schüler. In Hagen, einer Stadt von noch nicht 33 000 Einwohnern, ist die höhere Bürgerschule nebst aufgesetzter maschinentechnischer Fachschule, die nur einjährig Berechtigte aufnimmt, augenblicklich von 466 + 71 = 537 Schülern besucht, während das treffliche Realgymnasium mit Gymnasialklassen etwa 370 zählt. Auf der einen Seite steht der angebliche Berechtigungsmangel, auf der andern der Überfluß an Berechtigungen, von den Todeskeim-Behauptungen des Herrn Dr. Viereck sehen wir aber das Gegentheil als das Wirkliche und Thatsächliche vor uns, denn die „berechtigungslose" Anstalt ist stärker besucht, als die andere.

Von durchschlagender Beweiskraft dürfte folgende für Preußen geltende Tabelle sein, die für die Jahre 1882 und 1887 die Durchschnittsfrequenz jeder Schulgruppe und, da die Klassenzahlen 9, 7 und 6 berücksichtigt werden müssen, den Durchschnittsbesuch jeder Klasse angiebt:

		1882		1887	
		Frequenz	Klassenstärke	Frequenz	Klassenstärke
9-klassig	1. Gymnasien	309	$34^3/_9$	307	$34^1/_9$
	2. Realgymnasien . .	297	33	289	$32^1/_9$
	3. Oberrealschulen (lateinl.)	343	$38^1/_9$	427	$47^4/_9$
7-klassig	4. Progymnasien . .	114	$16^2/_7$	111	$15^6/_7$
	5. Realprogymnasien .	111	$15^6/_7$	110	$15^5/_7$
	6. Realschulen (lateinlos)	245	35	299	$42^5/_7$
6-klassig	7. Höh. Bürgerschul. (ltl.)	226	$37^4/_6$	291	$48^3/_6$

Die Tabelle soll nicht etwa beweisen, daß die höh. Bürgerschulen die stärkste Klassenfrequenz haben, denn sonst müßten sie nur mit den 6 Unterklassen der übrigen Anstalten in Vergleich gestellt werden. Sie soll lediglich zeigen, wo der Fortschritt von 1882 auf 1887 liegt, ob die Todeskeim-Behauptungen begründet sind, oder nicht.

Nur die lateinlosen Schulen zeigen von 1882 auf 1887 eine erhebliche Steigerung in der Durchschnittsfrequenz der Anstalten und der Klassen, am hervorragendsten die höheren Bürgerschulen. Alles andere steht still oder geht langsam rückwärts. Wir sind also offenbar auf dem Wege der Besserung, und die Todeskeim-Behauptungen fallen in sich selbst zusammen.

Wer noch nicht überzeugt ist, wird im Anhange statistische Tabellen finden, deren Erläuterungen zu demselben Resultate führen.

An den Viereckschen Aufsatz haben sich in verschiedenen Zeitungen zum Theil anonyme Artikel angeschlossen, welche behaupten, an den höheren Bürgerschulen wären die Oberklassen äußerst schwach besucht, angeblich wegen des Mangels an Berechtigungen. Die Posener Zeitung führte als Beispiel Liegnitz an, wo die Anstalt in Sexta 110, in Prima nur 9 Schüler habe. Man lasse noch einige Jahre hingehen, und man wird sehen, wie schnell die Zahl anwächst. Auch an der vom Verfasser geleiteten Anstalt gab es früher nur 5 bis 7 Primaner, im Jahre 1888 aber waren 57, im Jahre 1889 52 Primaner vorhanden, und im folgenden Jahre dürfte die Zahl 60 erreicht oder gar überschritten werden. Auch an anderen Stellen wird ein erfreuliches Anwachsen der Abiturientenzahl beobachtet. Besonders die neu gegründeten Anstalten haben zur Füllung der Prima noch Zeit nöthig. Ehe man aus einer niedrigen Zahl Schlüsse zieht, erkundige man sich zunächst, wo die Ursachen liegen. Inzwischen hat Herr Dr. V. selbst seine Todeskeimtheorie durch die Blätter verschiedenster politischer Richtung über den ganzen Staat verbreitet, wir hoffen jedoch, daß der so rapid verbreitete Bacillus (Todeskeim) ohne Schaden an unseren höheren Bürgerschulen vorübergehen möge.

Aus den obigen Betrachtungen geht hervor, daß die höheren Bürgerschulen weitere Berechtigungen zu ihrer Existenz gar nicht nöthig haben. Verleiht man ihnen solche, so werden sie sich nicht dagegen auflehnen, aber fehlerhaft würde es sein, den Charakter einer solchen Schule lediglich in der Absicht, Berechtigungen zu erobern, wesentlich zu ändern. Eine solche bedenkliche Änderung würde aber das empfohlene facultative Zulassen von Latein und Griechisch sein. An Orten, die nur eine

einzige Lehranstalt besitzen, nämlich die höhere Bürgerschule allein, drängt die Nothlage auf das facultative Zulassen alter Sprachen hin, nur muß dabei die Dispensation von anderen Gegenständen stattfinden. In Städten aber, die mehrere höhere Schulen besitzen, ist dieses Zulassen überflüssig. Als normal kann man es schwerlich bezeichnen, wohl aber als bedenklich.

Wozu nun die übertreibenden Behauptungen über die angebliche Lebensunfähigkeit der höheren Bürgerschulen? Dergleichen kann doch diese allseitig als nützlich, vom Reformvereine selbst als vortrefflich anerkannten Anstalten nur schädigen! Ist die Discreditirung etwa nöthig, um den übertriebenen Reform-Ideen Eingang zu verschaffen? Denn daß Berechtigungen auf dem Wege der Agitation nicht erobert werden können, ist hinlänglich bekannt.

Noch ärgerer Uebertreibung macht sich der Viereck'sche Aufsatz schuldig bezüglich des Gymnasiums, von dem rundweg behauptet wird, es ginge jetzt an innerer Zerrüttung zu Grunde! Bei welchem Publikum darf man dabei auf hinreichende Leichtgläubigkeit rechnen? Das Gymnasium steht in Folge alter Tradition bezüglich der inneren Disciplin und der pädagogischen Zucht im Allgemeinen unübertroffen da. Wir behaupten nicht, daß die höchsten Ideale der Pädagogik in ihm bereits erreicht seien, daß es als fertig und vollendet dastehe und nicht nöthig habe, sich den Forderungen der fortschreitenden Zeit zu fügen, aber die in dieser Schulgruppe vereinigte Intelligenz und didaktische Energie macht sie zu einer festen Burg, an deren Mauern noch mancher dilettantische Widder seine Stoßkraft vergeblich verschwenden wird. Auch diese Mauern werden nicht in alle Ewigkeit halten, denn menschliche Institutionen sind noch stets der Vergänglichkeit anheimgefallen — tempora mutantur, nos et mutamur in illis — aber vorläufig halten sie noch. Allerdings wird es dem Gymnasium ähnlich ergehen, wie jeder Festung, deren Vertheidigungswerke sich den Fortschritten der Zeit anbequemen müssen, wenn sie nicht unbrauchbar werden sollen.

Wollen die Freunde der Schulreform auf Erfolge in den maßgebenden Kreisen hoffen, so müssen sie jene Uebertreibungen und offenbaren Unrichtigkeiten bei Seite lassen, die ihnen nur Niederlagen verschaffen können, wie die durch die neueste Brochüre des

Dir. Oskar Jäger („Das humanistische Gymnasium und die Petition um durchgreifende Schulreform") herbeigeführte. Wenn dieselbe auch hier und da in nicht unberechtigtem Zorne selbst über das Ziel hinausschießt, so benutzt sie doch die Schwächen der Reformstürmer in geschickter Weise, und mancher Hieb würde noch schärfer sitzen, wenn schon vor ihrer Veröffentlichung der Reform-Verein die Ideen des Herrn Dr. Viereck auf den Schild erhoben hätte.

Ohne Scheu wiederholt Verfasser auch an dieser Stelle die Worte, mit denen er sich in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung den Übertreibungen und unrichtigen Angaben gegenüber aussprach: „Der bisherige Kampf gegen das Gymnasium erinnert noch immer zu stark an das bekannte Sprüchwort: Qui mange du pape, en meurt. Nicht Jeder hat die Kraft in sich, zum Luther der Schulreform zu werden, und Manchem möchte man zurufen: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!" Fadenscheinige Gründe und kurzlebige Übertreibungen sind hier nicht am Platze, und nur auf dem unerschütterlichen Felsengrunde der Wahrheit kann man in solchem Kampfe seinen Platz behaupten, in jener inneren Ueberzeugung, die da ruft: „Ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!"

Dieser Appell an die Wahrhaftigkeit richtete sich selbstverständlich nur an die extremsten Elemente der Reformpartei, die Totalreform um jeden Preis haben wollen, selbst wenn darüber alles Gute und Vortreffliche, was wir an unseren Schulen haben, verloren gehen sollte. Ihnen liegt nicht daran, das Vorhandene gerecht zu würdigen, sondern nur daran, es zu discreditiren. Wenn Jemand sagt, er schriebe für die höheren Bürgerschulen, während er ihre angebliche Lebensunfähigkeit in die Welt hinausposaunt, dann kann ebensogut Jeder, der durch Ausbreitung des falschen Gerüchtes von der Kreditlosigkeit und Insolvenz eines Kaufmanns denselben finanziell ruinirt, behaupten, er hätte ihm helfen wollen, indem er zahlungsfähige und edelgesinnte Menschen auf seine angeblich schlimme Lage aufmerksam gemacht hätte. Für solche Freundschaftsdienste wird sich jeder Geschäftsmann energisch bedanken, und somit haben auch die höheren Bürgerschulen Ursache, zu rufen: „Gott bewahre uns vor solchen Freunden! Mit unsern Gegnern wollen wir schon selbst fertig werden!"

Dem Verfasser erscheint es als psychologisches Räthsel, daß Herr Dr. Fr. Lange die entsprechenden Behauptungen in Nr. 3 der „Mittheilungen“ einfach als richtig und erwiesen erklärt. Von den diesseitigen Einwendungen wird gesagt, durch sie würde an der Sache herzlich wenig geändert, der Warnungsruf an das Mönchlein aber wird als gute Vorbedeutung dankend entgegen genommen.

Es dürfte aber zu bezweifeln sein, daß die gute Vorbedeutung in Erfüllung gehen kann, wenn das Fundament, auf dem der Reformverein den Riesenbau aufrichten will, mit allerlei menschlichen Schwächen behaftet ist. Der große Reformator war stark in der Selbstprüfung und sagte bescheiden, wenn sein Werk nur Menschenwerk wäre, so würde es untergehen.

Ist es nicht auch eine Wiederholung einer früheren captatio benevolentiae, wenn es in Nr. 2 der Mittheilungen heißt: Wir erhielten von zuverlässiger Seite die Nachricht, daß im preußischen Kultusministerium die Überzeugung (?) Platz gegriffen habe, man könne und dürfe die Frage der Schulreform nicht länger hinausschieben.“ Irgendwo wird wahrscheinlich auch dieses Mal ein Mißverständniß obwalten, und die bevorstehende Berathung des Kultus-Etats im Abgeordnetenhause wird die nöthige Aufklärung bringen. Trotzdem wird die Mitgliederzahl des Reformvereins inzwischen erfreulich angewachsen sein.

Die Hauptschwäche und der taktische Fehler des Reformvereins scheint dem Verfasser darin zu liegen, daß er verfrüht und ohne ausreichende Basis arbeitet. In einer Zeit, wo den 480 Lateinschulen nur etwa 60 lateinlose gegenüberstehen, kann gar nicht daran gedacht werden, die lateinlose Schule zum gemeinsamen Unterbau zu machen. Weit erfolgreicher könnte er arbeiten, wenn die Lateinschulen in der Minorität wären. Statt nun die Bestrebungen auf Vermehrung der lateinlosen Schulen zu unterstützen, setzt er sich zu denselben in Nr. 3 der Mittheilungen in bewußten Gegensatz, hilft mit bei der Discreditirung und Herabsetzung dieser Anstalten und sägt so selbst den Ast ab, auf dem er sitzen könnte.

Die wirklichen Reformfreunde thäten besser, sich auf 20 bis 30 Jahre den Bestrebungen des Vereins für lateinlose Schulen

anzuschließen, und so den richtigen ersten Schritt zu thun, ehe der zweite und dritte Schritt in Ueberlegung gezogen wird. Friedrich der Große urtheilte gelegentlich über den Reformkaiser Joseph II. dahin, es sei schade, daß der das beste wollende Monarch stets den zweiten Schritt thäte, ehe er den ersten gethan. Und wo sind die Reformen Josephs II. geblieben! Also man sorge zunächst dafür, daß Preußen etwa 200 lateinlose Schulen erhalte.

Das in voller Kraft bestehende lateinische Schulwesen läßt sich nicht so ohne Weiteres aus den Angeln heben. Die Reformfrage wird, wie die orientalische, schrittweise zu lösen sein. Plötzliche Umgestaltungen haben sich im Schulwesen noch niemals bewährt, und die verunglückte Gewerbeschulreorganisation von 1870 sollte für alle Zeiten ein Warnungszeichen dafür sein, wie man nicht reorganisiren darf. Es handelt sich, wie im Staatsleben, so auch im Schulleben um einen ununterbrochenen Entwickelungsgang, bei dem sich oft unscheinbare Änderungen als bedeutungsvoll und folgenschwer erweisen. Ein solches Ereigniß war der Erlaß der Lehrpläne von 1882, deren Wirksamkeit sich aus dem jetzt veränderten Gange der Schulstatistik von Jahr zu Jahr in höherem Grade ergiebt. Dasselbe gilt von der Programmrede des Herrn Kultusministers vom 6. März 1889, dessen Vorschläge sich zwar auf das zur Zeit Erreichbare beschränken, aber nach jeder Richtung hin als heilsame und zweckmäßige betrachtet werden müssen. Die Führer der Reformpartei sind durch jene Rede enttäuscht worden, die Lehrer der lateinlosen Schulen fanden sich nicht enttäuscht, sondern lediglich bestärkt in ihren Ansichten und thatkräftig unterstützt in ihren Bestrebungen zur Hebung des lateinlosen Schulwesens nach Innen und Außen.

Fern sei es von uns, einen Verein, der alle mit dem höheren Schulwesen der Jetztzeit unzufriedenen Elemente in sich vereinigen will, als etwas Bedeutungsloses zu betrachten. War doch auch der Boulangismus in Frankreich auf die Vereinigung der Unzufriedenen aller politischen Richtungen gestützt und so lange stark, als der Zusammenhang dauerte. Aber allzutragisch wollen wir die Lage nicht auffassen, denn hier handelt es sich nicht, wie dort, um Sein oder Nichtsein, und auch die Verschärfung der Gegensätze und die lateinische Reaktion, die sich den über das Ziel hinaus-

schießenden Bestrebungen entgegenstellen könnte, verspricht nicht allzufurchtbar zu werden.

So viel über die Hauptgruppe der Gegner des augenblicklichen höheren Schulwesens!

§ 3.

Der allgemeine Verein für Schulreform „Neue Deutsche Schule".

Die Art und Weise, wie der in der Überschrift genannte Verein entstand, ist schon oben zur Darstellung gebracht. Er wird geführt von Prof. Dr. Preyer-Berlin (früher in Jena), Dr. Hugo Göring-Berlin und Verlagsbuchhändler Hofmann-Berlin. Der Vorstand wurde schon in der ersten Sitzung durch den Landtagsabgeordneten Gymnasialdirektor Schmelzer-Hamm und den Realgymnasialdirektor Dr. Ernst Meyer-Dortmund ergänzt.

Unter den Gymnasialdirektoren ist Herr Schmelzer wohl der einzige, der energisch für die Gleichberechtigung des Realgymnasiums mit dem Gymnasium eintritt, was er auch in der letzten Session des Abgeordnetenhauses gethan hat. Auf demselben Standpunkte steht selbstverständlich auch Herr Dr. Meyer. Wir werden sehen, daß diese Gleichberechtigung ein wesentliches Ziel auch dieses Vereines ist.

Die in der konstituirenden Versammlung beschlossenen Satzungen gaben nämlich folgende Vereinsziele an: 1) Einheitliche Vorbildung für die höheren Schulen, 2) Erhebung des Deutschen zum Mittelpunkte des Unterrichts, 3) Bessere Schulhygiene und größere Fürsorge für die körperliche Entwickelung der Jugend, 4) Gleichberechtigung der Realanstalten und Gymnasien als nächste Vorbedingung für eine durchgreifende Schulreform, 5) Bessere Vorbildung der Studirenden für ihren späteren Erzieher- und Lehrerberuf, 6) Vereinfachung des Prüfungswesens, 7) Größere Betheiligung der Eltern an den Pflichten und Rechten der Erziehung, 8) Einigung aller Schulreformbestrebungen, 9) eine selbständige Unterrichtsverwaltung unter stärkerer Heranziehung von Fachmännern, 10) ein Unterrichtsgesetz.

Organ des Vereins ist die periodisch erscheinende Zeitschrift „Die Neue Deutsche Schule“ von der uns zunächst Heft I vorliegt.

Charakteristisch ist als Ziel des Vereins die Einigung aller Schulreformbestrebungen. In ähnlicher Weise suchte der vorige Verein alle diejenigen in sich zu vereinigen, die unzufrieden mit der augenblicklichen Gestaltung des Unterrichtswesens sind. Letzterer setzt sich aber jedenfalls in offenen Gegensatz zu dem ersteren, denn nicht ohne Genugthuung wird in den „Mittheilungen“ hervorgehoben, daß dem Vereine „Neue Deutsche Schule“ nur etwa 100 Mitglieder beigetreten seien. Während aber der „Reformverein“ sich allen andern Richtungen gegenüber in den Kampf begiebt, die Gegner also aus seiner Zeitschrift ausschließt, sucht die „Neue Deutsche Schule“ ihre Zeitschrift selbst zum Kampfplatze der verschiedenen Meinungen zu machen. Der Reformverein also will ein möglichst einheitliches Programm durchführen, die Neue Deutsche Schule hingegen ruft die Streiter aller Richtungen heran, ihr Turnier auf der angebotenen Wahlstatt auszufechten.

Schon das erste Heft der „Neuen Deutschen Schule“ ist in Folge dessen äußerst interessant. Friedlich steht z. B. neben Preyer, dem Verfasser von „Naturforschung und Schule“, sein Gegner Prof. Dr. Vaihinger-Halle.

Preyer, der Führer des Vereins, verlangt als Psycholog und Physiolog, die Pädagogik müsse auf die moderne Biologie gegründet werden. Physiologische und hygienische Grundsätze seien bei der nothwendigen Neugestaltung des Schulwesens zu Grunde zu legen. Weil die Methoden und Ergebnisse der genannten Wissenschaften, besonders die das Kindesalter betreffenden, nicht beachtet und weil ihre fundamentale Bedeutung für Erziehung und Unterricht von der Schule nicht anerkannt würden, so seien die jetzigen Schulen schuld daran, daß ein geistig überreiztes, körperlich zurückgebliebenes Geschlecht heranwachse.

Der Preyersche Vortrag, der auf der Naturforscher-Versammlung zu Wiesbaden am 19. Sept. 1887 von der einen Partei mit lebhaftem Beifall entgegengenommen wurde, ließ sich besonders gegen diejenige Schule ausnutzen, die den Naturwissenschaften verhältnißmäßig wenig Raum widmen kann, gegen das Gymnasium.

Eine Reihe von Aussprüchen mußte ja auch von durchschlagender Wirkung sein: „Die Schleuse des Gymnasialmonopols muß aufgehoben werden!“ „Besonders nachtheilig ist dem Gymnasiasten die Anfertigung des lateinischen Aufsatzes!“ „Auf phonetischer Grundlage muß mehr Französisch und Englisch getrieben werden!“ „Zu einem praktischen Arzte, der fließend den Euripides übersetzt, wird kein Kranker Vertrauen haben!“

Wie man aber in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus. Direktor Oskar Jäger-Köln schrieb seine zornbegeisterte Brochüre „Das humanistische Gymnasium und die Petition um eine durchgreifende Schulreform“, fand als sattelfester Schulmann die Schwächen des Hauptgegners leicht heraus, deckte Verstöße gegen die einfachsten Gesetze der Logik auf, belustigte sich über eine Unzahl von Gemeinplätzen und unbedachten Äußerungen und vertheidigte das Gymnasium und seine alten erprobten Erziehungstraditionen nicht ohne Glück und Überzeugungskraft.

Aber noch ein ganz anderer Gegner trat auf. Da nämlich Preyer auch die Statistik ins Feld geführt und amtliche Zahlen für seine Beweisführungen in nicht ganz korrekter Weise benutzt hatte, so fand sich die Unterrichtsverwaltung Preußens veranlaßt, in ihrem Centralblatt eine Widerlegung zu geben, was bekanntlich in unserem Staate nur in den äußersten Fällen zu geschehen pflegt. Dort heißt es z. B. „Da er sich auf amtliche Zahlen stützte, so scheint man diesen Theil seiner Ausführungen oder wenigstens die dabei angewandten Ziffern für korrekt gehalten zu haben. Das sind sie aber keineswegs, vielmehr leiden sie durchgängig an Inkorrektheit und weichen gerade an den wichtigsten Punkten ganz erheblich von der Wahrheit ab“. — Die Versuche des Herrn Preyer und seiner Anhänger, sich zu rechtfertigen, sind unseres Erachtens fehlgeschlagen.

Dem Volke gegenüber schlug Herr Preyer einen noch kräftigeren Ton an. So beginnt er z. B. in der Mauthnerschen Wochenschrift „Deutschland“ einen auch in der Neuen Deutschen Schule abgedruckten Aufsatz über die Zukunft der Schulen in Deutschland mit folgenden Worten, bei denen offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens war: „Es bedarf keiner ungewöhnlichen Sehergabe, um den gegenwärtig in Deutschland staatlich bevorzugten

Gelehrtenschulen eine wenig erfreuliche (?) Zukunft vorauszusagen". Später kommt dann eine hier und da vielleicht Entsetzen erregende Schilderung unserer Gymnasialjugend: „Traurig und für manchen Vater und Menschenfreund niederschlagend ist es, mit erleben zu müssen, wie die gegenwärtigen Nachkommen der germanischen Männer schon im zehnten Lebensjahre mit Vernachlässigung der elementaren Grundgesetze aller morphologischen Entwickelung und der physiologischen Arbeitsbedingungen Tag für Tag ihr werdendes Gehirn mit Büchern, mit Buchstaben, immer wieder und wieder mit Buchstaben anstrengen müssen. Blaß und dünnbeinig, schlaff und kurzsichtig, von einer krankhaften Lesewuth erfaßt, für starke Reize des materiellen Genußlebens allzu empfänglich, Muskelanstrengungen abgeneigt, so sehen wir einen nicht (?) geringen Theil unserer Gymnasiasten vor unsern Augen zu Stubenhockern heranwachsen".

Nun wird eine neue deutsche Schule empfohlen, in der nur am Vormittag geistig gearbeitet, der Nachmittag aber mit Jugendspielen, Militärübungen, Turnen, kurz mit rationellen körperlichen Leistungen aller Art, mit praktischer Thätigkeit im Garten- und Landbau, wie im Handwerk, verbracht wird. Die Schüler sollen mit der Reichsverfassung und Gesellschaftsordnung bekannt gemacht werden, um vor phantastischen Theorien bewahrt zu bleiben. An hochherzige Männer wird appellirt, die ein so nationales Unternehmen materiell fördern sollen. „Die mit der neueren Biologie in grellem Wiederspruche stehenden Lehren der Socialdemokratie verlieren durch solche Erziehung den Boden in dem Herzen der Jünglinge, welche ohne solche Lebenserfahrung allzuleicht an der monarchischen Staatsordnung zu rütteln verleitet werden".

Welche Uebertreibungen! Die Schilderung der Gymnasialjugend ist nichts, als ein tendenziöses Zerrbild. Die Socialdemokratie ferner wird sich um die Forderungen der biologischen Wissenschaft selbstverständlich nicht im mindesten kümmern. Warum wird gerade dieses Schreckgespenst heraufbeschworen, um die Preyer'sche Schule zu empfehlen? Mit solchen Deklamationen kann man vielleicht ein urtheilsloses Publikum für Schulreform begeistern, nicht aber die wahrhaft gebildeten Kreise.

Es ist jedoch dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Ein dritter Gegener stand auf. Das Teufelchen der Biologie, dem Preyer den kleinen Finger gereicht hatte, verlangte sofort die ganze Hand und spielte so dem Herrn Professor einen Streich, den er vielleicht nicht erwartet hatte.

Professor Dr. Vaihinger-Halle griff die physiologisch-psychologische Idee auf, verlangte aber, daß auch die Konsequenzen gezogen würden. Das biogenetische Grundgesetz, der Darwinismus, der angeblich auf alle Geisteswissenschaften in immer höherem Grade reformirend einwirkt, macht nach Vaihingers Behauptung auch auf die Pädagogik seinen Einfluß geltend. Dieses bekanntlich von Prof. Haeckel-Jena ausgebaute Grundgesetz besagt nun, „daß die Entwickelungsgeschichte des einzelnen Individuums eine Rekapitulation der des ganzen Stammes ist, d. h. jedes organische Lebenswesen wiederholt in kurzen Zügen die ganze Formenreihe, welche die Vorfahren des betreffenden Individuums von Anfang an durchlaufen haben. Da nun auf dem Standpunkte des modernen Monismus zwischen somatischer und psychischer Entwicklung kein prinzipieller Unterschied gemacht wird, so gilt dasselbe Gesetz auch für die geistige Entwickelung. Die geistige Entwickelung der kindlichen Individuen wiederholt im Auszuge die Enwickelung des Stammes, dem sie angehören". Weil nun die europäische Kulturmenschheit drei Hauptkulturstufen durchgemacht hat, 1) das griechisch-römische Alterthum, 2) das Christenthum, 3) die moderne Naturwissenschaft, so muß(?) das Einzel-Individuum so erzogen werden, daß es durch diese Stufen hindurchgeführt wird. Weil also das Gymnasium besonders die beiden ersten Stufen berücksichtigt, so ist es vom biologischen Standpunkte aus eine vortreffliche Lehranstalt und soll wahrscheinlich durch des Herrn Professors Reformvorschläge demnächst auf die höchste Stufe gelangen, indem unten altklassisch-heidnisch, in der Mitte mittelalterlich-christlich, oben modern-naturwissenschaftlich unterrichtet werden soll. Nun wird eine ganze Litteratur citirt, um zu zeigen, daß jene Auffassung der Erziehung als einer kurzen Rekapitulation der Kulturgeschichte eine bedeutsame Idee sei, die man nicht mehr ignoriren könne.

Trotz aller Citate darf man aber wohl behaupten, daß solche geistreichen Ideen-Kombinationen für die Schulpraxis und die Schulreform absolut werthlos sind. Wie würde sich Hegel, der Philosoph der absoluten Idee, freuen, wenn er hören oder lesen könnte, wie auch hier die konstruirende Idee zur vorausbestimmenden Schablone für das wirkliche Leben gemacht wird!

Ist es ferner nicht gewagt, bezüglich des Schulwesens das Christenthum und die moderne naturwissenschaftliche Kulturwelt in offenbarem Gegensatz zu einander zu stellen? Oder meint etwa Herr Vaihinger diesen Gegensatz à la Hegel durch die Annahme harmloser zu machen, daß, wie in der Synthesis die Thesis und Antithesis als aufgehobene Momente enthalten seien, so auch Alterthum und Christenthum in der modernen naturwissenschaftlichen Kultur als aufgehobene Momente drin steckten? Für unser ganzes Schulwesen würde es von tiefeinschneidender Wirkung sein, wenn ein solcher Gegensatz zum Prinzip erhoben werden sollte.

Wollte man ferner Konsequenzen ziehen, so dürfte Prof. Vaihinger auch die hebräische Kultur, die durch das alte Testament noch so gewaltig auf uns einwirkt, die z. B. durch die Psalmen noch heute die Schüler der höheren Lehranstalten zur Andacht zwingt, nicht vernachlässigen. Vielleicht möchte er sogar noch weiter zurückgehen und würde es vielleicht auch thun, wenn er einmal die ägyptischen Grabstätten des alten Memphis und die Tempel von Luxor besucht und in den unter heißem Wüstensande begrabenen unterirdischen Hallen der Apisgräber oder in der „Mastaba des Ti" gestanden hätte. Einige Stunden in dem Museum von Bulak (Kairo) würden ihn wahrscheinlich ebenfalls dazu begeistert haben! Allerdings gehört dies nicht zur Vorgeschichte unseres Stammes.

Kann es aber Köstlicheres geben, als dieses Professorengeplänkel in demselben Hefte der besprochenen Monatsschrift? Wie prächtig wird Preyer mit den eigenen Waffen widerlegt! Aber freilich, auch auf dem Vaihingerschen Wege läßt sich keine Schulreform durchführen, und um das Gymnasium dürfte es schlimm stehen, wenn es mit Hülfe solcher Beweisführungen gerettet werden müßte!

Den Anhängern des Herrn Vaihinger sei noch eine weitergehende Idee zur philosophischen Behandlung empfohlen, das biogenetische Grundgesetz auch auf das Leben jeder einzelnen Schule auszudehnen, die dann die ganze Geschichte der betreffenden Schulform zu rekapituliren und „in nuce" zu enthalten hätte. Die Durchführung dieser Idee dürfte von gleich erhebender Wirkung sein.

Weit mehr imponirt in demselben Hefte das Eingangswort von Theodor Mommsen zu seinem Aufsatze. Der große Historiker, der sich der bekannten Heidelberger Erklärung angeschlossen hat, sagt:

„Meines Erachtens ruht alle geistige Erziehung und deren Produkt, die Bildung, auf der Sprachkenntniß und zwar auf einer solchen, die sich nicht auf die Muttersprache beschränkt. Wer fremde Sprachen nicht kennt, sagt Goethe, weiß nichts von der eigenen, und er hat Recht, wie gewöhnlich. Daß der Mensch spricht, macht ihn zum Menschen, daß er zwei Sprachen spricht, zum gebildeten Menschen."

„Ich glaube in diesem Sinn an die allein selig machende fremde Sprache; und es hat dies — für mich — seinen guten Grund in unserer innersten Natur. Einen Gedanken in zwei Sprachen ausdrücken (nicht etwa übersetzen, sondern zwiefach nach den Gesetzen jeder Sprache denken) heißt ihn völlig beherrschen. Der geniale Mensch kommt freilich dabei mit einer einzigen aus; aber wer nun nicht genial ist — und für die sind doch die Schulen einzurichten — spricht regelmäßig in geborgten Denkformen und kann dem originalen Denken durch das große Wunder der Sprache allein einigermaßen angenähert werden. Dies hat der Sprachunterricht voraus vor der Mathematik, Geschichte und Naturwissenschaft u. s. w."

Verfasser hat sich, obwohl er Mathematiker ist, schon mehrfach, z. B. auf einer der westfälischen Direktoren-Konferenzen, in ganz ähnlicher Weise ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß die bildende Kraft der Mathematik häufig deshalb überschätzt wird, weil man nicht bedenkt, daß in ihr nur eine verhältnißmäßig beschränkte Anzahl von Denkformen (Kategorien) zur Geltung kommt. Eine auf Mathematik beruhende Bildung würde demnach

selbst in formaler Hinsicht eine nur einseitige sein. Gewiß ist diese Wissenschaft eine „Fackelträgerin der Kultur" und in den technischen Anwendungen ein gewaltiger Hebel für deren Fortschritt geworden, aber bezüglich des Reichthums der Denkformen tritt sie derart hinter die philologischen Schulwissenschaften zurück, daß es kaum zu empfehlen ist, ihre Stundenzahl auf dem Gymnasium erheblich zu vermehren. Die Begriffswelt der Ethik schließt sie ja vollkommen aus.

Das erste Heft der „Neuen deutschen Schule" enthält noch andere interessante Dinge, auf die wir jedoch hier nicht näher eingehen können. Das obige wird genügen, ein Bild von dieser Monatsschrift zu geben, deren Forterscheinen als höchst wünschenswerth bezeichnet werden darf.

Sie ist eben nicht ein einseitiges, einen bestimmten Standpunkt stets von neuem betonendes und beweisendes Parteiblatt, sie gönnt im Gegentheil Jedem das Wort. So ist sie in hohem Grade geeignet, die Gegensätze zu versöhnen. Aber leider scheint es, als ob man dem Vereine „Neue Deutsche Schule", der sich selbst als den rechtlichen Erben der „Akademischen Vereinigung" bezeichnet (sowohl bezüglich der Bestrebungen, als auch des Materials), keine allzugünstige Entwicklung voraussagen könnte. Die Secession hat eine zu ungleichmäßige Spaltung ergeben. Der Löwenantheil ist dem großen Reformvereine zugefallen.

Auch die Akademische Vereinigung besteht noch fort, und zwar in organischer Verbindung mit der Neuen Deutschen Schule. Da jedoch über die Erbschaft bereits disponirt ist, darf man vielleicht darauf verzichten, näher auf ihre Ziele einzugehen. Nur einige der am 3. und 4. Juli 1887 aufgestellten Grundsätze seien angegeben:

„Unser Schulwesen bedarf einer einheitlichen Gestaltung. Der Übergang von der Volksschule auf mittlere, etwa den Klassen der gegenwärtigen höheren Schulen bis Untersekunda entsprechende Lehranstalten ist zu ermöglichen. Diese müssen eine abgeschlossene Bildung erzielen. Von den mittleren erfolgt der Übergang zu den höheren Schulen, welche Vorschulen der Hochschulen sind. Das Berechtigungswesen ist in Zukunft auf dieser einfachen Grundlage zu regeln. Ferner hat eine zeitgemäße Regelung der Rang- und

Gehaltsverhältnisse der Lehrer stattzufinden."

Erst während der Drucklegung sind dem Verfasser auch die Hefte 2 bis 9 der „Neuen Deutschen Schule" bekannt geworden. Das Folgende ist also nur als Einschaltung zu betrachten.

Im 6. Hefte erfährt man, wie Dr. Hugo Göring sich die Schule der Zukunft denkt, für die zunächst eine Privatanstalt mit Internat als Vorbild gelten soll, während bei der Ausdehnung auf den Staat selbstverständlich einfache (?) Modificationen nöthig sein würden. Der Schöpfer der neuen Anstalt selbst stellt sie in Vergleich mit dem gegenwärtigen höheren Schulwesen. Man solle der heutigen Jugend aus ihrem blasirten, schlaffen, gleichgültigen Wesen keinen Vorwurf machen. „Denn unsere Jünglinge haben sich nicht selbst erzogen, sie sind bis zur Halbblindheit im Dämmerlichte einer fremden Kultur und eines der Wirklichkeit abgewandten Gelehrtenlebens künstlich aufgezogen worden, ohne das volle Licht der Gegenwart und Wirklichkeit und das neue Leben mit seiner gesunden Arbeit und seinen edlen Freuden kennen zu lernen. Und dazu muß unsere Jugend wieder zurückgeführt werden. Die höhere Schule ist undeutsch und läßt die zum Glück fast unverwüstliche Kraft des Volkes verkümmern, so lange sie nur Wortwisser und einseitige Fachlehrer aufzieht." Man täusche sich nicht mehr über die Schäden unseres Schulwesens, über „das frühe Siechthum unserer Jugend, ihre zunehmende Muskelschwäche, Kurzsichtigkeit, Blutarmuth und Nervosität."

In des Verfassers Gymnasialzeit war jedoch von dergleichen Dingen nichts zu bemerken. Man turnte fast täglich auf dem freien Turnplatze, im Winter war der Eislauf das herrlichste Vergnügen, und in den Ferien machte man Fußreisen, die z. B. den Verfasser nicht nur durch die deutschen Mittelgebirge und zur Nordsee, sondern sogar mehrfach in die Alpen und bis nach Mailand hin führten. Ähnliches findet noch jetzt vielfach statt, und das Gymnasialleben ist inzwischen weit weniger altphilologisch geworden, als es früher war. Sollte nicht auch die Darstellung des Herrn Dr. Göring an Übertreibung leiden?

Nun wird ein Zwiespalt zwischen Schule und Leben dargestellt, der dadurch hervorgerufen sein soll, daß man der Jugend künstliche Ideale zeige, die das Leben zerstören, statt ihr das volle

Leben, nicht nur die begriffliche Seite desselben, vorzuführen. Auf Kosten der normalen Gemüthsentwickelung und der körperlichen Gesundheit werde nur das begriffliche Denken und das Gedächtniß gepflegt. — Es mag ja sein, daß es hier und da so verschrobene Lehrer giebt, aber die Regel bilden sie auf keinen Fall. — Nun zur Schule selbst!

Die neue deutsche Schule gliedert sich in drei Stufen mit Unterrichts-Veranstaltungen, die an jeden Knaben herantreten müssen, wenn er vor Einseitigkeit bewahrt bleiben soll und eine unserer Zeit entsprechende Bildung gewinnen will.

Die erste Abtheilung, die Schule der allgemeinen Vorbildung für das praktische Leben, für das Handwerk und den Bauernstand, umfaßt die Zeit vom sechsten bis vierzehnten Jahre und entspricht den Anforderungen, die man an eine Volksschule stellen dürfte.

Die zweite Abtheilung führt den Unterricht vom vierzehnten bis sechszehnten Jahre fort, faßt die Vorbereitung für Militairschulen, für das technische Gewerbe und den Kaufmannsstand ins Auge und betont das auf dieser Stufe erforderliche praktische Wissen.

Die dritte Abtheilung bereitet vom sechzehnten bis zwanzigsten Jahre für die Universität und das Polytechnikum vor und sucht den künftigen Studirenden aller Fakultäten eine sprachliche und mathematisch-naturwissenschaftliche Vorbildung zu geben. Die Vorbereitung für das Polytechnikum schließt die Theilnahme am Unterricht im Griechischen aus. Auch für die Studirenden der Mathematik und Naturwissenschaften ist letzterer nicht erforderlich. Erst auf dieser Stufe kann von einer Trennung der humanistischen und realistischen Bildung die Rede sein.

Jede höhere Stufe setzt die vorhergehende als naturgemäße Vorbedingung voraus.

„Der theoretische Unterricht wird nur vormittags ertheilt. Häusliche Arbeiten fallen weg.“ Versetzungsprüfungen im gewöhnlichen Sinne fallen gleichfalls fort. Ferienarbeiten werden vermieden. Jugendspiele, Militairübungen, Turnen, Handarbeiten (Tischlern, Drechseln, Flechten, Buchbinderei, Eisenarbeiten), Garten- und Landarbeiten und Ausflüge füllen den Nachmittag aus, u. s. w.

Der Lehrplan der Unterstufe wird in einer Weise skizzirt, für die als Probe das Folgende dienen möge: „Im ersten

Schuljahre werden die Knaben vorwiegend im Garten, auf dem Lande, in der Schulwerkstätte und mit Thierpflege beschäftigt. Die bei dieser Thätigkeit gewonnenen Erfahrungen werden täglich anfangs in je einer, später in je zwei und drei Vormittagsstunden durch theoretischen Unterricht verarbeitet. Auf jeden Lehrgegenstand kommen 25 Minuten und eine Ruhepause von 5 Minuten. So gelangt das Kind zu den ersten Grundlagen der Botanik und Zoologie, zu einer elementaren Einsicht in das Leben der Pflanze und des Thieres."

Religion, Rechnen, Raumlehre, Naturwissenschaft, Geographie, Geschichte, alle Unterrichtsgegenstände werden gelehrt vom anschauungsmäßigen Betrachten einzelner Beispiele aus. Sonderbar klingt folgender Satz: „In die Elemente der Chemie werden sie (die Schüler) durch die einfachsten Metallarbeiten eingeführt, bei denen sie die Umänderung der Körper durch Wärme und die Zusammensetzung der Stoffe aus den Elementen erkennen." Hier können doch wohl nur mechanische, also physikalische Metallarbeiten gemeint sein, und die Wärme ist doch mehr ein physikalischer, als ein chemischer Begriff. Vielleicht ist mit Chemie die sogenannte „Naturlehre" gemeint, die auch die Physik mit umfaßt. — Zum Deutschen sollen alle Unterrichtsgegenstände beitragen. Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck, Fertigkeit im freien Vortrag sollen erzielt werden, „tout comme chez nous." Der Unterricht im Zeichnen geht bei den besonders Befähigten bis zum Modelliren und Malen. Am Singen nehmen alle Theil. Begabte üben verschiedene Instrumente, so daß ein Schüler-Orchester gebildet werden kann.

„Nach Abschluß des ganzen (unteren) Schulcursus wird den Schülern eine möglichst umfassende Einsicht in das Wesen, den Zweck, die Vorzüge und Nachtheile, die ökonomische und sociale Stellung der Berufsarten gegeben, zu denen die Schüler von der besuchten Lehrstufe aus mit größtem Nutzen für die Gesellschaft und für die Entwickelung der eigenen Individualität übergehen können".

Nur mit den Schülern, die weiter gehen wollen, wird vom 10. Lebensjahre ab Englisch „als die dem Deutschen nächstliegende und für die Zukunft wichtige Weltsprache" betrieben, vom

12. Jahre ab Französisch. „Vorträge in französischer Sprache und Aufführungen leichter französischer Dramen fördern die Sicherheit im Sprechen". (Soll dies wirklich in der Zeit vom 12. bis 14. Jahre erreicht werden?)

Auf der Mittelstufe geht es in ähnlicher Weise weiter. „Die Geschichte der neueren englischen Litteratur wird nach einem englischen Lehrbuche behandelt. Außerdem unterstützt die Lektüre naturwissenschaftlicher Lehrbücher in englischer Sprache den Realunterricht. Freie Vorträge in englischer Sprache werden versucht. Ein leichtes englisches Drama wird zur Aufführung gebracht.

Im Französischen wird neuere Litteraturgeschichte nach einem französischen Lehrbuche gelesen. Gedichte in französischer Sprache werden deklamirt. Ein leichtes neueres französisches Drama wird bei einem Schulfeste aufgeführt.

Denjenigen Schülern, welche sich dem Kaufmannsstande widmen, wird nach Bedürfniß Unterricht im Spanischen oder Italienischen, sowie in Stenographie ertheilt.

Am Schluß wird die Übersicht über die Berufsarten gegeben, in die der Einzelne eintreten kann. —

Die dritte Stufe soll nicht näher dargestellt werden, da doch das Original gelesen werden muß. Nur der Passus über die Naturwissenschaften sei abgedruckt:

„Der Unterricht in den Naturwissenschaften (Grundgesetze der Physik und Chemie mit Einschluß der allgemeinen Thatsachen der Astronomie und Geologie, Biologie und Gesundheitslehre) wird durch Lektüre deutscher, englischer und französischer Lehrbücher von hervorragendem Werthe vermittelt. Auf diese Weise sollen die Schüler angeleitet werden, gute Werke zu verstehen, um zu selbständigen Studien in späterer Zeit befähigt zu werden. Ein Schulbuch „Die Naturwissenschaften der Gegenwart in Einzeldarstellungen hervorragender Forscher" faßt die allgemein verständlichen Arbeiten unserer Klassiker der Naturwissenschaft zusammen: H. von Helmholtz, du Bois-Reymond, Henle, Czermak, Preyer(!)* u. a. Die zur Kenntniß des Samariterdienstes von

*) Gehört wirklich Prof. Preyer schon jetzt zu den Klassikern der Naturwissenschaft? Oder lobt man sich nur gegenseitig?

F. von Esmarch nöthige Handfertigkeit wird im Turnunterricht geübt".

Englisch und Französisch werden fortgesetzt, künftige Theologen und Philologen erhalten ein Jahr lang griechischen, drei Jahre lang lateinischen Unterricht. Zum Schluß kommt wieder der Überblick über die Berufsarten.

Wenn die Werthschätzung der Pädagogen seitens der Anhänger der „Neuen Deutschen Schule" von der Zustimmung zu diesem Lehrplane abhängig gemacht wird, so wird Verfasser wahrscheinlich für einen der unfähigsten erklärt werden. Andere legen aber vielleicht doch einiges Gewicht darauf, daß derselbe an mehreren Gymnasien als Lehrer thätig war und jetzt im 16. Jahre seines Direktorats steht, wovon 4 Jahre auf die alte Provinzial-Gewerbeschule, die übrigen 12 auf die höhere Bürgerschule nebst aufgesetzter zweijähriger Fachschule für Maschinentechniker kommen. Auch die Mitgliedschaft zur Schulkommission des Vereins deutscher Ingenieure wurde ihm anvertraut, und so hat er allerdings Gelegenheit genug gehabt, humanistisches, realistisches und technisches Schulwesen kennen zu lernen, besonders auch nach den modernsten Richtungen hin.

Nach seinen praktischen Erfahrungen giebt er nun über den Plan des Herrn Dr. Göring folgendes Urtheil ab: Der Plan enthält vieles Alte, was man in jeder Geschichte der Pädagogik ebenso gut erzählt findet, daneben manches Andere aus der Gegenwart, was sich in einer Reihe von Verfügungen des gegenwärtigen Herrn Kultusministers in Preußen nachlesen läßt. Charakteristisch ist der späte Beginn mit den fremden Sprachen, wobei mit dem Englischen begonnen, mit dem Französischen fortgefahren wird, die starke Betonung des Handfertigkeitsunterrichts und dgl., besonders auch die immerwährende Beschäftigung mit dem gegenwärtigen Leben. Unerhört aber ist die Überfülle des Lehrstoffes und der überstürzte Fortschritt zu Gegenständen von hochwissenschaftlicher Bedeutung. Man denke nur an von Helmholtz und du Bois-Reymond, über deren Verständlichkeit sich Verfasser ein Urtheil doch wohl ebensogut erlauben darf, wie Herr Dr. Göring.

Gesetzt den Fall: die Lehrer hätten stets nur 4 oder 5 Schüler

um sich, so ließe sich vielleicht der größere Theil des Lehrplans in der angegebenen Zeit zur Noth absolviren, bei größerer Zahl jedoch ist die Bewältigung des gebotenen Stoffes ein Ding der Unmöglichkeit. Für den Staat wird die „Neue Deutsche Schule" auch mit den angedeuteten einfachen (?) Modificationen auf keinen Fall die Schule der Zukunft werden. Dagegen ist der Plan nicht ungeeignet für Privatinstitute von jener bekannten Art, die mehr versprechen, als sie halten können. Verfasser würde seine Kinder der Anstalt des Herrn G. nicht anvertrauen. Eltern größeren Reichthums mögen es thun, jedoch gegen entsprechende Bezahlung die Bedingung stellen, daß nie mehr als 5 Knaben gleichzeitig unterrichtet werden. Auf Einzelheiten, die dies Urtheil näher begründen, kommt Verfasser vielleicht gelegentlich zurück.

Was das Allgemeinere anbetrifft, so läßt sich bemerken, daß jeder Pädagog im Stande ist, ähnliche Lehrpläne auszuarbeiten und mit empfehlenden Erläuterungen zu begleiten, um schließlich das Ganze als wohldurchdachtes, auf reicher Erfahrung beruhendes Lebenswerk zu bezeichnen. Der Betreffende wähle sich aber nur 20 Pädagogen unter denen, die ihm näher stehen, aus, um das Ganze im Kommissionswege mit ihnen zu besprechen, und er wird sehen, wie wunderbar umgestaltet der Plan aus der Berathung zurückkehrt. Was aber wird daraus erst werden, wenn etwa die Staatsregierung dieselbe Anzahl aus der Reihe der als hervorragend und maßvoll bewährten Pädagogen verschiedener Richtung auswählt und ihnen denselben Plan zur Berathung vorlegt! Man muß in einer Lehrplan-Kommission mitgearbeitet haben, um das zu erwartende Resultat voraussagen zu können.

Da die Monatsschrift „Neue Deutsche Schule" Stimmen der verschiedensten Richtungen in sich vereinigen will, so darf man wohl die Hoffnung aussprechen, daß Fachmänner aller Art sich mit der Kritik des Göring'schen Vorschlags beschäftigen werden, sonst würde der Verein doch nur auf dieses einfache Glaubensbekenntniß schwören müssen, und die neue pädagogische Sekte würde ihre Anhänger schwerlich jemals nach Hunderten zählen können. Beim Durchlesen sämmtlicher Hefte der Neuen Deutschen Schule mußte Verfasser allerdings anerkennen, daß die verschiedensten Standpunkte

zur Geltung gekommen sind. Seltsam aber berührte ihn auch hier manche Uebertreibung und mancher Mangel an idealer Denkweise. In welcher Stimmung mag z. B. mein verehrter Herr Kollege Gymnasial-Direktor Schmelzer-Hamm folgenden Satz geschrieben haben:

„Zunächst müßte man die vorsichtigen Geister und Herzen beruhigen, die da sagen, eine Änderung im Schulwesen muß möglichst in langsamen Schritt, muß peu-à-peu, oder, wie man in Sachsen sagt, etepetete erfolgen; denn gerade die Schule könne schroffe Änderungen nicht ertragen. Diese Herren Angstmeier (!) mögen sich glücklich schätzen, daß der liebe Gott sie nicht etwa zu Ärzten gemacht hat. Sie würden mit dem Plane, die Eiterbeule (!) langsam mit Nadelstichen, statt schnell durch einen muthigen Kreuzschnitt zu heilen, wenig Ruhm geerntet haben. Man darf ihnen aber immer zugestehen: Ja, der alten Frau soll das ausgefallene Bein langsam, jeden Tag ein leiser Zug, eingerenkt werden! Man kann ihnen das ruhig zugeben: Die Kugel, einmal ins Rollen gekommen, läuft von selbst und schließlich werden aus den Angstmeiern noch ganz rabiate Tollmeier werden". Angstmeier, Tollmeier, Eiterbeule, alte Frau, ausgerenktes Bein, wen das nicht abschreckt, zu den Gegnern der Neuen Deutschen Schule zu gehören, an dem ist jedenfalls Hopfen und Malz verloren.

Ob aber auf diesem Wege die Kreise der Gebildeten für das Unternehmen gewonnen werden, dürfte doch etwas zweifelhaft sein. Jedenfalls ist die Maßlosigkeit der Ausdrucksweise über die, welche nicht überstürzt an die Schulreform herangehen wollen, mindestens ebensogroß wie diejenige, die Herr Schmelzer im Januarhefte 1890 der Zeitschrift „Stahl und Eisen" an Herrn Gymnasial-Direktor O. Jäger tadelt. Die Werthschätzung des Herrn Kollegen ist aber selbstverständlich dieselbe geblieben, die sie von jeher bei mir war.

§ 4.

Der liberale Schulverein Rheinlands und Westfalens.

In diesem Abschnitte handelt es sich um einen nach Auffassung des Verfassers segensreich wirkenden Verein ohne jede agitatorische und discreditirende Tendenz. Unter seinem langjährigen Vorsitzenden Prof. Dr. Jürgen Bona Meyer hält er jährlich eine Generalversammlung ab, und in seinem Monatsblatt tauschen Laien und Schulmänner ihre Ansichten über das Schulwesen in maßvoller Weise aus. Was die Volksschule, die Mittelschule, die höhere Mädchenschule, den Handfertigkeitsunterricht und dergleichen angeht, lassen wir hier beiseite, denn nur um die höheren Schulen soll es sich bei uns handeln.

Der Herr Vorsitzende hat uns die Aufgabe, die Haltung des Vereins der Reformfrage gegenüber zu charakterisiren, in dankenswerther Weise dadurch erleichtert, daß er selbst in den letzten Nummern der Monatsschrift (Nr. 8, 9, 10 von 1889) „die Zeitlage der höheren Schulreform," ausführlich in einem lesenswerthen Aufsatze behandelt hat. Die objektive Ruhe und das unparteiische Abwägen, die an der Abhandlung zu rühmen sind, könnten manchem Reform-Fanatiker zum leuchtenden Vorbilde dienen. Dort heißt es z. B.:

„Stillschweigend vorbeigehen an dieser wichtigen Zeitfrage dürfen wir nicht. Und angesichts der immer noch streitenden Ansichten behaupten, die Frage sei längst spruchreif, was daraus werde, sei jetzt einfach nur eine Frage der Macht — ist meiner Überzeugung nach ein verderblicher Irrthum. Maximen der Unterrichtsverwaltung haben allerdings wiederholt schon über Nacht mit den leitenden Ministern gewechselt, aber ein Glück für die Fortentwickelung der Volksbildung war dies niemals. Das Bildungswesen des Volkes bedarf vor Allem eines ruhigen, von wechselnden persönlichen Machteinflüssen möglichst unabhängigen Fortschritts. Wird das Tempo dieses Fortschritts zu langsam, so daß es dem Stillstande fast gleichkommt, dann vermehrt die Ungeduld der Reform Verlangenden schließlich den Wirrwar der Reformvorschläge

mit jedem Jahre mehr. Wird einem Reformverlangen von oben nach persönlichen Belieben zu rasch und zu einseitig nachgegeben, so bleibt der Rückschlag nicht aus, und schadet dann dieses Schaukelsystem von Zugeben und Zurücknehmen mehr noch, als der Stillstand in dem gewohnten und leidlich erprobten Geleise. Daher bleibt für Jeden, der das Beste will, nichts übrig, als mit ungeschwächter Geduld immer wieder Alles zu hören und Alles zu lesen, was im Kampfe der Meinungen dazu beitragen kann, die rechte Ausgleichung herbeizuführen!"

Darauf giebt Prof. J. R. Meyer eine Übersicht über die verschiedenen Reformbestrebungen. Die auf Umsturz des Bestehenden hinarbeitende Massenbeeinflussung mißbilligt er, ohne jedoch das Laienelement ganz von der Mitarbeit auszuschließen. Die Menge soll maßvoll mitreden, jedoch nur unter dem Beirathe der Fachleute. Die allzusehr detaillirten, also einseitig arbeitenden Vereine finden seinen Beifall nicht, sondern nur diejenigen, die das gesammte Schulwesen von allgemeineren Gesichtspunkten aus behandeln und nicht die Verkörperung einer bestimmten Partei sein wollen.

Die große Reformpetition hat er nicht unterschrieben, obwohl auch er das höhere Schulwesen für besserungsbedürftig hält. „Ich habe die Heidelberger Erklärung unterzeichnet, weil ich wußte, daß die Unterzeichnung der anderen Petition vorzugsweise von Männern betrieben wurde, welche hofften, das zu berufende pädagogische Parlament werde sich für die Gleichberechtigung der Gymnasien und Realgymnasien aussprechen." Im Übrigen, erklärt er, hätte er auch die erstgenannte Petition unterschreiben können. Die Einsetzung einer zweckmäßig zusammengesetzten Unterrichtskommission würde zur Förderung der wünschenswerthen Schulreform ebenso am Platze sein, wie z. B. die der Juristenkommission zur Berathung und zum Entwurf eines Civilgesetzbuches. Noch besser würde ein ständiger, gut zusammengesetzter Unterrichtsrath sein. Sonst würde er die regelmäßige Wiederholung der Falkschen Oktoberkonferenz von 1873 für empfehlenswerth halten, jedoch besser vorbereitet, z. B. nach Art der Vorberathungen für die Direktorenkonferenzen.

Durch die etwa auszusprechende Gleichberechtigung werde der Streit nicht beschwichtigt, denn auch in der Schweiz, wo sie faktisch existirt, dauere der Kampf zwischen der humanistischen und realistischen Richtung ungeschwächt fort.

Beim Abwägen zwischen dem Werthe des Französischen und des Lateinischen legt er dem formalen Elemente nur geringe Bedeutung bei, betont aber desto stärker das inhaltliche Element. Wenn Schmeding, Völker und Schlee, Lattmann, Maurer und andere die französischen Formen für einfacher und bestimmter erklären, so hält er gerade deshalb das Lateinische und noch mehr das weit schwierigere Griechisch für bildsamer. Jedoch in formaler Hinsicht wirke jede Schulwissenschaft bildend. Das Maßgebende für ihn sei die inhaltliche Werthschätzung des altklassischen Humanismus. Gegen letztere seien Alethagoras und Freiherr von Richthofen eingetreten, sie behaupten, die Erfüllung des jugendlichen Geistes mit Sparta und Athen verdürbe den Blick für die Gegenwart und befördere einen unwahren, der Gegenwart und Zukunft abholden Idealismus, ähnlich, wie Bismarck einst Mommsen vorwarf, der Blick des ausgezeichneten Gelehrten, der mit der zweitausendjährigen Vergangenheit der Geschichte vertraut sei, müsse für die Sonne der Gegenwart getrübt sein. Alle diese Ansichten sucht Prof. Meyer als halbwahr und übertrieben nachzuweisen. Die Nibelungen und Gudrun stehen ihm hinter Homer zurück, einen Äschylus, Sophokles und Euripides besitze keine andere Litteratur, weder Molière, noch Shakespeare reichen ihm im Lustspiele an Aristophanes heran, den Aesop können ihm sämmtliche modernen Fabeldichter nicht ersetzen, kein Volk besitzt nach ihm Geschichtsschreiber, wie Herodot, Xenophon und Thucydides, die man aufsteigend mit der Jugend lesen könne, die Platonischen Dialoge seien nie wieder erreicht, geschweige denn übertroffen worden, u. s. w. Gegen das Surrogat der Uebersetzungen, mit denen eine Reihe von Schulmännern die künftigen Studirenden abspeisen möchte, ist er nicht ganz ohne Recht eingenommen, denn daß ein selbstthätiges Übersetzen zur Vertiefung in den Stoff führt, jedenfalls in höherem Grade, als das oft nur oberflächliche Lesen der Übersetzung, ist für den Unbefangenen selbstverständlich.

Die Vaihingersche biogenetische Theorie und andere scheinbar naturwissenschaftliche Begründungen von Reformideen lehnt er ebenfalls ab. Mit einer angemessenen Beschränkung des altklassisch-humanistischen Unterrichts ist Prof. Meyer einverstanden, aber er soll mit dem neuklassischen vereint der Jugend dargeboten werden.

Prof. Meyer geht nun dazu über, die Unhaltbarkeit und Unzweckmäßigkeit anderweitiger Reformbestrebungen nachzuweisen. Die vom Realschulmänner-Verein und den beiden Reform-Vereinen geforderte Gleichberechtigung der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen würde allerdings die einfachste Lösung des Streites geben, aber doch nur eine äußerliche, mit schlimmen Übelständen verbundene Lösung. Würden dann wirklich nur Theologen und Altphilologen auf dem Gymnasium bleiben, während alles Andere sich aus utilistischen Gesichtspunkten den Realanstalten zudrängte, so würde von einer Modernisirung des Gymnasiums im besseren Sinne keine Rede sein, und jene Theologen und Altphilologen würden in der That mit einseitig verschnittener Bildung ins Leben treten. Eine einheitliche Universitätsbildung ferner läßt sich für kein Fach auf eine so zersplitterte Vorbildung pfropfen, folglich müßte eine Reform der Universitätsbildung nothwendig eintreten. Ein Fehler wäre es gewesen, daß man nicht schon zu den Oktoberkonferenzen von 1873 Universitätslehrer zugezogen hätte. Das System der lateinlosen Schulen, die sich oben nach verschiedenen Richtungen gabeln, habe nach Uhlig seine Bedenken, und nach der Aussage des Oberschulraths von Sallwürk in Karlsruhe wäre sogar Ostendorf in späteren Jahren von dieser Reform-Idee zurückgetreten. In Norwegen und Schweden habe man den Versuch mit dem Gabelsystem gemacht, jedoch wünsche man dort schon jetzt vielfach eine Rückkehr zum alten Gymnasialsystem; der Kampf zwischen humanistischer und realistischer Bildung sei also dort nicht beschwichtigt worden.

Er selbst sei für eine maßvolle Gymnasialreform. „Es müßte dem Bedürfniß mathematischer und naturkundlicher Vorbildung etwas weitergehend Rechnung getragen werden, als jetzt, die neusprachliche Vorbildung müsse vor Allem durch allgemeine Aufnahme des englischen

Unterrichts ergänzt werden, dem geographischen Unterricht müsse größere Bedeutung beigelegt werden, desgleichen dem Zeichenunterricht". Für die Physik wünsche er Gleichstellung der Werthschätzung bei der Reifeprüfung.

Im Anschluß an eine Schrift von Uhlig aus dem Jahre 1881: „Die Stundenpläne für Gymnasium, Realgymnasium und lateinlose Realschulen in den bedeutendsten Staaten Deutschlands" zeigt er, wie die Stundenzahl für Latein zwischen 71 und 102 schwankt, für das Griechische zwischen 36 und 42. Übertrieben wäre es also, zu behaupten, eine Herabsetzung der augenblicklichen Stundenzahl sei in Preußen unmöglich. Daß aber das Englische mit Erfolg auf dem Gymnasium gelehrt werden könne, beweise das Hamburger Johanneum, wo neben 40 Stunden Französisch wöchentlich 16 Stunden Englisch eingeführt seien. Ein pädagogischer Aberglaube sei es, anzunehmen, es gäbe auf irgend einem Lehrgebiete eine Normalzahl von Stunden. Zersplitterung sei bei seinen Vorschlägen nicht zu befürchten, wolle man ihm „Vieltreiberei" vorwerfen, so antworte er: „variatio delectat". Abwechselung der Anregung sei für junge Geister Erholung. Durch praktische Lehrerseminare sei die Methode zu vervollkommnen. Die Reifeprüfung werde aber zur Feier ihres Centennariums am besten ganz abgeschafft (?). In der Abiturientenprüfung liege der eigentliche Druck, der auf den höheren Schulen laste, und dies habe schon Wiese behauptet. Auch das Berechtigungswesen wird schließlich als ein Schulübel bezeichnet, die Gleichberechtigung der Gymnasien und Realgymnasien aber nach wie vor abgelehnt. In dem gesammten Schulorganismus ließe sich vielleicht folgende Vereinfachung treffen: 1) Volksschule, 2) lateinlose höhere Bürgerschule, 3) Gymnasium.

Beim ersten Lesen des inhaltreichen Aufsatzes machte sich beim Verfasser zunächst das Bedauern geltend, daß ein so einsichtig geleiteter Schulverein sich auf die Provinzen Rheinland und Westfalen beschränkt. Er müßte sich über ganz Deutschland verbreiten. Ein wiederholtes Lesen verstärkte den Eindruck, unter dem der Verfasser seit einigen Jahren lebt, daß allerdings eine gewaltsame Reform zur Zeit unthunlich sei, während die maßvollen Vorschläge des Prof. Meyer der ernstesten Beachtung werth

erscheinen. Die Bestrebungen des Vereins für die lateinische Einheitsschule, der vom Direktor Dr. Steinmeyer geführt wird, haben offenbar durch jene Abhandlung eine moralische Unterstützung gefunden, die um so wertvoller ist, als sie ungesucht kommt. Auch dort wird die Meyersche Dreitheilung gewünscht. Nicht ganz einverstanden ist der Verfasser mit dem Wegfall der Entlassungsprüfung, obwohl ja eine Vereinfachung des Prüfungswesens nicht unmöglich erscheint. Der etwas starken Bevorzugung einiger altklassischen Dichter den Heroen der neueren Zeit gegenüber tritt Verfasser nicht in vollem Umfange bei. Außerdem hält er die Gabelungsschule nicht an sich für unmöglich, sondern nur ihre Durchführung in der Jetztzeit. Ob der Weg zu einer idealeren Allgemeinbildung stets über Hellas und Rom führen wird, darüber haben nicht wir, sondern künftige Generationen zu entscheiden, die unter ganz anderen Kulturbedingungen leben werden, als wir. Der Inhalt des sogenannten modernen Lebens wird von Jahrhundert zu Jahrhundert in wachsender Weise anschwellen, während der Inhalt der antiken Welt eine konstante Größe bleibt. Gehört nun zur allgemeinen Bildung ein Gesammtüberblick, so wird, schon rein mathematisch betrachtet, das Alterthum mehr und mehr in den Hintergrund treten und vielleicht auch an wesentlicher Bedeutung verlieren. Wie dieser Proceß sich entwickeln mag, darüber Vermuthungen anzustellen, ist überflüssige Arbeit. Wir haben aber unsere Schulen nicht dem Leben anzupassen, welches nach Jahrhunderten in Erscheinung treten wird, sondern der lebendigen Gegenwart. Diese rückt schrittweise vor, also empfiehlt es sich, auch die Schulreform nur langsam und schrittweise vorzunehmen.

Ein einziges Jahrhundert bringt in jeder Hinsicht eine gewaltige Fülle von Unterrichtsstoff mit sich. Das Jahrhundert seit dem Tode Friedrichs des Großen z. B. brachte unter Anderem die französische Revolution und das erste Kaiserreich, die Befreiungskriege, verschiedene weitere Revolutionen, das zweite Kaiserreich und seine Kämpfe mit Rußland und Österreich, die Einigung Italiens und Deutschlands, überhaupt das Zeitalter Wilhelms I. In technischer Hinsicht brachte es die Dampfmaschine und in ihrem Gefolge die Großindustrie, die Dampfschiffe, die

Eisenbahnen, die Telegraphen und die ganze Elektrotechnik. Auf die Entwicklung des Welthandels, auf die geographischen Entdeckungen und die Kolonialgeschichte sei nur hingedeutet. Physik und Chemie gewannen eine kaum für möglich gehaltene Vertiefung und Abrundung. Es sei darauf verzichtet, diesen Gegenstand noch weiter auszuspinnen, jedenfalls zeigt diese kurze Überlegung, daß der Unterrichtsstoff in einer Weise angewachsen ist, die auf den der Antike zu widmenden Raum nicht ohne einschränkenden Einfluß geblieben sein kann. So wird es auch in der Zukunft gehen, der Begriff der allgemeinen Bildung wird wechseln, und wenn „Chidher, der ewig junge,“ von 500 zu 500 Jahren unsere Schulen in Augenschein nähme, so hätte er sicher von Umwandlungen ebenso überraschender Natur zu berichten, wie die in Rückerts Dichtung angedeuteten geologischen Umwälzungen sind.

§ 5.

Der Einheitsschulverein.

Wie schon angedeutet, steht der von Direktor Dr. Steinmeyer in Aschersleben geleitete lateinische Einheitsschulverein dem Standpunkte des Prof. Dr. J. B. Meyer sehr nahe.

Eine Reihe von Gymnasiallehrern ist zusammengetreten, den durch die Concurrenz des Realgymnasiums und Gymnasiums herbeigeführten Zwiespalt dadurch zu lösen, daß gewissermaßen das arithmetische Mittel zwischen beiden Anstalten als Norm hingestellt werden soll. Das richtige arithmetische Mittel ist nun allerdings in den betreffenden Lehrplänen nicht gewählt worden, und dies erklärt sich naturgemäß aus dem rein gymnasialen Ursprunge der Angelegenheit. Die Einheitsschule nähert sich mehr dem Gymnasium, als dem Realgymnasium. Wäre der Plan etwa von einigen auf Versöhnung hinarbeitenden Realmännern aufgestellt worden, so würde wahrscheinlich das Entgegengesetzte stattgefunden haben.

Durch die Aufnahme des Englischen wird, wie die Gegner behaupten, die Überbürdung der Schüler unausbleiblich. So erklärt z. B. die letzte schlesische Direktorenkonferenz den Plan als eine

Unmöglichkeit. Ganz anders scheint die Westfälische Direktorenkonferenz zu urtheilen. Diese hat erklärt, das facultative Betreiben des Englischen sei für jedes Gymnasium, das facultative Betreiben des Griechischen für jedes Realgymnasium wünschenswerth, und zwar soll dies auch für Orte gelten, in denen beide Anstalten neben einander bestehen. Dies ist doch schon gewissermaßen die gewünschte Einheitsschule! Von Unmöglichkeit derselben kann bei 9-jährigem Kursus um so weniger die Rede sein, als das sehr heterogene Hebräisch schon seit langer Zeit als vierte (facultative) Sprache an den Gymnasien betrieben wird. Verfasser hat sie seiner Zeit als Gymnasiast mit Interesse mitgetrieben, ohne Überbürdung zu bemerken. Dem Meyerschen „variatio delectat" muß er zustimmen. Was mit dem Hebräischen geht, muß auch mit dem Englischen gehen, und somit dürfte auch die Möglichkeit eines obligatorischen Betreibens des Englischen neben den drei anderen Sprachen nicht zu bezweifeln sein.

Die Frage kann also nur noch sein: Ist die Arbeitstheilung zwischen Gymnasium und Realgymnasium vorzuziehen, oder ist die Verschmelzung beider als zweckmäßiger zu erachten.

Verfasser hält beide Anstalten, wie sie jetzt sind, für vortreffliche Schulformen. Beide können sehr wohl neben einander bestehen und friedlich mit einander an der Erziehung der Nation arbeiten.

Aus Gründen des Berechtigungskampfes stehen sich jedoch die Vertreter beider Gruppen zum großen Theile feindlich gegenüber, und dieser Zwiespalt hat unserem höheren Schulwesen viel Schaden zugefügt. Den Idealen des Schullebens entspricht Zank und Streit nur in geringem Maße. Im Interesse des Friedens unter den Schulmännern wäre jene Vereinigung zu wünschen.

Ihre Folge würde jedoch voraussichtlich ein noch weiter wachsender Zudrang zu den Studiencarrièren sein, denn die Zahl der vollberechtigten Lehranstalten würde eine ruckweise Vermehrung erfahren. In wirthschaftlicher Hinsicht würden also dieselben Bedenken vor uns stehen, wie bezüglich der vielempfohlenen Gleichberechtigung. Man widerlege diese Bedenken, und der Verfasser

mit vielen seiner Freunde würde sofort auf den Standpunkt des Einheitsschulvereins übertreten, mit dem er theoretisch vollkommen übereinstimmt.

Die Kraft dieser Einheitsschulidee liegt übrigens nicht in der Gegenwart, sondern in der Zukunft. In den letzten Jahrzehnten sind Gymnasium und Realgymnasium einander schrittweise näher gekommen, und die Pläne von 1882 haben diese gegenseitige Annäherung ganz außerordentlich unterstützt. Das moderne Element ist bei dem Gymnasium verstärkt, das antike bei dem Realgymnasium gekräftigt worden.

Da augenblicklich die Schulmänner ganzer Provinzen für das facultative Englisch bei der einen und für das facultative Griechisch bei der andern Schule eintreten, so wird voraussichtlich eine allmähliche Verschmelzung der Schwesteranstalten eintreten. Die Rückbildung eines Theils der Lateinschulen in lateinlose wird wahrscheinlich von den Direktoren und Lehrern der Realgymnasien energisch abgelehnt werden, obwohl sie aus wirthschaftlichen Gründen in vielen Fällen wünschenswerth erscheint.

Die Schriften des Einheitsschulvereins erscheinen bei Carl Meyer in Hannover in zwangloser Weise. Unter den Mitarbeitern befinden sich tüchtige Kräfte aus den Kreisen der Gymnasialmänner und Universitätsprofessoren. Die Realschulmänner degegen halten sich fern.

Die im ersten Hefte abgedruckten Satzungen geben folgenden Zweck des Vereins an:

> „Der Zweck des Vereins ist, für die innere Berechtigung einer Gymnasium und Realgymnasium verschmelzenden höheren Einheitsschule mit Beibehaltung des Griechischen für alle Schulen einzutreten und auf die Herbeiführung einer solchen hinzuwirken. Der Verein stellt sich zu diesem Zwecke die Aufgabe, einen entsprechenden Lehrplan auszubilden und an der Vervollständigung der Lehrweise zu arbeiten. Er will durch Behandlung der die Einheitsschule betreffenden Fragen in Wort und Schrift eine Klärung der Ansichten über dieselbe, insbesondere auch über ihr Verhältniß zu dem sogenannten Berechtigungswesen herbeiführen".

Gesetzt den Fall, die höhere lateinische Einheitsschule käme nicht zu stande, so würde trotzdem die Arbeit des Vereins nicht ohne Segen bleiben, jedenfalls würde er in der von Prof. Meyer gewünschten maßvollen Weise an der schrittweisen Modernisirung des Gymnasiums mitgearbeitet haben. Dem Betonen der Nothwendigkeit, das Griechische beizubehalten, kann Verfasser für die Jetztzeit nur beistimmen. Denn der geistige Inhalt der griechischen Lektüre steht unendlich höher, als der der lateinischen. Das Griechische allein, nicht das Lateinische, führt den Gymnasiasten in die Welt der altklassischen Ideale ein. Am Latein kann man ohne Schaden streichen, ein Verkürzen des Griechischen würde viel einschneidender wirken und eine Totalreform bedeuten.

Bekämpft wird der lateinische Einheitsschulverein sowohl von seiten der strengeren Gymnasialmänner, als auch von seiten der Realmänner. Der große Reformverein und der der Realschulmänner haben sich geringschätzig über die noch kleine Zahl seiner Anhänger geäußert. Die Idee dieses Vereins aber hat, wie der Verfasser aus Überzeugung ausspricht, eine Zukunft im Schulwesen, schon deshalb, weil die Ziele mit denen des beobachteten historischen Entwickelungsganges übereinstimmen. Der Verein greift nur voraus, was nach den Beobachtungen der letzten Jahrzehnte die Zukunft wahrscheinlich von selbst bringen wird.

§ 6.

Der Realschulmänner-Verein.

Achtung gebietend durch die Zahl seiner Mitglieder, durch die Theilnahme hervorragender Schulmänner und Universitätsprofessoren, durch die Zahl und Bedeutung der von ihm vertretenen Schulen steht der Verein der Realschulmänner da, über dessen Bestrebungen sein Centralorgan, früher von Strack, jetzt von Dr. L. Freytag geleitet, den wünschenswerthen Aufschluß giebt.

Die Hauptversammlungen dieser Vereinigung sind von der Presse stets als bedeutungsvolle Ereignisse berücksichtigt worden. Berühmte Universitätsprofessoren betheiligten sich dabei mit Reden, die von den Zeitungen aller Richtungen, soweit sie irgend auf Bedeutung Anspruch erheben, ausführlich wiedergegeben wurden.

Auf die langjährige Entwickelungsgeschichte dieser Korporation können wir an dieser Stelle nicht eingehen, denn sie ist dazu in der That viel zu inhaltreich. Schon die Übereinstimmung der Ansichten mit denen des früheren Leiters des höheren Schulwesens in Preußen, Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Wiese, würde zu ausführlichen Erörterungen Anlaß geben.

Der Verein, der nicht zu den eigentlichen Reform-Vereinen gehört, vertritt in erster Linie die Realgymnasien mit ihren Pro-Anstalten, in neuerer Zeit auch die lateinlosen Schulen. Den ersteren ist jedoch stets der Löwenantheil seines Interesses zugefallen. Für die Berechtigungen der lateinlosen Ober-Realschulen z. B. trat er leider erst ein, nachdem diese bereits gefallen waren. Eine Gruppe innerhalb dieses Vereins gehörte sogar zu den ausgesprochenen Gegnern jener vereinsamten Anstalten, in deren Existenz man eine Einschränkung der Zukunftsrechte des Realgymnasiums sah. Dafür traten jedoch andere Mitglieder, in erster Linie Professor Dr. Schmeding, energisch gegen das Latein auf, ohne jedoch die Konsequenz zu ziehen, d. h. ohne die Umwandelung der Lateinschulen in lateinlose zu empfehlen.

Die Frage der Gleichberechtigung mit dem Gymnasium bezüglich aller Studienfächer ist das Alpha und Omega der Vereinsbestrebungen. Der Berechtigungen halber führte man s. Z. auf der alten lateinlosen Realschule das Latein ein, der Berechtigungen halber vermehrte man es von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, der Berechtigungen halber sprachen tonangebende Mitglieder, wie z. B. Direktor Dr. Meyer, für die facultative Einführung des Griechischen, um die Gleichberechtigung mit dem Gymnasium zu anticipiren, erwirkte man für die Anstalt den Namen Realgymnasium. So ist denn die ursprüngliche Realschule zur Gelehrtenschule geworden. Nur noch ein geringer Fortschritt des gegenseitigen Entgegenkommens der beiden concurrirenden Schulformen ist nöthig, um eine vollkommene Verschmelzung herbeizuführen.

Nur die Annahme, daß der Verein aus zwei Gruppen besteht, einer für das Latein sprechenden, einer gegen dasselbe arbeitenden, kann die bisweilen eigenthümliche Politik desselben verständlich machen. Denn seltsam berührte es, zu sehen, wie die Anstalt, die das Schulwesen zu modernisiren berufen schien, mehr und mehr in den

altklassischen Humanismus hineintrieb, während andererseits berufene Wortführer, wie z. B. Prof. Dr. Schmeding, der altklassischen Bildung für die Gegenwart jeglichen Werth absprachen. Die erstere Gruppe wird es gewesen sein, die gegen die Oberrealschulen und ihre Berechtigungen arbeitete, die zweite diejenige, die jetzt um die geschlagene Schulform trauert.

Der Umstand, daß die Vertreter des Gymnasiums weniger in die Öffentlichkeit traten, daß der Verein der Realschulmänner also die öffentliche Meinung zu beherrschen schien, muß in manchen Mitgliedern den Glauben erweckt haben, die Zukunft sei ihrer Schulform bereits sicher, die Alleinherrschaft bereits erobert. Der Vereinszeitschrift wäre in dieser Hinsicht einige Vorsicht anzurathen, und in der Polemik sollte sie nicht allzu persönlich werden. Gegen die sogenannten Umwandelungsdirektoren wird die Schale des Zornes in allzu heftiger Weise ausgegossen, und schön klingt es nicht, wenn von einem derselben gesagt wird, er habe „die Stirn gehabt," sich um die Direktion eines Realgymnasiums zu bewerben, habe sodann eine „harmlose Antrittsrede" gehalten, darauf Gymnasialklassen eingeführt u. s. w. Muß denn jeder, der über das Schulwesen hier und da anderer Ansicht ist, sofort ein „Wühler gegen das Realgymnasium" gescholten werden? Verliert man sofort seine moralische Integrität, wenn man nicht die Berechtigungsfrage, sondern das wirthschaftliche Bedürfniß für den entscheidenden Faktor des Schullebens hält? Jedenfalls bleibt dergleichen auch dann an dem Vereine haften, wenn dieser die Schuld von sich ablehnt und sie der Zeitschrift oder dem betreffenden Verfasser zuschiebt, wie das in einzelnen Fällen geschehen ist.

Das Realgymnasium ist, wie Verfasser hiermit wiederholt erklärt, an sich eine vortreffliche Anstalt. Wenn er trotzdem in gewissen Dingen von den Ansichten des Realschulmänner-Vereins abweicht, so hat dies mit jener Werthschätzung nichts zu thun. Die leidige Berechtigungsfrage ist der Grund aller Differenzen. Da man über die Unterschiede der Auffassungen Klarheit haben muß, so seien sie hier angegeben.

1) Die Berechtigungen werden nach Ansicht des Verfassers nicht ertheilt nach den Bedürfnissen der einzelnen Schulform, sondern nach denen der einzelnen Geschäftsressorts im Staatsleben.

Erhielten z. B. die Justizbehörden aus den Gymnasien nicht die hinreichende Menge von Kandidaten, so würde das Bedürfniß den Justizminister zwingen, beim Staatsministerium den Antrag zu stellen, die entsprechenden Berechtigungen auf die Abiturienten des Realgymnasiums auszudehnen. In Wahrheit herrscht aber in der genannten Carrière eine außerordentliche Überfüllung. Der Justizminister hat also gar keinen Grund, jene Änderung herbeizuführen, er müßte im Gegentheil befürchten, daß der Zudrang sich in ungesunder Weise verstärken würde, wenn er sich trotzdem dazu entschließen wollte. Bei den Oberrealschulen fand sogar das Gegentheil statt, sie besaßen die Berechtigung zur Staatsprüfung im Bau- und Maschinenfach. Dort herrschte Überfüllung, und dies wurde ein Hauptgrund, den Minister der öffentlichen Arbeiten zu bestimmen, dem Drängen der lateinisch gebildeten höheren Beamten nachzugeben, die jene „minderwerthig vorgebildeten, lateinlosen Kollegen" entfernen wollten. Die Berechtigungen wurden der Oberrealschule entzogen. Gesetzt den Fall, der Zudrang zum mathematisch-naturwissenschaftlichen Fache wäre in gleichem Maße weiter gewachsen, wie es im vorigen Jahrzehnt geschah, dann würden die Zustände so ungesund geworden sein, daß der Kultusminister sich vielleicht genöthigt gesehen hätte, dem Realgymnasium die Berechtigung zu diesem Studium wieder zu entziehen. Denn wo dergleichen, wie es jedoch in diesem Falle geschah, sich nicht nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage von selbst regelt, da wird es Pflicht der Staatsregierung, auf dem Wege der Verordnung einzugreifen und das Übel aus der Welt zu schaffen. Daß es dabei Märtyrer giebt, ist leider nicht zu ändern, und trotz aller Sympathien, trotz der Resolution des Ingenieur-Vereins mußte sich leider die Oberrealschule der Thatsache fügen. Beide Häuser des Landtages gingen über die Petitionen und Resolutionen zur Tagesordnung über. — Das Postwesen zeigt recht klar, wie nicht die Schulen, sondern die Ressortverhältnisse die Berechtigungen regeln. Der Zudrang nach der höheren Postcarrière ist ein derartiger geworden, daß man im Stande war, nur die am besten vorgebildeten Schüler anzunehmen. So konnten die Eintrittsbedingungen Schritt für Schritt erhöht werden. Lange wird es nicht mehr dauern, bis nur noch die Abiturienten 9-klassiger Lehr-

anstalten zugelassen werden. Lateinlosigkeit ist jenem Ressort vollkommen verpönt.

2) Wenn die Realschulmänner in etwas sophistischer Weise zu beweisen suchen, daß die Gewährung aller Berechtigungen an ihre Abiturienten dem übergroßen Zudrange zu den höchsten Studien steuern würde, so ist die Staatsregierung mit Recht anderer Ansicht. Das Öffnen der Schleusen vermehrt naturgemäß das Übel. Je größer die Gelegenheit zum Studium, und je leichter der Zugang, um so größer ist der Zudrang. Die Ansicht, daß durch die Ertheilung der Berechtigungen an die Realgymnasien die Gymnasien entvölkert, die Oberklassen der Realgymnasien gefüllt und die jugendlichen Geister von dem Werthe moderner Wissenschaft überzeugt und in die Bahnen der Praxis getrieben werden würden, ist nach Auffassung des Verfassers eine irrige. Andere mögen anders denken.

3) Liegt die Existenzfähigkeit einer Schule lediglich in den ertheilten Berechtigungen, so ist sie eine künstliche Schöpfung. Ein Windhauch kann sie zerstören. Die „fast berechtigungslosen" höheren Bürgerschulen gedeihen vortrefflich, weil sie nöthig sind. Die Aufforderung, die Probe damit zu machen, daß man dem Gymnasium alle Berechtigungen entzöge, dem Realgymnasium sämmtliche gäbe, enthält in sich eine Unmöglichkeit, denn kein Ressortminister wird sich darauf einlassen, auf die Abiturienten der bewährtesten Anstalt zu verzichten.

4) Wenn irgendwo werthvolle geistige Kräfte vergeudet und in unfruchtbaren Kämpfen nutzlos aufgezehrt worden sind, so gilt dies in hervorragender Weise von der Berechtigungsjagd des Realgymnasiums. Wäre derselbe Kraftaufwand dem praktischen Unterrichte und der Vervollkommnung der Methoden gewidmet worden, so würde weniger Verbitterung herrschen, und manche werthvolle wissenschaftliche Abhandlung würde an Stelle der Streitschriften gereizten Tones stehen. Und mit diesem gereizten Tone ist es ein bedenkliches Ding. Man beherzige das Wort des Tacitus: „Proprium est humani ingenii, odisse, quem laeseris." Der Satz enthält eine wichtige, psychologische Wahrheit. Zu den unvermeidlichen Konsequenzen desselben in unseren Schulkämpfen gehört z. B. die Minderschätzung des höheren Lehrerstandes im gesellschaftlichen

Leben. Die Juristen und Officiere kennen diese gegenseitige Herabsetzung nicht, daher die geschlossene Vornehmheit ihres Standes!

Und während Jeder, der mit dem Realschulmännerverein nicht Hand in Hand geht, herabgesetzt wird, ergeht sich dieser in übertriebenen Lobeserhebungen über jede neue Kraft, die für ihn spricht. Will jemand im Centralorgan als „der berühmte Physiolog", als „der hervorragende Mediciner", als „der vortreffliche Pädagog" u. s. w. bezeichnet werden, so braucht er nur eine Rede über die Nothwendigkeit der Gleichberechtigung zu halten. Mit Recht hebt Direktor Oskar Jäger die in solchem Verfahren liegenden Gefahren hervor. Mancher strebsame Mann würde längst die Palme der Unsterblichkeit, d. h. die Verewigung im Centralorgan, errungen haben, wenn er nicht darauf verzichtet hätte, in das Horn der Berechtigungsjagd zu stoßen. —

Es sei ferne von uns, aus dergleichen Vorkommnissen auf eine Minderwerthigkeit der Kollegen vom Realgymnasium zu schließen. Der Kampf ums Dasein hat sie in jene Lage gebracht, und ihr Verfahren erklärt sich rein menschlich. Wünschenswerth wäre es aber, daß sie sich in dieser Hinsicht zu der idealeren Höhe der Entsagung emporheben könnten. Ihre Schulen würden sicher nicht darunter leiden. Und wenn dies unmöglich sein sollte, so würde doch ritterliche Anerkennung des Gegners und Achtung der Überzeugung „Andersgläubiger" einen vornehmeren Eindruck machen, als das augenblickliche Bekämpfen von Persönlichkeiten.

4) Widerspruchsvoll erscheint folgender Umstand: Die Realgymnasialmänner bekämpfen den lateinischen Einheitsschul-Verein, sie sind jedoch Anhänger der weit schwieriger zu erreichenden und in höherem Grade problematischen Einheitsschule des Reformvereins. Gleichzeitig suchen sie durch Empfehlung des facultativen Griechisch die Gleichberechtigung zu erreichen. Es ist dem Verfasser bisher unmöglich gewesen, sich diesen Widerspruch zu erklären. —

Nach dieser Hervorhebung der Meinungsdifferenzen werde eine hervorragende und dankenswerthe That des Realmänner-Vereins rühmend hervorgehoben, die Ausschreibung einer Preisaufgabe, die Überfüllung der sogenannten gelehrten Berufsfächer und die Mittel zur Abhülfe betreffend.

Von den zahlreich eingegangenen Arbeiten wurde keine als vollkommen genügend betrachtet, daher wurde der Preis von 1000 Mark zwischen den beiden am meisten genügenden getheilt. Die Verfasser waren: Gymnasialoberlehrer Fr. Pietzker-Nordhausen und Professor P. Treutlein zu Karlsruhe. Ihre Arbeiten erschienen vereinigt bei O. Salle in Braunschweig. Eine Abhandlung aus der Feder des Dr. C. Perthes-Bielefeld erschien selbständig bei F. A. Perthes in Gotha, eine andere des Dr. Gercken-Perleburg bei Herrcke und Lebeling-Stettin. Diese beiden sind der ehrenvollen Erwähnung durch die Preisrichter gewürdigt worden. Endlich erschien die Brochüre von Dr. O. Kuntzemüller (bei Puttkammer und Mühlbrecht in Berlin) und, wahrscheinlich unabhängig von der Preisfrage, die des Herrn H. Keferstein über denselben Gegenstand im Verlage der deutschen Zeit- und Streitfragen (Hamburg, Verlagsanstalt und Druckerei A. G. vormals J. F. Richter). Eine kleinere Abhandlung von Dr. Franz Söhns-Gandersheim über denselben Gegenstand war schon im Oktoberheft 1888 des Centralorgans veröffentlicht worden.

Um den Inhalt sämmtlicher Arbeiten auszugsweise anzugeben, müßte man den Raum einer selbständigen Brochüre in Anspruch nehmen. Hier kann es sich nur um wenige Andeutungen handeln.

Im Allgemeinen wird der Hauptgrund jener beklagenswerthen Überfüllung gesucht in der gesicherten, durch Rang und Ansehen bevorzugten Stellung der Beamten, in dem Berechtigungsmonopol der Gymnasien, in dem immerwährenden Empfehlen der altklassischen Bildung und der durch sie zu erreichenden idealen Erziehung und allgemeinen und formalen Bildung, eine Empfehlung, die nach der Überzeugung des Herrn Krumme-Braunschweig in den meisten Fällen zweifellos (?) der Deckmantel für die rücksichtslose Durchführung selbstsüchtiger Absichten gewesen sein soll. Eine Hauptrolle spielt wieder die Berechtigungsfrage. Verhältnißmäßig wenig wird der Mangel an lateinlosen Schulen, fast gar nicht der Mangel an niederen und mittleren Fachschulen betont. Die Mittel zur Abhülfe werden im Allgemeinen in der Erfüllung der bekannten Forderungen des Realschulmänner-Vereins gefunden. Sämmtliche Stimmen sind für die Neugestaltung des höheren Schulwesens nach bestimmten Richtungen.

Die Schrift von Pietzker verdient unzweifelhaft die erste Stelle, da sie in feinsinniger Weise die Entwickelung der gesellschaftlichen Verhältnisse und des Ranges- und Standesbewußtseins der verschiedenen Beamten-Kategorien bespricht.

Analysen der einzelnen Abhandlungen die Jederman zugänglich sind, befinden sich in den meisten pädagogischen Zeitschriften. Um die betreffende Frage gruppirt sich bereits eine ganze Litteratur. Trotz manches beachtenswerthen Winkes hält Verfasser die ganze Angelegenheit noch nicht für spruchreif, da die Vorschläge zur Besserung großentheils nur imaginären Werth haben.

Der Realschulmänner-Verein verdient jedoch den Dank der pädagogischen Welt für die Anregung einer unparteiischen Untersuchung der außerordentlich wichtigen Frage.

§ 7.

Der Verein zur Beförderung des lateinlosen höheren Schulwesens.

In mehreren Artikeln der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (14. März 1888, 25. und 26. Januar 1889, im Juli 1889, 7. November 1889), die in viele Tagesblätter und in verschiedene pädagogische Zeitschriften übergegangen und auch sonst mehrfach besprochen worden sind — einer derselben wurde in der Sitzung des Abgeordnetenhauses von Freiherrn von Schenckendorff irrthümlicher Weise für officiös gehalten — hat sich der Verfasser dahin geäußert, daß er nicht für eine plötzliche und totale Umgestaltung des höheren Schulwesens sei, sondern in dem schrittweisen Vorgehen der Staatsregierung eine hinreichende Bürgschaft für eine zeitgemäße Gestaltung desselben finde. Das Gute und Bewährte solle geschont, nur das Mangelhafte abgestellt werden.

Der Hauptgrund des Zudrangs zu den gelehrten Studien findet er in dem Mangel an lateinlosen Unterrichtsanstalten und niederen und mittleren Fachschulen. Er sucht ihn also anderswo, als die Preiskämpfer des vorigen Abschnitts.

Seitdem im Jahre 1878/79 der Herr Reichskanzler sich im Princip bereit erklärte, den Abiturienten der sechsklassigen höheren Bürgerschulen die Berechtigung zum einjährigen Militairdienste zu verleihen, seitdem gleichzeitig beide Häuser des Landtags sich mit dem Vorgehen der Staatsregierung, solche Anstalten und in Verbindung mit einigen derselben mittlere Fachschulen einzurichten, einverstanden erklärten, seitdem ferner durch die Lehrpläne von 1882 die Stellung der einzelnen Schulgruppen geklärt und befestigt wurde, zeigt die Statistik des höheren Schulwesens, daß eine allmähliche Umgestaltung desselben nach den Bedürfnissen der Gegenwart bereits begonnen hat. Die Entwickelung der Gymnasien verlangsamt sich, die der Realgymnasien steht ziemlich still, die lateinlosen Anstalten, besonders die höheren Bürgerschulen, schreiten in erfreulicher Weise voran. Die Empfehlungen des Herrn Unterrichtsministers haben den letztgenannten Anstalten zunehmende Frequenz gebracht, eine ganze Reihe neuer höherer Bürgerschulen ist gegründet worden, in zahlreichen Städten hat man die Frage ihrer Gründung auf die Tagesordnung gesetzt, und trotz der umfassenden Berechtigungsentziehung, die unsere Ober-Realschulen betroffen hat, dehnt sich das lateinlose Schulwesen im Ganzen erfolgreich aus.

Trotz der klar vor uns liegenden officiellen Statistik, die man im Anhange nachsehen mag, wird der günstige Fortschritt von einigen Seiten geleugnet. Die Befürchtung, die totale Schulreform möchte unterbleiben, wenn die sich von selbst ergebende allmähliche Umgestaltung Anerkennung findet, macht die extremen Reformstürmer, die doch auch eine Entlatinisirung erstreben, zum Theil zu förmlichen Gegnern der bestehenden lateinlosen Anstalten, und diese Gegner werfen ihnen Lebensunfähigkeit in Folge des Berechtigungsmangels vor! Entweder irrt man sich unbewußt, weil man den wahren Sachverhalt nicht kennen lernte, oder es handelt sich um Leute, die nur im Trüben fischen können, so daß ihnen das Verwirren der öffentlichen Meinung und das Discreditiren des Bestehenden zur zweiten Natur geworden ist.

Die lateinlosen Schulen haben Gegner genug — und nun sollen ihnen auch noch im Kreise der sogenannten Reformfreunde erbitterte Gegner herangezogen werden? Solchen Bestrebungen

mußten diese Anstalten ein Gegengewicht entgegenstellen. Gegen die statistischen Verdrehungen in hunderten von Tagesblättern könnten sonst selbst die wiederholten Empfehlungen des Herrn Kultusministers Dr. von Goßler in den Hintergrund treten. Die Stimmen Einzelner verhallten in dem Lärm der Reformbewegung, und so blieb nichts übrig, als die Kräfte zu sammeln und einen Verein zum Schutze und zur Beförderung des lateinlosen Schulwesens ins Leben zu rufen.

Zu dieser Zeit hatte Herr Dr. Weidner in Hamburg die Idee zur Gründung einer Zeitschrift für lateinlose höhere Schulen ins Auge gefaßt und auch eine bereitwillige Verlagsbuchhandlung aufgefunden, die von Otto Meißner in Hamburg. Die Zeitschrift soll nicht auf Bekämpfung anderer Schulformen hinarbeiten, sondern lediglich einen Vereinigungspunkt derjenigen Kräfte bilden, die für die Ausgestaltung jenes vernachlässigten Zweiges des Unterrichtswesens bemüht sind. Eine große Zahl von Direktoren und Lehrern lateinloser Schulen bot sich zur Mitarbeiterschaft an. Um anzudeuten, daß das neue Organ nicht auf totale Reform, nicht auf Feindschaft mit dem Gymnasium und Realgymnasium ausging, überließ man den ersten leitenden Aufsatz dem Gymnasial- und Realgymnasialdirektor Dr. Matthias in Düsseldorf. An diesen schloß sich aus der Feder des Verfassers das Folgende an:

Aufforderung zur Gründung eines Vereins zur Beförderung des lateinlosen höheren Schulwesens.

Der Augenblick, in dem eine Zeitschrift für das lateinlose Schulwesen zum ersten Male erscheint, ist geeignet, eine Idee in Anregung zu bringen, auf die schon von mancher Seite hingedeutet wurde und auf welche der Verfasser dieser Zeilen in seiner Brochüre „Errichtet lateinlose Schulen!“ (Deutsche Zeit- und Streitfragen, 1885) aufmerksam machte, nämlich die Gründung eines Vereins zur Beförderung des betreffenden Schulwesens.

In ähnlicher Weise, wie das Gymnasium durch Vereine und Vereinsorgane unterstützt wird, wie in neuerer Zeit besonders das

Realgymnasium durch den Verein der Realschulmänner und sein „Centralorgan" die lebendigste Förderung fand, müßten auch die lateinlosen Ober-Realschulen, Realschulen und höheren Bürgerschulen durch einen Verein und eine Vereinszeitschrift nach innen und außen vertreten werden. Und diese Vertretung darf nicht auf die Lehrerwelt beschränkt bleiben, auch außerhalb derselben stehende Männer müssen sich derjenigen Anstalten annehmen, die in erster Linie berufen sind, gewissen wirthschaftlichen Schäden abzuhelfen, der Überproduktion an Gelehrten zu steuern, die Überfüllung auf dem Gebiete der höheren Beamtenkarrièren zu bekämpfen, Männer des praktischen Lebens heranzuziehen und für einen tüchtigen, gebildeten, in sich zufriedenen Mittelstand zu sorgen. Gerade in unserer Zeit, die nothgedrungen den Versuch macht, auf dem Wege der Gesetzgebung die Lösung wirthschaftlicher und socialer Fragen anzubahnen, würde ein weiteres Anwachsen des gebildeten und halbgebildeten Proletariats nicht am Platze sein. —

Nicht um die Bekämpfung benachbarter Schulformen handelt es sich, sondern um die Unterstützung und Vermehrung, um den inneren Ausbau und die Vervollkommnung der genannten Anstalten, die nicht nach Erweiterung ihrer Berechtigungen streben, die gern mit der zweiten Rolle vorlieb nehmen wollen, um dem Wohle des Ganzen zu dienen, die aber gerade deshalb einen ungleichen Kampf zu kämpfen haben, weil das gegen die Berechtigungslosigkeit eingenommene Vorurtheil des mittleren Bürgerstandes ein Gegner ist, der nur durch die höchste Leistungsfähigkeit und durch das geschlossene Zusammenstehen aller derer, die in den lateinlosen Schulen und ihrer Förderung zugleich die Förderung des Staatswohles erblicken, überwunden werden kann.

Aussichtslos ist die Sache eines solchen Vereins nicht. In Preußen hat seit 1878 die Zahl der höheren Bürgerschulen eine erfreuliche Vermehrung erfahren. Die Reichshauptstadt z. B. besaß vor 1884 keine einzige solche Anstalt, jetzt aber hat sie schon die sechste gegründet und will dem Vernehmen nach in einer ganzen Reihe aufeinanderfolgender Jahre je eine neue aufbauen. Auch zahlreiche andere Städte haben solche Schulen eingerichtet oder sind mit dem Plane von Neugründungen beschäftigt.

Außerhalb Preußens aber ist der Bestand schon jetzt ein weit größerer als in dem führenden Staate Deutschlands.

In den Zeitschriften und Tagesblättern, in den Reden der Abgeordneten, überall wird über die wirthschaftlichen Schäden, die aus der Einseitigkeit unseres Schulwesens hervorgegangen sind, geklagt. Brauchbare und unbrauchbare Vorschläge schwirren durcheinander, wie man dem Zudrange zu den höchsten Studien, der Überfüllung der Beamtenkarrièren, der Überschwemmung durch die Überzahl unangestellter Kandidaten steuern könne. Überall predigt man von der Nothwendigkeit, den großen Bildungsstrom von der Studienlaufbahn abzulenken und den gebildeten Mittelstand zur praktischen Arbeit zurückzurufen. Aber theoretische Erörterungen bringen uns nicht weiter. Man muß praktisch vorangehen auf dem Wege der Gründung lateinloser Schulen und niederer und mittlerer Fachschulen. Jede Neugründung solcher Art ist ein Fortschritt zur praktischen Schulreform und mehr werth als Hunderte von Aufsätzen und Brochüren, die kaum anderes als theoretische Erörterungen und halbwahre Spekulationen bringen. Es bedarf nur eines Vereines der vorgeschlagenen Art um das zu schaffen, was uns fehlt, um das zu beseitigen, was Schaden gebracht hat.

Der Kultusminister Preußens, Herr Dr. von Goßler, hat seit Jahren in seinen bedeutungsvollen Reden über das höhere Schulwesen auf die Nothwendigkeit einer Vermehrung der lateinlosen Anstalten hingewiesen. Erst neuerdings, in der großen Rede vom 6. März 1889, hat er die Bevorzugung der lateinlosen Schulen mit kürzerer Unterrichtsdauer, womöglich zu Ungunsten der Latein treibenden, als sein Prinzip, als seinen Wunsch hingestellt.

Der vorgeschlagene Verein würde also in der Staatsregierung Preußens und zahlreicher anderer deutscher Staaten nicht Gegner, sondern mächtige Bundesgenossen finden. Nicht auf dem Wege unfruchtbarer Opposition und schadenbringender Agitation, sondern Hand in Hand mit den maßgebenden Behörden hätte er vorzugehen. Er würde es nicht nöthig haben, bei zahlreichen Gebildeten des Volkes ein künstliches Interesse erst zu erwecken, er würde nur nöthig haben, die Freunde wirksamer Schulreformen auf seinen

eigenen praktischen Weg herüberzuführen und sie davon zu überzeugen, daß sich hier reiche Gelegenheit bietet, zum Wohle des Vaterlandes an einer der wichtigsten Fragen der Social- und Wirthschaftspolitik mitzuarbeiten.

Von einer Aussichtslosigkeit solcher Bestrebungen kann bei der augenblicklichen Zeitströmung durchaus keine Rede sein, sobald sämmtiche Lehrerkollegien der lateinlosen Schulen sich einmüthig dem vorgeschlagenen Vereine anschließen, die Kuratorien ihrer Anstalten für denselben zu gewinnen, die Väter der Schüler für ihn zu interessiren, die Vertreter der städtischen Behörden von dem praktischen Werthe der Absichten zu überzeugen suchen.

Das aber eine solche Vereinigung nicht überflüssig ist — trotz des überwuchernden Vereinslebens unserer Zeit — darüber belehrt uns die Geschichte der Ober-Realschulen, die s. Z. in ihrer Einsamkeit das Opfer einer aus Standes-Interessen hervorgegangenen Gegenagitation geworden sind und es sicher nicht geworden wären, wenn ihnen eine entsprechende Vertretung Hülfe geleistet hätte. Darüber belehren uns unzählige Aufsätze in Zeitschriften und Tagesblättern, welche die Berechtigungslosigkeit der lateinlosen Schulen zu einer Waffe gegen dieselben machen, um das weniger urtheilsfähige Publikum von ihnen abzuschrecken. Darüber belehren uns leider auch die Inserate vereinzelter Schuldirektoren zur Zeit der Aufnahme, die durch Anpreisung der Berechtigungen ihrer lateinischen Anstalten im Gegensatze zu den lateinlosen dasselbe Publikum zur weiteren Unterstützung der Studienüberfüllung einzuladen suchen und ausdrücklich davor warnen, dem Knaben schon im neunten Lebensjahre die Möglichkeit höherer Ausbildung abzuschneiden. Darüber belehrt uns endlich die Vergeblichkeit der Bemühungen einsichtiger Männer in einzelnen Städten, die dort neben den Lateinschulen für die breite Masse des Mittelstandes die so nothwendigen lateinlosen Schulen zu gründen bemüht sind; — denn leider sind noch ganze Provinzen ohne solche Anstalten!

Die Bestrebungen des Vereins würden also weder aussichtslos noch überflüssig, sie würden aber vor allem zeitgemäß sein. Man kann sich in der That für seine Gründung kaum einen günstigeren Zeitpunkt denken als den gegenwärtigen, wo alle Welt sich mit Schulreform beschäftigt. Entsteht jetzt eine

solche Vereinigung, so kann es ihr gelingen, in wenigen Jahren das lateinlose Schulwesen zu einer Macht zu machen, mit der gerechnet werden muß.

Soviel über die Vertretung des lateinlosen Schulwesens nach außen hin. — Aber auch zum innern Ausbau der betreffenden Anstalten, zur Bearbeitung des ihnen zugewiesenen pädagogischen Gebietes würde der Verein beizutragen haben. Das Arbeitsfeld ist um so größer, als bei der verhältnismäßigen Neuheit dieser Schulen und bei dem Mangel einer geschlossenen Vertretung derselben so zu sagen noch gar nichts geschehen ist. Noch fehlt es an geeigneten Lehrbüchern, an einer hinreichenden Verständigung über Lehrstoff und Lehrziel, über die zweckmäßigsten Methoden des Unterrichts. Den Lehrern der neueren Sprachen, der Geschichte und Geographie, der Mathematik und Naturlehre, des Freihand- und Linearzeichens, der darstellenden Geometrie, vor allem aber den Lehrern des Deutschen, welches den pädagogischen Mittelpunkt solcher Schulen zu bilden hat, bietet sich hier eine Gelegenheit zur Mitarbeit, die manche strebsame Kraft anziehen wird.

Alle diejenigen, die zur Gründung eines solchen Vereins mithelfen wollen, werden gebeten, ihre vorläufigen Zustimmungserklärungen dem Redakteur dieser Zeitschrift, Herrn Dr. Weidner (Hamburg, Bremerstraße 3) zuzusenden, damit durch eine Art provisorischen Vorstandes die nöthigen Einleitungen soweit getroffen werden können, daß eine konstituirende Versammlung ermöglicht wird, in der bestimmte Organisationsvorschläge und Vereinssatzungen zur Berathung gelangen würden.

Zeitschriften und Tagesblätter aber werden gebeten, diesen Aufruf ganz oder auszugsweise abzudrucken, um auch ihrerseits die dem Gesammtwohl dienenden Bestrebungen zu unterstützen.

Hagen i. W., im August 1889.

Dr. Gustav Holzmüller,
Gewerbeschul-Direktor.

Erst Mitte Oktober ging der vom August datirte Aufruf mit dem ersten Hefte der Zeitschrift in die Welt.

Obwohl wir nun in Deutschland eine hinreichende Zahl von Schulvereinen haben, wurde die angebahnte Gründung der neuen Vereinigung doch von der Presse aller Richtungen sympathisch besprochen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 29. Oktober erklärte es geradezu für eine Pflicht der Tagespresse, die gegebene Anregung zu unterstützen. Die Kreuzzeitung war schon am 16. Oktober mit einer ausführlichen Besprechung vorangegangen. Der Hannoversche Courier, die Münchener Allgemeine Zeitung, die Leipziger Illustrirte Zeitung, „Stahl und Eisen", die Kölnische Zeitung, die Elberfelder- und Barmer-, die Rheinisch-Westfälische Zeitung und fast sämmtliche Blätter Rheinlands-Westfalens und mehrere pädagogische Zeitschriften verbreiteten die Kenntniß des Unternehmens in dankenswerthester Weise. Nur die „Mittheilungen" des Reform-Vereins äußerten sich, wie vorauszusehen war, geringschätzig über dasselbe und Privatbriefe einzelner Reformfanatiker sprachen sich erbittert über das angeblich frivole Unterfangen aus. Es besteht durchaus nicht die Absicht, auf dergleichen Meinungsäußerungen zu reagiren. Der Verein wird es verstehen, Zank und Streit von seiner Zeitschrift fern zu halten. Obwohl nun der neue Verein noch nicht einmal konstituirt ist, sind in diesem Augenblicke doch schon über 350 provisorische Meldungen eingegangen, so daß an seiner Lebensfähigkeit nicht gezweifelt werden kann, um so weniger, als nach Feststellung der Satzungen noch zahlreiche Meldungen in Aussicht stehen.

Allerdings ist das Vereinsprogramm nicht mit glanzvollen Versprechungen einer totalen Umgestaltung unseres „verrotteten" Schulwesens geschmückt, auch fehlt ihm der Zauber einer schneidigen Offensive gegen das Bestehende, auch stellt es keine muthvolle Opposition gegen die Staatsregierung in Aussicht und bietet kein Feld für die Fabrikation problematischer Lehrpläne, auf denen der Unterricht kommender Jahrhunderte fußen soll, — der Verein will eben nicht niederreißen, sondern aufbauen, nicht bekämpfen, sondern vertheidigen, er will nicht deklamiren, sondern handeln, indem er besonders an solchen Orten, denen lateinlose Schulen bis auf den heutigen Tag fehlen, für die Einrichtung derselben zu sorgen sucht.

Daß der Aufruf richtig verstanden wurde, geht auch daraus hervor, daß gerade aus Städten, die sich in solcher Lage befinden,

zahlreiche Meldungen eingegangen sind, zwar nicht aus den Kreisen der Lateinlehrer, sondern aus denen von Fabrikanten, Kaufleuten, Gewerbetreibenden, erfreulicher Weise auch aus denen der Stadtverordneten. Das wirthschaftliche Bedürfniß giebt sich gerade darin aufs beste kund.

In den Kampf zwischen Realgymnasium und Gymnasium wird sich der Verein nicht einmischen und den Streit mit ihnen vermeiden. In einigen Städten stehen sogenannte Mittelschulen, die das Französische bereits in den Lehrplan aufgenommen haben, dem Vereine weniger freundlich gegenüber. Er wird sie und ihre verdienten Leiter nicht bekämpfen, sondern unterstützen, da manche von diesen Anstalten doch den Keim zu einer höheren Bürgerschule in sich trägt. Friedlich wird er sein Ziel verfolgen, den Ausbau und die Vermehrung der lateinlosen höheren Schulen zu befördern. Daß er die Berechtigungsjagd von sich abweist, müßte jeden Freund des Schulwesens mit Befriedigung erfüllen. Daß er auf Polemik gegen Reformvereine und bestehende Schulen sich nicht einlassen wird, das mag vielleicht dazu beitragen, daß der verbitterte, oft gehässige Ton, der sich leider so häufig in den Schulkämpfen unserer Tage zeigt, allmählich einer den Idealen des Schulwesens in höherem Grade entsprechenden Sprache Platz macht. Das Ziel, dem jeder wirkliche Pädagog entgegenarbeitet, ist ja den einzelnen Schulformen in so hohem Grade gemeinsam, daß alle Meinungsdifferenzen als geringfügig dagegen in den Hintergrund zurücktreten sollten. Leider aber wird häufig die Nebensache in dem Maße als Hauptsache dargestellt, daß von unbefangener Beurtheilung kaum noch die Rede sein kann.

Glückt es dem neuen Vereine, in weiteren Kreisen Boden zu fassen, so dürfte er mit dazu beitragen, das durch die Berechtigungsjagd aus dem Gleichgewicht gebrachte Schulwesen Schritt für Schritt den wirklichen Bedürfnissen wieder anzupassen und die vielfach erstrebte Revolution abzuwenden, die für unser Kulturleben viel zu bedenklich ist, als daß man ihr um einiger imaginärer Hoffnungen willen leichten Muthes entgegen gehen könnte.

Konflikte mit der Staatsregierung beabsichtigt der Verein in keiner Weise. Er will mit ihr Hand in Hand gehen und somit eine Art konservativen Gegengewichtes gegen übertriebene Reform-

bestrebungen bilden, ohne den Fortschritten, die unsere Zeit naturgemäß fordert, in den Weg zu treten. Die genannte Zeitschrift ist inzwischen von dem Herrn Kultusminister durch die Provinzial-Schulkollegien sämmtlichen höheren Schulen Preußens zur Haltung empfohlen worden, damit die Direktoren sich auf dem Laufenden halten und dem Publikum rathend und empfehlend bezüglich der Wahl der Lehranstalten zur Seite stehen können. Möge die Zeitschrift der bisherigen Haltung treu bleiben!

§ 8.

Die Reformbestrebungen der Ingenieur-Vereine.

Der unter den Schulmännern und den Anhängern ihrer verschiedenen Richtungen austobende Reformstreit war insofern ein einseitiger, als fast nirgends vom Fachschulwesen die Rede war. Dieses wurde mehrfach von den Vereinigungen der technischen Praktiker aufgegriffen, so daß auch auf dieses Gebiet der allgemeine Streit übertragen wurde.

An der Organisationsfrage der Fachschulen betheiligten sich der Verein deutscher Ingenieure, der Centralverband deutscher Industrieller, der Verein zur Beförderung des Gewerbfleißes, durch Aufsätze in seiner Zeitschrift „Stahl und Eisen“ auch der Verein deutscher Eisenhüttenleute und endlich der Werkmeisterverein.

Das vor 1882 Liegende interessirt uns an dieser Stelle nicht und kann in des Verfassers Brochüre „Errichtet lateinlose Schulen“ nachgelesen werden. Am hervorragendsten betheiligte sich der jetzt 6500 Mitglieder zählende Verein Deutscher Ingenieure, dessen Thätigkeit hier hauptsächlich ins Auge gefaßt werden soll, während die übrigen Vereine nur beiläufig zur Sprache kommen werden.

Im Jahre 1885 hatten der Niederrheinische und Hannoversche Bezirksverein unter dem Einflusse der Realschulmänner für die Stettiner Hauptversammlung den Antrag gestellt, der Ingenieur-Verein möchte eine Resolution in dem Sinne beschließen, daß die Zulassung zur technischen Hochschule von der Absolvirung des Realgymnasiums abhängig gemacht werden solle. Der Antrag war besonders gegen die Gymnasialabiturienten gerichtet, die erst nach

Ablegung einer Ergänzungsprüfung zugelassen werden sollten. Wie man sich zu den Abiturienten der Ober-Realschulen stellen wollte, davon stand in den Anträgen nichts.

Verfasser stellte in der Denkschrift: „Wie soll sich der Verein deutscher Ingenieure der angeregten Berechtigungsfrage und dem höheren Schulwesen überhaupt gegenüber stellen?“ den Antrag, jene Resolution auf das entschiedenste abzulehnen und dafür zu dem gesammten höheren Schulwesen Stellung zu nehmen. Wie dies geschehen könnte, setzte er ausführlich auseinander, dabei besonders auch die Fachschulen berücksichtigend. Der Aufsatz schloß mit 11 Thesen. Er wurde auf der Hauptversammlung vertheilt, erschien in der Vereinszeitschrift und wurde außerdem von vielen Zeitschriften und Tagesblättern abgedruckt oder besprochen.

Der Vereinsvorstand schlug im Anschluß an die Denkschrift nach eingehender Vorberathung vor, den Berliner Bezirksverein mit der Bildung einer Schulkommission zu beauftragen, die zunächst für die nächstjährige Coblenzer Versammlung die Frage des für höhere wissenschaftliche Laufbahnen vorbereitenden Schulunterrichts, später die des Fachschulwesens bearbeiten sollte. Dieser Vorschlag wurde angenommen, so daß eine Debatte, zu der sich mehrere Direktoren von Realgymnasien eingefunden hatten, nicht stattfand.

Aus den Berathungen der Kommission gingen die folgenden, vom März 1886 datirten Aussprüche hervor, die der Coblenzer Versammlung von 1886 zur Annahme empfohlen wurden.

„1) Wir erklären, daß die deutschen Ingenieure für ihre allgemeine Bildung dieselben Bedürfnisse haben und derselben Beurtheilung unterliegen wollen, wie die Vertreter der übrigen Berufszweige mit höherer wissenschaftlicher Ausbildung. 2) Der Lehrplan der höheren Schulen ist so zu gestalten, daß dieselben möglichst weit hinaus den Schülern eine gleiche, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Ausbildung geben und der Rücksicht auf die besondere Fachausbildung erst möglichst spät Rechnung tragen. 3) Der auf der Vergangenheit, auf der Erlernung der lateinischen und griechischen Sprache beruhende und damit im Wesentlichen nur für das Studium der Philologie und Theologie zweckmäßig angeordnete Lehrplan des Gymnasiums giebt nicht eine den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende allgemeine Ausbildung. 4) Die

außer dem Gymnasium gegenwärtig bestehenden höheren Schulen, also solche, welche in neunjährigem Lehrgange mindestens zwei fremde Sprachen betreiben, insbesondere in Preußen das Realgymnasium und die Oberrealschule, sind in ihrer Entwickelung gehemmt und nicht im Stande, ihre volle Leistungsfähigkeit zu entfalten, so lange denselben für die anschließenden Hochschulstudien nicht die gleichen Berechtigungen zuertheilt werden, wie dem Gymnasium. So lange diese verschiedenen Arten von allgemeinen höheren Schulen neben einander bestehen, sind dieselben in ihren Berechtigungen gleichzustellen; der Übergang von einer solchen Schule zu einem Studium, für welches jene nicht die besonders geeignete Vorbildung gewährte, ist zu ermöglichen. 5) Für die Zukunft ist eine einheitliche Gestaltung des höheren Schulwesens in der Weise zu erstreben, daß dem drei bis vier Jahre umfassenden Unterricht in der Vor- oder Volksschule zunächst ein auf sechs Jahre berechneter Lehrgang folgt; derselbe enthält außer Deutsch, Religion, Zeichnen, Rechnen und Geometrie, Geschichte und Geographie in den ersten drei Jahren eine neuere fremde Sprache (Englisch oder Französisch) und Naturbeschreibung (als vom Einzelnen ausgehenden Anschauungsunterricht), dazu in den letzten drei Jahren die zweite neuere Sprache (je nach Umständen auch Latein) sowie Naturwissenschaften und Mathematik. Die Absolvirung dieses Lehrgangs giebt die Berechtigung zum einjährigen Dienste. Diesem sechsjährigen Lehrgange folgt ein solcher von drei Jahren in zwei Abtheilungen mit einigen gemeinsamen Unterrichtsfächern, von welchen die eine auf Grundlage der alten Sprachen, die andere auf Grundlage der neueren Sprachen, Naturwissenschaften, Mathematik und Zeichnen die Vorbildung für die verschiedenen Hochschulstudien gewährt. Der Übergang von der einen zur anderen Abtheilung ist zu ermöglichen, ebenso der Zutritt von einer Abtheilung zu einem Hochschulstudium, zu welchem diese Abtheilung nicht die besonders geeignete Vorbildung gewährte."

Inzwischen war am 6. Juli 1886 durch den Minister der öffentlichen Arbeiten Herrn Maybach die vielbesprochene Berechtigungsentziehung der Oberrealschulen erfolgt. Die Berechtigung zur Vorbereitung für die höchsten Carrièren im Bau- und Maschinenwesen des Staates, die in der Landtagssession 1878/79 den

Anstalten „nach eingehendster Erwägung“ ertheilt war, wurden durch den Federstrich des Einzelministers aufgehoben. Die Agitation der höheren Bau- und Maschinenbeamten gegen die Zulassung lateinloser und angeblich minderwerthiger Kollegen hatte dadurch schon vorher an Kraft gewonnen, daß die Berg-, Forst- und Post-Verwaltung sich geweigert hatten, lateinlose Abiturienten in ihre Fächer aufzunehmen.

Die Coblenzer Versammlung nahm nicht nur die obigen Thesen an, sondern sie sprach dem entsprechenden Ressortminister auch ihr Bedauern über den gegen die Oberrealschulen gerichteten Schlag aus, der unserer Industrie nur zum Schaden gereichen könnte.

Die Hoffnung auf eine Zurücknahme der Verfügung erfüllte sich auch in der Landtagssession von 1886/87 nicht. Über die entsprechenden Landtagsverhandlungen hat Verfasser in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ ausführlich berichtet. (1887, Heft 8, siehe auch unten!)

Die Berliner Schulkommission ging nun an den zweiten Theil ihrer Aufgabe, wobei sie sich wohlüberlegter Weise entschloß, die Frage vorläufig auf die mittleren maschinentechnischen Fachschulen zu beschränken, die bau- und chemisch-technischen Anstalten und außerdem das niedere Fachschulwesen, selbstverständlich auch das Hochschulwesen, ganz auszuschließen. Als man die Berathungen für die Leipziger Hauptversammlung von 1887 noch nicht hatte fertig stellen können, wurde Verfasser zum Mitgliede dieser Kommission berufen. Als solches hielt er die Führung des Beweises für die Nothwendigkeit der mittleren Fachschulen für unerläßlich. Die Frage war für das größere Publikum durchaus keine selbstverständliche.

Im Jahre 1881 hatte nämlich der Zentralverband deutscher Industrieller eine Kommission gewählt, die sich mit der Fachschulfrage beschäftigen sollte. Die von ihr festgestellten „Prinzipien“ wurden am 18. September 1882 zu Nürnberg von dem „Kongreß des Zentralverbandes“ einstimmig angenommen. Von den betreffenden Sätzen interessiren uns die folgenden:

„Die Technik hat nicht drei Zugänge, sondern nur zwei: entweder man studirt gründlich die Wissenschaft, um sie alsdann praktisch zu verwerthen, oder man lernt die Praxis unmittelbar.

Es sind demnach grundsätzlich zwei verschiedene Schulungen der Techniker zu erstreben, die eine wissenschaftliche, wie sie auf der technischen Hochschule gewonnen wird, die andere praktische, wie sie denjenigen zu Theil wird, welche unmittelbar nach dem Verlassen einer allgemeinen Bildungsanstalt als Lehrlinge in die Werkstätten eintreten.

Der Zentralverband erklärt daher: Die Erhaltung und Vermehrung der sogenannten technischen Mittelschulen, d. h. derjenigen gewerblichen Bildungsanstalten, welche den Anspruch erheben, ihren Zöglingen eine höhere technische Ausbildung zu geben, aber bei denselben nur den Grad allgemeiner Bildung voraussetzen, wie er zur Erlangung der Berechtigung zum einjährigen Militairdienste nothwendig ist, meistens aber sich mit noch geringeren Vorkenntnissen begnügen, ist kein wirthschaftliches Bedürfniß."

Diese gegen die mittleren Fachschulen gerichtete Resolution war von dem Kommissionsmitgliede Realgymnasial-Direktor Dr. Böttcher-Düsseldorf (später Königsberg) mit beantragt und unterschrieben worden. Es war dies wiederum einer der vielen Fälle, wo ein Realgymnasialmann gegen das bestehende Gewerbeschulwesen wirkte.

Die eigentliche Absicht der Resolution war, die Reste der Gewerbeschulreorganisation von 1870, soweit sie durch die Verbesserungen von 1878/79 am Leben erhalten waren, aus der Welt zu schaffen. Die Großindustrie wollte einseitiger Weise nur niedere, nicht mittlere Fachschulen haben, nur ihren Meistern, nicht den mittleren Fabrikanten und Technikern sollte geholfen werden. In den Zeitungen der Industriebezirke, in denen mittlere Fachschulen noch existirten, wurden die obigen Sätze immer und immer wieder abgedruckt, um das Publikum von ihrem Besuche abzuschrecken und sie allmählich todt zu machen. Großindustrie und, wie der Verfasser aus eigener Erfahrung weiß, einige Realgymnasialmänner arbeiteten Hand in Hand an diesem Ziele.

Die Lage dieser Schulen wurde, einige wenige abgerechnet, von Tag zu Tag bedenklicher. Eine Frucht jener Agitation war unter anderem eine Rede, die am 2. März 1883 der Abgeordnete Bergrath Dr. Schultz-Bochum, Direktor der Bergschule daselbst,

im Abgeordnetenhause hielt. Er sprach im Wesentlichen im Sinne des Centralverbandes und sagte dann wörtlich:

„Thatsächlich sind jene Fachklassen vielfach der Ablagerungsplatz für solche Elemente, welchen die technische Hochschule wegen ihrer wissenschaftlichen Anforderungen nicht erreichbar ist, und welche die niedere technische Schule, die Meisterschule, wegen ihrer harten Arbeitsvoraussetzungen verschmähen. So können die Fachklassen dieser mittleren Gewerbeschulen, gewiß gegen den Wunsch ihrer Stifter, zur Brutstätte werden der Halbbildung und dadurch zu ihrem Theile beitragen zur Vermehrung eines der schlimmsten Übel unserer Zeit. Wenn ich hier so ausführlich von der mittleren Gewerbeschule spreche, während doch in meinem Antrage nur die Rede ist von dem niederen gewerblichen Unterricht, so geschieht es nur deshalb, um für die niedere gewerbliche Schule, für die Meisterschule, zu reklamiren, was der Meisterschule ist, und dagegen Einspruch zu erheben, daß ihr von der unberechtigten Nachbarin das ohnehin so wenig ertragende Feld abgepflügt werde.“

Diese maßlose Sprache führte der Direktor einer niederen Fachschule gegen die mittleren Anstalten, obwohl die letzteren niemals gegen die niederen gesprochen oder gearbeitet, sondern sie stets als höchst wichtige, als unentbehrliche Schulen hingestellt hatten. Also auch auf dem Fachschulgebiete mußte man die Idee der Kollegialität als aufgegeben, als unmöglich betrachten. Auch hier war von einem Zusammenarbeiten nach einem gemeinsamen Ziele hin keine Rede mehr.

Direktoren mittlerer Fachschulen befanden sich nicht im Abgeordnetenhause, die Rede blieb also unwiderlegt, und unter dem Anscheine der vollkommenen Sachlichkeit und Richtigkeit ging sie in die Welt hinaus, um einigen Schulen der angegriffenen Art den Todesstoß zu geben.

Etwas günstiger fielen die fast gleichzeitigen Beschlußfassungen des Vereins zur Beförderung des Gewerbfleißes aus.

Nach dem Sitzungsberichte desselben vom 2. April 1883 z. B. schloß sich sein technischer Ausschuß folgender Eintheilung an:

a) Niedere Fachschule — für Ausbildung der Lehrlinge.

b) Mittlere Fachschule — für Ausbildung und Fortbildung der Ausgelernten zu Werkführern, Vorarbeitern, Polierern u. s. w.

c) Höhere Fachschule — für Ausbildung von Betriebsleitern im kleineren Fabrik-, Mühlen- u. s. w. Betriebe, Abtheilungsvorstehern u. s. w. im Großbetriebe,

und naturgemäß beizufügen (was nicht dorthin gehörte):

d) Technische Hochschule — für Ausbildung von Technikern ersten Ranges.

Ausdrücklich wird dort bemerkt, daß der Ausschuß diese Eintheilung als vollberechtigt anerkannt habe.

Auffallend war jedoch, daß der Ingenieur Dr. Grothe-Berlin, welcher beiden Kommissionen, sowohl des Centralverbandes als auch des Gewerbfleißvereines angehörte und für die letztere sogar als Berichterstatter thätig war, gleichzeitig so durchaus entgegengesetzten Vorschlägen zustimmen konnte.

Den etwa weniger informirten Lesern sei mitgetheilt, daß es sich bei den Angriffen des Centralverbandes und des Abgeordneten Dr. Schultz um mittlere Fachschulen handelte, die (seit 1878/79) zur Aufnahme den Besitz der Berechtigung des einjährigen Dienstes als Bedingung vorschreiben und außerdem vorangegangene praktische Arbeit für wünschenswerth erklären. Man hielt diese Anstalten vielfach für lebensunfähig, weil die Eintrittsbedingungen allzu streng erschienen, während Berechtigungen sozusagen nicht vorhanden waren und die Entlassungsprüfung eine verhältnißmäßig viel fordernde und strenge war.

Das Kultusministerium hatte sich an die vielfachen Angriffe wenig gekehrt und berief in den Osterferien 1883 eine Kommission zur Berathung der Prüfungsordnung, in welcher mitzuarbeiten der Verfasser gleichfalls die Ehre hatte. Am 17. Oktober wurde diese Prüfungsordnung durch Ministerialerlaß veröffentlicht. Bis auf den heutigen Tag ist sie in Kraft geblieben. Wichtig ist, daß bei der Entlassungsprüfung nicht nur der entsprechende Schulrath des Provinzial-Schulkollegiums, sondern auch ein besonderer technischer Kommissar des Herrn Ministers, sei es ein technischer Hochschulprofessor oder ein Gewerberath, mitzuwirken hat. Da

außerdem die Mitglieder des Kuratoriums fast überall Industrielle und Techniker sind, so ist hinreichend dafür gesorgt, daß die Anstalten nur dasjenige lehren, was für den mittleren Techniker nothwendig ist.

Wenn nun der Centralverband und der genannte Abgeordnete behaupteten, diese Schulen begnügten sich meistens mit unzureichend vorgebildeten Schülern, so entsprach dies nicht der Wahrheit. Die Hagener Fachschule z. B., Abtheilung der Gewerbeschule, zählte im laufenden Jahre in den beiden Klassen 42 + 29 = 71 Schüler, die ausnahmslos beim Eintritt im Besitze der genannten Berechtigung waren, und von denen eine ganze Reihe eine noch höher gehende allgemeine Bildung besaß, da sie sogar die Reife für die Prima eines Gymnasiums oder Realgymnasiums erworben hatten. Praktische Arbeit, zum Theil 3 Jahre übersteigend, hatten 34 hinter sich. Im Herbste mußten 12 Meldungen vollberechtigter Schüler aus Gründen des Raummangels abgelehnt werden. Von Lebensunfähigkeit kann bei solchem Zudrange voll vorgebildeter junger Leute nicht die Rede sein, von dem nur in der Phantasie des genannten Abgeordneten existirenden untüchtigen und arbeitsscheuen Schülermateriale ebenso wenig. Will der Herr Abgeordnete ein Urtheil des langjährigen ministeriellen Kommissars über die genannte Anstalt und ihre Leistungsfähigkeit kennen lernen, so lese er es in der Nummer vom 18. August 1889 der Zeitschrift deutscher Ingenieure nach. In einer Sitzung des Aachener Bezirksvereins war es ausgesprochen worden.

Viele Mitglieder des Centralverbandes haben inzwischen ihre Ansicht vollständig geändert, denn gerade von dieser Seite her ist die Nachfrage nach den Abiturienten in einer Weise gewachsen, daß ihr kaum zum vierten Theile genügt werden kann. Sogar die eigenen Söhne werden von Mitgliedern des Verbandes den Fachschulen anvertraut.

Die Hagener Fachschule z. B. entwickelte sich trotz der Gegenagitation, trotz der Behauptungen der Lebensunfähigkeit in den einzelnen Jahren mehr und mehr. Die Jahresfrequenzen der beiden Klassen waren seit 1880: 7, 7, 10, 18, 36, 45, 47, 47, 60, 71. Da die Unterklasse augenblicklich 42 Schüler hat, so ist

eben Überfüllung, statt des Gegentheils vorhanden. Die Klassentheilung ist unvermeidlich geworden.

Den Nachweis der Nothwendigkeit mittlerer Fachschulen lieferte Verfasser in Band XXXII. der Vereins-Zeitschrift der deutschen Ingenieure von Seite 555 ab, wo das Nöthige nachgelesen werden kann.

Leicht war die Arbeit der Kommission auf dem vielumstrittenen Gebiete nicht. Die Ansichten der Techniker, Hochschul-Professoren und Fachlehrer gingen vielfach auseinander. Der im Frühjahr 1888 an die Bezirksvereine gegangene Bericht fand in wesentlichen Punkten Widerspruch, und so war die Entscheidung der Frage auf der Breslauer Hauptversammlung von 1888 noch nicht zu erwarten. In der That machten sich auch dort Stimmen gegen die Fachschulen mittleren Ranges geltend, unter Anderen die des Fachschuldirektors Romberg-Köln, der ebenfalls als Direktor einer niederen Fachschule gegen die mittleren auftrat. Seinen Ansichten hatte sich später die Werkmeister-Zeitung angeschlossen, die also aus leicht erklärlichen Gründen die mittleren Fachschulen ebenfalls ablehnte.

Inzwischen war aber ein nicht unwichtiger Umstand bekannt geworden. Durch den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten war am 26. März 1887 eine neue Prüfungsordnung für die mittleren und unteren Beamten der Staatseisenbahnverwaltung erlassen worden. Für die mittleren Beamten wurde im Allgemeinen der Besitz des einjährigen Dienstrechts und die Absolvirung einer geeigneten Fachschule verlangt, wobei die bestehenden mittleren Fachschulen besonders empfohlen wurden. Nachdem also der Staat die Scheidung zwischen niederen und mittleren Technikern durchgeführt hatte, blieb der Breslauer Versammlung kaum anderes übrig, als die mittleren Fachschulen für eine Nothwendigkeit zu erklären. Obwohl also der entworfene Lehrplan in die Kommission zurückgewiesen wurde, trug doch das Princip der mittleren Fachschule den Sieg davon.

Die Schulkommission des Vereins nahm ihre Arbeit von Neuem auf. Der Wichtigkeit der Angelegenheit entsprach es, daß man zu ihrer Schlußsitzung eine Reihe bewährter Fachmänner des technischen Schulwesens zu Rathe zog und ihre Bemerkungen in

dem Berichte möglichst berücksichtigte. Im Februar 1889 war der neue Kommissionsbericht vollendet und ging den Bezirksvereinen zur Begutachtung zu.

Das umfangreiche Schriftstück behandelt die Frage der mittleren Fachschule nicht nur von der technischen und pädagogischen, sondern auch von der wirthschaftlichen Seite aus. Die Nothwendigkeit und das Ziel der Schulen wird nachgewiesen, ein Lehrplanentwurf als Vorbild aufgestellt und über gewisse Unterrichtsbereiche, besonders das technische Zeichnen, werden höchst schätzenswerthe Winke gegeben.

Der allgemeine Theil schließt mit folgenden Worten:

„Fassen wir unsere Vorschläge für die Gestaltung der technischen Mittelschule in kurzen Sätzen zusammen, so lauten sie wie folgt:

1) Die technische Mittelschule hat die Aufgabe, Leiter und Beamte technischer Betriebe sowie Hilfskräfte für Konstruktionsbureaux auszubilden.

2) Sie ist als selbständige Lehranstalt vom Staate zu errichten und zu leiten.

3) Der Unterricht erstreckt sich im wesentlichen auf das Gebiet der Maschinentechnik.

4) Für die Aufnahme sind nachzuweisen:
   a. die wissenschaftliche Berechtigung zum einjährigfreiwilligen Dienst;
   b. eine praktische Thätigkeit von zweijähriger Dauer.

5) Die Schulzeit umfaßt 2 Jahre in zwei Lehrkursen von einjähriger Dauer; die grundlegenden Hilfswissenschaften: Mathematik u. s. w., sind als Lehrgegenstand im ersten Jahre zu erledigen.

6) Der Übergang von der Unter- zur Oberklasse geschieht auf Grund einer Versetzungsprüfung, die Bescheinigung der erlangten Reife auf Grund einer Abgangsprüfung.

7) Auf die Ausbildung von Lehrkräften für die technischen Mittelschulen müssen die technischen Hochschulen ausdrücklich Rücksicht nehmen.

Wir schließen unsern Bericht mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß durch Errichtung der von uns vorgeschlagenen technischen Mittelschulen die deutsche Industrie eine erhebliche Förderung

erfahren würde. Diese Schulen würden, die Erlangung des Rechtes zum einjährigen Dienst mit durchschnittlich 17 Jahren vorausgesetzt, ihre Schüler in der Regel mit 21 Jahren entlassen, so daß sie zuzüglich ihres Freiwilligenjahres mit 22 Jahren in den Dienst der Industrie treten könnten, wohl ausgerüstet mit Kenntnissen und Fertigkeiten, frisch und strebsam in jugendlicher Kraft, in anspruchsloser Bescheidenheit freudig bereit, auch untergeordnete Arbeiten als Stufe zu weiterem Fortkommen zu leisten."

Bemerkenswerth ist Folgendes:

Die Dreitheilung des technischen Schulwesens in Hochschule, Mittelschule und niedere Fachschule wird festgehalten. Für die Mittelschule wird der Besitz des einjährigen Dienstrechts als Bedingung beibehalten. Während die preußischen mittleren Fachschulen die vorangegangene Praxis nur als wünschenswerth hinstellen, wird hier eine zweijährige Praxis als nothwendig vorausgesetzt. Verfasser ist damit insofern nicht ganz einverstanden, als Schüler, die das einjährige Dienstrecht erst spät erreichen, dann häufig erst nach der Erledigung der militärischen Dienstpflicht in die Schule eintreten könnten. Auf der vom Verfasser geleiteten Schule waren z. B. einmal zugleich vier solcher Schüler vorhanden, von denen einer sogar die Qualifikation zum Reserveoffizier besaß. Sollte jene Bedingung festgehalten werden, so würde dieser Fall noch öfter eintreten. Jedoch ist die Sache um so weniger bedenklich, als man den Direktoren freien Spielraum für Ausnahmefälle lassen will. Mehrere Bezirksvereine stimmen in den geäußerten Zweifeln mit dem Verfasser überein.

Während die augenblicklichen Fachschulen als städtische oder halbstaatliche Einrichtungen mit allgemein bildenden Anstalten vereinigt sind, wünscht sie die Kommission als rein staatliche, reich dotirte und selbständige Schulen. Sobald unser technisches Schulwesen mit höheren Geldmitteln arbeiten kann, ist jene Trennung allerdings möglich und in mancher Hinsicht wünschenswerth. Aber auch das Zusammenleben technischer und realistischer Anstalten hat seine Vortheile, die Möglichkeit der Berufung einer größeren Zahl von Fachlehrern, deren jeder nur in seinem Hauptfach unterrichtet, die gegenseitige Benutzung der Lehrmittel beider Anstalten, das dem Schüler jederzeit Imponirende einer größeren geschlossenen

Anstalt, das den Fachschülern sich aufdrängende Bewußtsein, Schüler, aber nicht Student zu sein. Auch der innige Zusammenhang mit dem gesammten höheren Schulwesen und die pädagogischen Traditionen eines größeren Lehrerkollegiums sind Faktoren von nicht geringer Wichtigkeit. Denn auch technische Fachlehrer können von den Pädagogen humanistischer und realistischer Anstalten sehr vieles lernen.

Die Kommission erklärt aber, den bestehenden Anstalten in keiner Weise in den Weg treten zu wollen, und so kann man auch diese Abweichungen in den Kauf nehmen. Alle übrigen Differenzen mit den bestehenden Einrichtungen sind weniger wesentlich.

Anerkennung verdient noch die Forderung, daß auf den technischen Hochschulen (mindestens auf einer von ihnen) für die Ausbildung von Fachschullehrern Sorge getragen werden müsse. Nach Ansicht des Verfassers ist auch die Wiederherstellung der Prüfungskommission für Fachschullehrer absolut nothwendig. Werden jetzt die Stellen von Fachschullehrern ausgeschrieben, so melden sich entweder Praktiker ohne entsprechenden theoretischen Bildungsnachweis und ohne jede Unterrichtsqualification, oder Regierungsbauführer oder Reg.-Baumeister ohne hinreichende praktische Vorbildung. Auch Assistenten technischer Hochschulen pflegen sich zu melden, jedoch bisweilen nur, um die Anstalt als Durchgang zur Professur zu benutzen, also ohne die zum Lehrerberufe nöthige Kraft einer gewissen Entsagung. Denn daß für eine strebsame, leistungsfähige Kraft Entsagung dazu gehört, nicht das Höchste zu erreichen, sich mit einer mittleren Stufe begnügen zu müssen, der man sich innerlich weit überlegen fühlt, das ist selbstverständlich. Um so mehr liegt alle Veranlassung vor, diese nur selten anzutreffenden guten Fachlehrer bezüglich des Gehaltes und des Ranges so zu stellen, daß sie nicht ihr Leben in deprimirter Stimmung und in dem Bewußtsein verfehlten Berufes zu verbringen haben, sondern den Idealen des doch so schönen Lehrerberufes treu zu bleiben im Stande seien. Wie viele tüchtige Lehrer der alten Provinzial-Gewerbeschulen wurden durch finanziell verlockende Anerbietungen in die Privatindustrie gezogen! Sie wurden tüchtige Fabrikanten und praktische Techniker, gingen aber dem kärglich besoldeten Lehramte verloren.

Somit darf man die auf dreijähriger Arbeit von Technikern, Hochschulprofessoren, Direktoren und Lehrern von Fachschulen beruhenden Resultate der Schulkommission den deutschen Staatsregierungen sehr wohl zur Beachtung empfehlen.

Auf der Hauptversammlung zu Karlsruhe im August 1889 wurde der Entwurf trotz der Einwendungen einiger Vereine mit großer Majorität angenommen und der Vorstand beauftragt, den verschiedenen Staatsregierungen das Material in geeigneter Weise zu unterbreiten.

Da inzwischen auch das Marine-Ministerium den Abiturienten mittlerer Fachschulen (vorläufig denen der Hagener Anstalt) die schon oben erwähnten Berechtigungen ertheilt hat, da ihnen ferner auch die allerdings ferner liegende Landmessercarrière eröffnet worden ist, so werden auch diejenigen, die ohne Berechtigungen nicht leben können, sich nicht mehr von diesen Anstalten abgeschreckt fühlen. Weniger diesem Umstande, hauptsächlich aber dem Eintreten der deutschen Ingenieure und der wachsenden Nachfrage der industriellen Kreise werden es die Fachschulen zu verdanken haben, wenn sie in der Zukunft sich in erfreulichster Weise entwickeln werden.

Den Staatsbehörden und beiden Häusern des Landtags aber dürfte zu empfehlen sein, dem technischen Unterrichtswesen nicht allzu karge Mittel zur Verfügung zu stellen und besonders für die nöthigen Räumlichkeiten zu sorgen. Denn hier handelt es sich nicht um die Angelegenheiten einer einzelnen Stadt, sondern um die Sache großer Industriebezirke und des gesammten Staates. Manche Fachschulen haben hinsichtlich der Gebäudefrage wahre Leidensgeschichten hinter sich.

Bezüglich des Vereins der deutschen Eisenhüttenleute ist nachträglich zu erwähnen, daß sein Organ „Stahl und Eisen“ sich hauptsächlich im Fahrwasser des Realschulmänner-Vereins bewegt. Die Aufsätze des Handelskammer-Secretairs Dr. Bernhardi in Dortmund, des Generalsecretairs Dr. Beumer-Düsseldorf, des Hüttendirektors J. Schlink-Duisburg schließen sich jener Richtung und den allgemeinen Reformbestrebungen an. Der Verfasser erkennt jedoch mit Dank an, daß die Zeitschrift auch seinen Meinungsäußerungen die Spalten stets mit Bereitwilligkeit geöffnet und die Wichtigkeit der mittleren Fachschulen selbst energisch betont hat.

(Der erstgenannte der obigen Herren ist wohl auch der Verfasser des Schulreformaufsatzes im Dortmunder Handelskammerberichte von 1888, der in mehreren Reformschriften citirt wurde.)

Es sind eigentlich zwei Korporationen, die durch „Stahl und Eisen" vertreten werden, der Verein deutscher Eisenhüttenleute und die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller. Die schönste Schöpfung derselben ist die vortreffliche Fachschule für Eisenhüttenleute zu Bochum, eine Meisterschule im besten Sinne des Wortes, an deren Spitze der tüchtige Ingenieur Beckert steht.

An dieser Stelle ist es vielleicht gestattet, den Schluß eines Aufsatzes abzudrucken, den Verfasser am 25. und 26. Januar 1889 in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erscheinen ließ und der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Februar desselben Jahres vom Freiherrn von Schenckendorff irrthümlich als officiös betrachtet wurde:

„Nach einer Zusammenstellung der Zeitschrift „Polytechnikum" werden die deutschen technischen Hochschulen augenblicklich folgendermaßen besucht:

	Studirende	Hospitanten	Zusammen
1. Berlin	848	396	1 244
2. Hannover	221	199	420
3. Aachen	133	96	229
4. München	496	290	786
5. Karlsruhe . . .	412	73	485
6. Stuttgart . . .	248	171	419
7. Dresden	268	96	364
8. Darmstadt . . .	198	52	250
9. Braunschweig . .	136	77	213

Vergleicht man diese Zahlen mit denen der Lehrkräfte an den einzelnen Anstalten, so erkennt man, daß auf jeden der Herren Professoren durchschnittlich recht wenige Schüler kommen. Trotzdem klagt die Industrie über eine Überproduktion an Hochschultechnikern, denen sie nicht eine hinreichende Zahl lohnender Stellungen zu bieten im Stande sei. Es scheint also, als ob nicht Preußen, wohl aber das übrige Deutschland, sich den Luxus einer zu großen Zahl technischer Hochschulen gestatte.

Auf jeden Fall ist dieser Satz begründet, sobald man von der Zahl der Hospitanten absieht. Zu den Letzteren gehören allerdings hochgebildete Herren der verschiedensten Berufe, die sich für einzelne Vorlesungen als Hörer einschreiben ließen, aber doch wohl auch zahlreiche nicht hinreichend vorgebildete Kräfte, die ausnahmsweise zur Aufnahme gelangten und schon jener Überproduktion halber besser auf den technischen Mittelschulen untergebracht sein würden. Der Hochschultechniker, der doch auch das Militairjahr und die praktische Lehrzeit durchzumachen hat, wird durchschnittlich erst mit dem 26. Lebensjahre wirklich erwerbsfähig, und in der zu großen Zahl solcher Leute liegt ein zweiter Luxus, den sich Deutschland im Gegensatz zu den Nachbarländern gestattet, wo es mehr praktische Ingenieure mittleren Schlages giebt, als bei uns, so daß wir uns die wirthschaftliche Konkurrenz geradezu erschweren, indem wir die Techniker zum Theil zu spät zur Produktion gelangen lassen. Technische Mittelschulen giebt es in Preußen augenblicklich nur 5: Aachen, Barmen, Breslau, Gleiwitz, Hagen. Ihr Besuch war im Jahre 1882/83 0, 18, 33, 25, 10 = 86; im Jahre 1887/88 dagegen 20, 19, 58, 22, 47 = 166. (Im laufenden Schuljahre sind die Zahlen gestiegen, z. B. in Hagen auf 71.) Diese Schulen sind mit lateinlosen höheren Lehranstalten verbunden und nehmen nur junge Leute auf, die das einjährige Dienstrecht besitzen und womöglich schon praktisch gearbeitet haben. Da der Kursus zweijährig ist und in jeder Klasse nicht gut mehr als 30 Schüler unterrichtet werden können, würde 60 die normale Frequenz sein. Bei größerer Zahl muß nothwendig Klassentheilung eintreten.

Die Statistik lehrt, daß diese früher vielfach angefochtenen Schulen sich langsam aber sicher entwickeln. Das Eintreten des Vereins deutscher Ingenieure für dieselben beweist aber, daß man sie schätzen gelernt hat und in ihnen einen Hebel der Industrie findet, die gerade solche Leute für die Leitung der kleinen und mittleren Betriebe und für die Konstruktionsbureaux nöthig hat, wie sie dort vorgebildet werden.

Eine besondere Art mittlerer Fachschulen würden auch die 16 preußischen Landwirthschaftsschulen sein, die jedoch das einjährige Dienstrecht nicht verlangen, sondern selbst ertheilen. Verfasser ist

nicht kompetent genug zu einem Urtheile über diese jedenfalls segensreich wirkenden Anstalten.

Auf die niederen Fachschulen wagt er nur einzugehen, um den Wunsch auszusprechen, ihre Zahl möchte sich möglichst bald verdoppeln. Die Fachschule zu Köln, die Fachschulen für Metallindustrie zu Iserlohn und Remscheid, die Hüttenschule zu Bochum u. s. w. sind vortreffliche Anstalten. Auch eine Anzahl von Baugewerksschulen, die sich staatlicher Ueberwachung erfreuen, sind unentbehrliche Hebel des betreffenden Gewerbes geworden. Von einigen auf Privatspekulation begründeten und auf Reklame beruhenden Techniken soll hier nicht gesprochen werden, da sie nicht zu Preußen gehören. Das niedere Fachschulwesen unseres Staates allein würde, da es sich neuerdings in fruchtbarster Weise auf verschiedene Gebiete des Kunstgewerbes ausgedehnt hat, im Rahmen eines Aufsatzes nicht hinlänglich gewürdigt werden können.

Erfreulich ist es jedenfalls, daß wir auf dem Gebiete des technischen Schulwesens seit der Reform von 1878/79 einen Aufschwung in jeder Beziehung wahrnehmen. Für die mittleren Fachschulen wird derselbe im Laufe der nächsten Jahre um so stärker werden, je mehr die lateinlosen Anstalten sich entwickeln und eine größere Zahl gebildeter junger Leute von den überfüllten Studienkarrièren ablenken. Auch die Scheidung zwischen niederen und mittleren Technikern im Ressort des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, wo von den Letzteren seit 1887 der Besitz des einjährigen Dienstrechts und die Absolvirung einer mittleren Fachschule verlangt wird, mag Einiges zur Entwickelung beitragen. Weit wichtiger aber ist die Forderung der Industrie auf Neugründung und staatliche Unterstützung solcher Schulen, wie sie durch die Resolutionen des Vereins deutscher Ingenieure ausgesprochen wird.

Mit welchen Mitteln aber arbeitet das gesammte technische Schulwesen der verschiedenen Ressorts in allen drei Abstufungen? Nach der „Statistischen Korrespondenz" handelt es sich in Preußen um einen Kostenbetrag von 8 927 000 Mk., d. h. um nur 4,23 pCt. der Ausgaben für das gesammte Unterrichtswesen, welches den Elementarschulen 156 903 000 Mk., den höheren Schulen 29 148 500 Mk, den Universitäten 15 831 000 Mk. widmet, wovon jedoch nur 31,05 pCt. aus Staatsbeiträgen, 46,19 pCt. aus

Gemeindemitteln, 22,76 pCt. aus eigenen Einnahmen der Anstalten, Schulgeldern und dergleichen gedeckt werden.

Es liegt in der historischen Entwickelung unseres Staates, seiner Industrie und seines technischen Schulwesens, daß das letztere nur etwa den 24. Theil der Unterrichtsausgaben beansprucht. Es werden aber von Jahr zu Jahr größere Forderungen für das Fachschulwesen an den Staat herantreten, besonders wenn durch eine hoffentlich langdauernde Friedensperiode die industrielle Entwickelung weitere Fortschritte machen wird. Die Bewilligung dieser Forderungen würde zu der besten Schulreform führen, die man sich wünschen kann, zum gleichmäßigen Ausbau des technischen Schulwesens nach den Bedürfnissen des praktischen Lebens, zur Förderung derjenigen Schulen, die uns in den Stand setzen würden, über die konkurrirenden Nationen auf friedlichem Wege die ruhmreichsten Siege zu erringen."

Der Herr Abgeordnete schloß mit den Worten: „Ja, wenn das wirklich die ausgesprochene Absicht der Staatsregierung sein sollte, wie ich es nach diesen officiösen Äußerungen und besonders auch nach dem kräftigen Anfang, der in diesem Jahre gemacht ist, annehme, so würde ich nicht anstehen, dies auch meinerseits als einen wesentlichen Theil der Schulreform zu betrachten, dahin gehend, daß der große Bildungsstrom, der sich heute auf die höheren Lehranstalten wirft, doch abgelenkt werden würde auf die technischen Lehranstalten, auf Berufsrichtungen, die noch genug Raum für eine ersprießliche Wirksamkeit inmitten unseres gewerblichen und wirthschaftlichen Lebens gewähren."

Also auch von diesem Freunde einer totalen Schulreform wird der Satz des Verfassers, daß auch der Mangel an gewerblichen Fachschulen zu jener beklagenswerthen Studienüberfüllung ganz erheblich beigetragen habe, anerkannt. Verfasser wiederholt also auch an dieser Stelle seine Worte: Errichtet lateinlose Schulen und hinreichend viele niedere und mittlere Fachschulen, und die Hälfte Eurer Reformwünsche ist erfüllt, ohne daß das gesammte höhere Schulwesen aus den Angeln gehoben zu werden braucht!

Diese Reform läßt sich Hand in Hand mit der Staatsregierung erreichen, sie würde auf fast allgemeinen Beifall zu rechnen haben, sie würde eine Menge von socialen und wirthschaftlichen Übelständen aufheben, die nun schon im Übermaße geschildert worden sind, und mit ihr hätten wir für die nächsten Jahrzehnte hinreichend zu thun und dabei nicht nöthig, das Schulleben durch gegenseitige Angriffe, Herabsetzungen und Anklagen aller Art von der ihm gebührenden Höhe herabzuziehen.

§ 9.

Der Preußische Landtag in seiner Stellung zur Schulreform und zur Frage der Ober-Realschule.

Gewisse Kreise innerhalb der Reform-Vereine betrachten die große Schulfrage fast nur vom Standpunkte der Berechtigungsjagd, nicht von dem des wirthschaftlichen Bedürfnisses aus. Inwiefern man Berechtigungswünsche in neuerer Zeit durchsetzen kann, darüber belehrt uns das Geschick der Ober-Realschulen in der Landtagssession 1886/87. Ein Rückblick über diese Angelegenheit soll gegeben werden.

Über die Entstehung der preußischen Oberrealschule unterrichtet man sich am besten durch den 1879 bei O. Seehagen in Berlin erschienenen Sammelband „Das technische Unterrichtswesen in Preußen“, auszugsweise wohl auch durch die Brochüre des Verfassers „Errichtet lateinlose Schulen!“

Von 1880 bis 1885 war die Frequenz der 12 bezw. 14 Anstalten der Reihe nach 1656, 3989, 4120, 4048, 4980, 5120. Sie stiegen also trotz der maßlosen gegen sie gerichteten Zeitungspolemik regelmäßig aufwärts. Weniger verlockend erschien es, bei der heftigen Gegenagitation von ihnen aus zur Staatscarrière im Bau- und Maschinenwesen überzugehen, die Abiturientenzahl wenigstens nahm mit der Heftigkeit der Angriffe in den Tagesblättern ab. Sie war der Reihe nach 29, 54, 61, 46, 34, 32,

um dann mit der Berechtigungsentziehung weiter zu sinken. Letztere geschah durch die am 6. Juli 1886 erschienenen neuen Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den Staatsdienst im Baufache! Der Einzelminister hob also auf, was im Jahre 1879 unter der Mitwirkung der Landtagsmajorität geschaffen war.

Das Recht zu dieser Handlungsweise läßt sich nicht bestreiten, denn leider beruhte unser ganzes Berechtigungswesen auf Verordnungen der einzelnen Ressortminister, nicht aber auf gesetzlicher Basis, ein Umstand, dessen Änderung im Interesse des ganzen höheren Schulwesens lag und jetzt wenigstens insoweit geändert ist, als nur noch das gesammte Staatsministerium enscheiden kann. Wohl aber bleibt es zu bedauern, daß die Entziehung der Berechtigungen auf den Jahresschluß 1889 festgesetzt wurde, so daß nur noch drei Jahrgänge der Schüler des Vorzugs theilhaftig blieben, während sechs andere in einzelnen Mitgliedern schwer geschädigt wurden. Viele Schüler waren doch den Ober-Realschulen im Vertrauen auf die vorhandenen Berechtigungen übergeben worden.

Vielfach nahm man sich der Anstalten aufs wärmste an. So beschloß, wie schon oben mitgetheilt wurde, der Verein deutscher Ingenieure auf der Coblenzer Hauptversammlung von 1886 mit Einmüthigkeit, dem Herrn Minister Maybach sein Bedauern über den „die deutsche Industrie schädigenden Erlaß“ auszusprechen. Auch in zahlreichen Tagesblättern fand der Gedanke Ausdruck, daß es doch nicht ohne weiteres zweckmäßig erscheinen könnte, nur die Abiturienten der Lateinschulen als vollberechtigte Studirende zur technischen Hochschule zuzulassen. Daß jedoch auch die Gegner der Ober-Realschulen nicht schwiegen, ist selbstverständlich, und besonders die „Kölnische Zeitung“, die entschieden Stellung genommen hatte, brachte in dieser Hinsicht ziemlich scharfe Artikel. In einem derselben wurde der Wunsch um eine Hinausschiebung des Entziehungstermins mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß es unzulässig sei, den Todeskampf der Ober-Realschulen noch zu verlängern.

Am 15. December überreichten die Direktoren der noch übrigen 11 Ober-Realschulen (die in Brieg war inzwischen aufgelöst, die Coblenzer Anstalt dagegen in ein Realgymnasium verwandelt worden) beiden Häusern des Landtags eine Petition,

6*

in welcher sie die Wiederherstellung der Berechtigung oder wenigstens die Hinausschiebung des Entziehungstermins bis 1895 erbaten. Eine beigefügte Denkschrift, von Gallenkamp verfaßt, enthielt die ausführlicheren Motive und war dadurch von allgemeinerem Interesse geworden, daß auf die stets wachsende Bedeutung der lateinlosen Schulen in den übrigen Ländern Europas hingewiesen wurde.

Die Städte Gleiwitz, Breslau und Halberstadt schlossen sich jener Petition an, oder reichten besondere ein; Breslau verband die seinige mit der Bitte um gesetzliche Regelung des Berechtigungswesens.

Schon vor der Petitionsberathung fand im Abgeordnetenhause gelegentlich der Etatsberathung eine Art von Vorpostengefecht statt, und zwar am 24. Februar 1887. Der Abgeordnete für Magdeburg, Herr Seyffardt-Crefeld, sprach sich darüber aus, daß man den unter Mitwirkung des Landtags gegründeten Anstalten im Jahre 1879 jene Berechtigungen gegeben und außerdem noch andere in Aussicht gestellt hätte. Statt ihnen noch andere zu verschaffen, nähme man ihnen jetzt sogar das Gegebene, ohne daß den Ober-Realschulen vorgeworfen werden könnte, sie leisteten etwa nicht das Erwartete. „Dieselben Männer, die damals, sei es persönlich, wie Herr Staatsminister Dr. Lucius, sei es durch einen Kommissar, wie Herr Staatsminister Maybach, sich so energisch für die Berechtigung der Schulen ausgesprochen haben, haben als Ressortminister zu ihrer Förderung keinen Finger gerührt.“ Redner konstatirt, „daß alle Parteien mit ihm übereinstimmen in dem Punkte, daß die Geschichte der Ober-Realschulen kein rühmliches Kapitel in der Geschichte des höheren Schulwesens bildet, und ferner in der Hervorhebung, welch hohes Verdienst sich der Unterrichtsminister in Preußen erwerben würde, dem es früher oder später gelingt, auf dem Gebiete des Unterrichts und der Berechtigungen an Stelle des Zufalls, des Vorurtheils, oder an Stelle des wohlwollenden, aber doch immer noch willkürlichen Ermessens, die Herrschaft verständiger Gesetze treten zu lassen.“

Der Herr Kultusminister Dr. v. Goßler antwortete durch eine bedeutsame Rede, in der er mit Recht die innere Berechtigung jeder Schulform als wichtiger hinstellte, als die äußerlichen

Berechtigungen. Allerdings lehnte er es ab, über die innerhalb des Staatsministeriums stattgehabten Verhandlungen sich zu äußern, jedoch erklärte er seine Werthschätzung der lateinlosen Schulen durch folgende Worte: „Ich will nur konstatiren, daß ich heute nach wie vor angesichts der gesunden Grundlagen, auf welchen unsere realistischen Anstalten beruhen, nicht müde werden werde, die schützende Hand über dieselben zu halten.“ Er sprach ferner über die zunehmende Frequenz der Ober-Realschulen, über die Existenz von 17 Realschulen und über die bereits auf 22 gestiegene Zahl der höheren Bürgerschulen seine Freude aus und gab die Hoffnung nicht auf, daß die Stadtgemeinden ihre wirkliche Aufgabe darin erkennen würden, nicht progymnasiale und gymnasiale Anstalten zu eröffnen, sondern für die breiten Schichten ihres Bürgerthums auf Ober-Realschulen hinzuwirken. Er ließe sich nicht irre machen durch den Mißerfolg, den er auf verschiedenen Seiten in der Werthschätzung der realistischen Anstalten für die Erziehung und Entwicklung unseres Volkes erfahren habe. —

Damit war die parlamentarische Situation geklärt. Man sah, daß die Berechtigungen vorläufig fallen würden, moralisch hatte aber die Ober-Realschule einen Triumph davon getragen. Die Rede des Herrn Kultusministers bedeutete, so schrieb Verfasser im Jahre 1887 in der Zeitschrift Stahl und Eisen, der dieses und das Folgende im Wesentlichen entnommen ist, für das lateinlose Schulwesen der Zukunft die zielbewußte Förderung seitens der Staatsregierung, und man kann nur wünschen, daß ihr Wiederhall nicht allzu schnell verklingen möge. — Sagte doch der Herr Minister wörtlich: „Auch heute noch, wo eine ganze Reihe von Hoffnungen, die in jahrelangen Verhandlungen gepflegt waren (!), nicht in Erfüllung gegangen sind, halte ich durchaus daran fest, daß für den Besuch der technischen Hochschulen eine fest abgeschlossene Bildung in einer Ober-Realschule zu den günstigsten Voraussetzungen gehört, die es überhaupt giebt. . . . . Ich halte es für durchaus richtig und verständig, wenn auch für die Privatindustrie, für Geschäfte mit dem Ausland u. s. w. Eltern ihre jungen Söhne auf technische

Hochschulen mit der abgeschlossenen Bildung eines Ober-Realschülers schicken.“ Sodann bezeichnete er es als eine der Hauptaufgaben der lateinlosen Schulen, uns von der Überproduktion gelehrter Leute zu befreien.

Am 18. März fanden die Petitionsverhandlungen im Herrenhause statt. Die Petitionskommission hatte mit geringer Majoriät den Übergang zur Tagesordnung empfohlen. Berichterstatter war Freiherr von Durant, der zwar selbst für Berücksichtigung der Petitionen war, jedoch namens der Kommission den gegnerischen Majoritätsbeschluß empfehlen mußte. Über die Kommissionsverhandlungen sprach er nur kurz und berichtete, die Ausführung des Herrn Regierungs-Kommissars Ministerial-Direktor Dr. Schultz hätten hauptsächlich darin gegipfelt, daß der Herr Minister bei der Ertheilung der Berechtigung im Jahre 1878 von der Voraussetzung ausgegangen sei, die übrigen Ressortminister würden nachfolgen, namentlich was das Berg- und Forstfach, das Post- und Telegraphenwesen beträfe. Diese Voraussetzung sei nicht eingetroffen, und infolgedessen erschiene die sociale Stellung der höheren Baubeamten in ihren Augen gefährdet. Der isolirt gebliebene Herr Minister hätte demnach die Berechtigungsertheilung nicht aufrecht erhalten können.

Herr Oberbürgermeister Friedensburg-Breslau erhob sich für seinen Antrag, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und erörterte die innere Berechtigung derselben. Bei dem Breslauer Sonder-Antrage auf gesetzliche Regelung des Berechtigungswesens deutete er darauf hin, daß bei dem augenblicklich geltenden Verordnungsverfahren es durchaus nicht unmöglich sei, daß es den Realgymnasien mit ihren Berechtigungen gelegentlich ebenso gehen könnte, wie jetzt den Ober-Realschulen.

Der Regierungskommissar, Ministerial-Direktor Dr. Schultz, dessen Anschauungen schon in der Kommissionsverhandlung entscheidend geworden waren, sprach in ähnlicher Weise wie dort, bezeichnete die Einseitigkeit der Berechtigungsertheilung von 1878 als eine capitis deminutio der Staatsbaubeamten und erklärte die Bedeutung der neuen Verfügung als nicht allzu weittragend, da die Schüler der Unterklassen leicht durch Privatstunden zum

Übergang auf die Gymnasien und Realgymnasien vorbereitet werden könnten.

Der Oberbürgermeister Böddcher-Halberstadt sprach besonders über die finanzielle Schädigung, die solche Städte durch die neue Verfügung erleiden müßten, welche sich im Vertrauen auf die Berechtigungsertheilung zur Einrichtung der kostspieligen Ober-Realschulen entschlossen hätten.

Dr. Forchhammer sprach eigentlich nicht zur Sache, sondern suchte rein akademisch nachzuweisen, daß gute Gymnasien die besten Realschulen des Alterthums seien.

Auf ihn folgte Dr. Dernburg, der die Verfügung des Herrn Ministers zu rechtfertigen versuchte, weil sie dem Standesgefühl der höheren Beamten im Bau- und Ingenieurfache Genugthuung verschaffte. „Diesen großen und wichtigen Interessen gegenüber müssen die Momente, die meine verehrten Freunde hervorgehoben haben, zurücktreten.“

Friedensburg-Breslau wies darauf hin, daß es ein falsches und ein richtiges Standesgefühl gebe, hier scheine es sich aber um das falsche zu handeln.

Nach kurzen Schlußworten des Herrn Berichterstatters wurde abgestimmt. Es ergab sich eine so geringe Majorität für den Petitionsantrag auf Übergang zur Tagesordnung, das sogar die Gegenprobe gemacht werden mußte.

Der eine Faktor der Gesetzgebung, das Herrenhaus, hatte somit die Verfügung des Herrn Ministers gebilligt.

Am 29. März 1887 erschien der Komissionsbericht des Abgeordnetenhauses. Die Kommission hatte mit 15 gegen 1 Stimme zu beantragen beschlossen, das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, in Rücksicht darauf, daß es dringend wünschenswerth sei, die Vorschriften über die Vorbildung für den Eintritt in den Staatsdienst einer allgemeinen gesetzlichen Regelung zu unterwerfen, die betreffenden Petitionen der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Bericht reproducirt zunächst den Inhalt sämmtlicher Petitionen und recapitulirt die Verhandlungen von 1878/79, sodann giebt er die Besprechungen der Kommission selbst wieder.

Der Herr Regierungskommissar, Ministerialdirektor Dr. Schultz, hat im wesentlichen ebenso gesprochen, wie vorher. Bezüglich seiner Bemerkung aber, daß auch die Professoren an den technischen Hochschulen es nicht gern sähen, junge Leute verschiedenster Vorbildung unterrichten zu müssen, erwiderte ihm ein Kommissionsmitglied sehr treffend, daß die Verschiedenheit der Vorbildung nicht an der Zulassung von Ober-Realschulabiturienten liege, sondern an der Zulassung von Zuhörern, die überhaupt 9klassige Anstalten nicht absolvirt hätten. Die technische Hochschule in Berlin hätte von 1883 bis 1886 44 bis 59 pCt. mangelhaft vorgebildeter Zuhörer aufgenommen, während Hannover 58 bis 59 pCt., Aachen 34 bis 39 pCt. solcher Hospitanten gehabt hätte. Allerdings setzte der Herr Geheime Oberregierungsrath Dr. Wehrenpfennig diese Zahlen auf 20 bis 30 pCt. herab, aber auch diese Zahl könnte leicht beseitigt werden, wenn die Herren Professoren zur Klage über verschiedenartige Vorbildung Anlaß haben. Auch die Frage des Standesbewußtseins oder besser Standes-Vorurtheils wurde von neuem zur Sprache gebracht.

Am 13. Mai 1887 endlich wurde im Abgeordnetenhause die Entscheidungsschlacht geschlagen, bei der die Gegensätze ziemlich scharf widereinander ins Feld rückten.

Dem Kommissionsantrage hatten sich noch zwei andere beigesellt: Dr. Otto Hermes beantragte zunächst die Aufhebung des Ministerialerlasses zu bewirken, sodann, getrennt davon, die gesetzliche Regelung des Berechtigungswesens in die Hand zu nehmen.

Dagegen beantragten die Herren v. Tiedemann (Bomst) und Freiherr von Minnigerode, über die Petitionen, insofern sie die einseitige Wiederherstellung der Berechtigung beträfen, zur Tagesordnung überzugehen, dagegen den Wunsch einer gesetzlichen Regelung des Berechtigungswesens der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stellvertretender Berichterstatter der Kommission war der Abgeordnete Krebs-Braunsberg. Er sprach nur wenige Worte.

Der erste Redner für die Petition war Herr Seyffardt (Magdeburg-Crefeld.) Sein Gedankengang war folgender: Die öffentliche Meinung wird den Ministerialerlaß vom 6. Juli nicht billigen, so lange nicht nachgewiesen wird, daß die Ober-Realschulen ungenügend zur Vorbildung der höheren Staatsbeamten sind. Dieser Nachweis ist nicht geführt worden und kann nicht geführt werden. Die ganze Frage reicht in ihrer Bedeutung weit über das Gebiet der Ober-Realschulen hinaus, denn derartige Störungen der Stabilität in dem höheren Schulwesen können nur vom größten Nachtheile sein. Historisch richtig wäre es, die mühsamen Berechtigungserrungenschaften der höheren modernen Schulen nicht nur festzuhalten, sondern zu vermehren. Statt dessen kehren wir allmählich zum Monopol des Gymnasiums zurück. „Wir müssen die Realgymnasien und Ober-Realschulen im Interesse unserer Volksbildung erhalten; wir schädigen sonst unbedingt die moderne Wissenschaft, das moderne Leben, ganz besonders aber das moderne wirthschaftliche Leben unserer Nation."

Der natürliche Entwicklungsproceß, daß die alten Sprachen für gewisse Berufe allmählich durch andere Bildungselemente ersetzt werden, dürfe keine gewaltsame Unterbrechung erleiden. Er empfehle daher den Antrag Hermes zur Annahme.

Freiherr von Schenckendorff sprach für den Antrag der Kommission. Es handle sich um mehr, als um das Standesinteresse der Staatsbaubeamten, es handle sich im Grunde um den Kampf der realistischen Lehranstalten mit den monopolisirten humanistischen Schulen. Vor dem Forum des Landes dürfe sich das Haus auch nicht einseitig auf den Standpunkt eines einzelnen Standes oder eines Ressorts stellen, nur von dem allgemeinen Landes- und Unterrichtsinteresse dürfe man sich leiten lassen. Schon jetzt seien mehrere Ober-Realschulen infolge der geringen Berechtigungen eingegangen, jetzt würden sie noch schneller zu Grunde gehen. Die Berechtigungen allein sind für die Existenzfähigkeit entscheidend. (?) Man nehme z. B. den Gymnasien ihre Berechtigungen und gebe sie den Ober-Realschulen, in 10 Jahren würde dann der große Umgestaltungsproceß vorüber sein. Was den Ober-Realschulen heute geschehe, könnte den Realgymnasien demnächst auch bevorstehen. — Jedenfalls seien

die Ober-Realschulen für das Baufach geeignetere Vorbildungsschulen, als die humanistischen Anstalten, daher dürfe man sie nicht durch die Berechtigungsentziehung zum Eingehen zwingen.

Man könne den Herrn Arbeitsminister nicht einseitig zur Zurücknahme seiner Verfügung nöthigen, im Staatsministerium selbst würde sich der befürwortende Kultusminister einer geschlossenen Phalanx gegenüber befinden. Die Errichtung einer ständigen Kommission (vergl. Octoberconferenz 1873) schiene das Beste zur Erledigung der Angelegenheit zu sein.

Bei der Überfluthung der Gymnasien gebe es viel zu viel verfehlte Existenzen. Die Erhaltung der Ober-Realschulen sei also eine schwerwiegende sociale Frage. Man müsse alle realistischen Anstalten ohne Ausnahme fördern und pflegen.

Herr von Tiedemann (Bomst) erhob sich jetzt für seinen Antrag. Die Berechtigung habe die Ober-Realschulen nicht groß gemacht. In der Ober- und Unterprima von 10 solcher Anstalten zähle er nur 79 Schüler, also durchschnittlich kaum 8 in 2 Klassen. Dies sei kein lebensfähiger Zustand. Schulen, die einen Knaben schon im Alter von 9 Jahren zur Entscheidung für einen einzelnen Beruf zwängen, dürften nicht aufrecht erhalten bleiben. (!) Wenn sie eingingen, würden die Gemeinden nicht geschädigt, sondern entlastet, da die wenigen Schüler der 3 Oberklassen weit mehr kosteten, als durch sie Vortheil gebracht würde. Nachdem den Abiturienten dieser Schulen das Studium der Thierarzneikunde und Zahnarztkunde, der Eintritt in das Post-, Steuer-, Berg- und Forstfach versagt worden sei, müßten sich die Baubeamten verletzt fühlen, wenn es hieße: „Für Euch sind solche Schulen gut genug." Im Interesse der gesetzlichen Regelung empfehle er seinen Antrag zur Annahme.

Der Abgeordnete Dr. C. Hermes war als langjähriges Kuratoriumsmitglied der Friedrichs-Werderschen Ober-Realschule jedenfalls in der Lage, in sachkundiger Weise und mit entsprechender Wärme für die gefährdeten Anstalten einzutreten. Der jetzige Zustand, so führte er aus, sei unerträglich, in einer tief in das Leben einschneidenden, das öffentliche Wohl berührenden Frage herrsche die reine Willkür. Mit einem Federstrich vernichte ein einzelner Ressortminister die von 11 Städten mit großen Opfern

gegründeten Anstalten, ohne den Beweis ihrer Unzulänglichkeit auch nur zu versuchen. Einem Standesvorurtheil allein würden dieselben zum Opfer gebracht. Bei dem jetzigen Zustande müsse jeder Ministerwechsel die Existenz der besten Anstalten bedrohen, da jeder Ressortminister in der Berechtigungsfrage nach Belieben schalten und walten könnte. Alle Parteien hätten Interesse daran, daß solche Zustände beseitigt würden. Das Gesetz müsse herrschen, nicht die Willkür. Der Herr Regierungskommissar wäre im Unrecht, wenn er die Zulassung der Ober-Realschul-Abiturienten zur Staatscarrière als eine Ermäßigung der Bedingungen bezeichnete. Das Umgekehrte könne ebenso gut behauptet werden. Er hoffe auf Annahme seines Antrags und für die Zukunft auf Gleichberechtigung der drei Schulgruppen.

Der Herr Ministerial-Direktor Dr. Schultz antwortete auf den warmen Appell des Dr. Hermes in kühler, scharf juristischer Weise. Der Kommissionsantrag berücksichtige einseitig die Interessen der 11 Schulen, durchaus aber nicht die Interessen der Staatsbauverwaltung. Die Ober-Realschulen würden durch den Erlaß so zu sagen nicht geschädigt, erheblich geschädigt würde jedoch durch eine Zurücknahme desselben das Staatsbeamtenthum. Das Renommé der Schulen werde durch den Erlaß in den Augen des Publikums durchaus nicht herabgesetzt. Dagegen würden die Staatsbaubeamten mit einem gewissen Makel behaftet, wenn nur ihre Carrière jenen Abiturienten offen bliebe. Die Standesehre sei keine Kleinigkeit, sondern ihr hohes Bewußtsein sei ein Correlat tüchtiger Leistungen. Das Haus stimme stets zu, wenn der Herr Minister seinen Beamten gegenüber in pecuniärer Hinsicht Wohlwollen bewiese, um so mehr müßte es zustimmen, wenn er Wohlwollen zeigt, wo es sich um ideelle Güter handelt. Nur durch die neuen Verordnungen sei es dem Herrn Minister gelungen, den Staatsbaubeamten dieselbe erhöhte Rangstellung zu erringen, welche die Juristen, die Beamten der allgemeinen Verwaltung, die Berg- und Forstbeamten schon lange vor ihnen besessen hätten. Dafür verdiene er den Dank des Hauses, wie er ihn schon im Herrenhause gefunden habe, besonders deshalb, weil Selbstüberwindung dazu gehöre, den eigenen, früheren Erlaß zurückzunehmen. Was die gesetzliche Regelung anbeträfe, so hätte man sie im Jahre 1878 dem Antrage Hobrecht

gegenüber abgelehnt, jetzt dagegen wünsche man sie zu Gunsten jener Schulen. Der geeignete Augenblick zu solcher Regelung scheine jetzt noch nicht da zu sein.

Diesen scharfen Antithesen gegenüber hob der folgende Abgeordnete Dr. Dürre hervor, der Herr Kommissar wolle den Baubeamten den Stempel der Minderwerthigkeit ersparen, den Ober-Realschulen, ihren Lehrern und Schülern aber aufdrücken. Die Staatsbaubeamten wollten nicht als solche zweiter Klasse angesehen werden, wollten dafür aber in die Lage kommen, auf die Privatbaumeister und Privatingenieure als auf Collegen zweiter Klasse hinabzusehen. Das erinnere an die Zustände im Reich der Mitte! -- Er empfehle in erster Linie den Antrag Hermes, in zweiter den der Kommission.

Auch der folgende Redner Czwalina sprach sich dahin aus, daß man an Stelle der capitis deminutio der Staatsbaubeamten nur eine noch viel schlimmere der jetzt Zurückgestellten gesetzt habe. Dem Staate müsse es aber gleichgültig sein, wo der tüchtige Beamte seine Kenntnisse erworben habe, wenn er sie nur in ausreichendem Maße besitze. Die Einräumung weiterer Berechtigungen an den realistischen Anstalten sei nur Frage der Zeit. Er empfehle den Antrag Hermes.

Unter großer Heiterkeit des Hauses gab der Abgeordnete Dr. Windthorst dem Arbeitsminister vollkommen recht, freute sich, daß der Herr Kultusminister sein Kind (die Ober-Realschule) im Stiche ließe, und schätzte sich glücklich, wenn mit dem heutigen Tage jene Anstalten überhaupt verschwänden. Er habe schon 1879 gegen ihre Gründung gesprochen, man sehe jetzt, wie recht er gehabt hätte. Er hielte von solchen modernen Schulen ebenso wenig, wie von sogenannter moderner Bildung überhaupt. Ihm enthielten sogar die Gymnasien viel zu viel modernen Firlefanz. Das ganze Realschulwesen sei nur infolge der Einrichtung des einjährigen Dienstrechts so herausgebildet worden. Die geistige Schulung durch alte Sprachen und alte Klassiker sei auch dem höheren Techniker unentbehrlich. In anderen Ressorts werde man ohne die klassische Vorbildung nicht fertig, also sei sie auch im Bauwesen unentbehrlich. Die klassische Bildung sei und bleibe besser, wie die moderne.

Nach einigen Schlußworten des Abgeordneten Seyffardt und des Berichterstatters Krebs wurde abgestimmt. Der Antrag Hermes wurde abgelehnt, ebenso der der Kommission, die Mehrheit nahm dagegen den Antrag von Tiedemann und Minnigerode an.

Damit hatte auch der zweite Faktor der Gesetzgebung den Erlaß des Herrn Arbeitsministers gutgeheißen, jedoch den Wunsch ausgesprochen, eine gesetzliche Regelung des Berechtigungswesens eintreten zu lassen.

Fragt man sich nun, wie es möglich war, daß die im Jahre 1879 entstandenen Ober-Realschulen, die man überall mit Freude begrüßte, jetzt unter der Zustimmung des Landtags derartig geschädigt werden konnten, so giebt es darauf verschiedene Antworten. Erstens waren sie ein sehr weit vorgeschobener Posten in dem Kampfe des modernen Schulwesens gegen das sogenannte humanistische. Auch der geschickteste Feldherr kommt in die Lage, solche Vorpostenstellungen auf Zeit aufzugeben. Es handelt sich dabei durchaus nicht immer um eine Niederlage, nur um einen zweckmäßigen Schritt, der den Sieg bedeuten kann. Ist der Rückzug dennoch, wie hier, eine temporäre Niederlage, so ist damit der Krieg noch nicht verloren.

Die Ober-Realschule war, wie Verfasser es schon in seiner Brochüre „Errichtet lateinlose Schulen!“ aussprach (vergl. Seite 59) wahrscheinlich etwas zu früh gekommen. Die vorgeschobene Stellung war zu voreilig besetzt worden. Jedoch dürfte sie in einer ferneren Zukunft wieder eingenommen werden.

Zweitens war die Zahl der Ober-Realschulen zu gering, als daß sie einem Ansturme so mächtiger Feinde aus eigener Kraft hätte widerstehen können. Auch hatten sie von vornherein auf große Zahl nicht zu rechnen, denn schon in den Verhandlungen von 1879 hatte der Herr Regierungskommissar vorsichtigerweise erklärt, die Staatsregierung hätte durchaus nicht die Absicht, so viele solcher Schulen zu gründen, daß eine Überfüllung des Standes der Staatsbaubeamten zu befürchten wäre.

Drittens bemächtigten sich die Gegner mit Geschick der einflußreichen Tagespresse, sie beherrschten sogar einen Theil des Realschulmännervereins, der infolgedessen die Ober-Realschulen etwas

kühl behandelte und erst jetzt, nachdem die Berechtigungen verloren sind, einige Theilnahme zeigte.

Viertens ließen die Direktoren und Lehrer der angegriffenen Schulen die Artikel der Gegner unbeantwortet, sei es aus vornehmer Scheu vor Auseinandersetzungen in den Tagesblättern, sei es deshalb, weil die Schulbehörden dergleichen litterarische Fehden nicht gern zu sehen pflegen.

„Fragt man ferner, was aus den Ober-Realschulen jetzt werden mag, so ist die Antwort folgende: Einige der Anstalten werden zum Realgymnasium übergehen, wie es Coblenz bereits gethan hat, andere werden lateinische Parallelklassen einrichten, wie es an der Guerickeschule in Magdeburg geschieht, andere werden das Latein facultativ einführen, wie es in Potsdam und Gleiwitz erstrebt wird, andere werden eingehen, wie die Schule zu Brieg. Hier und dort wird man vielleicht versuchen, die Ober-Realschule in ihrer reinen Gestalt fortbestehen zu lassen, was entschieden das wünschenswertheste sein würde. Jedoch kommt es hierbei darauf an, ob die Sache finanziell durchführbar ist. Ist letzteres nicht der Fall, und will man doch bei der lateinlosen Gestalt bleiben, so wird man sich auf die 6 klassige höhere Bürgerschule, oder auf die 7 klassige Realschule beschränken müssen."

Diesen im Jahre 1887 geschriebenen Worten hat der Verfasser nur zuzufügen, daß sie sich im Wesentlichen bestätigt haben, nur ist Potsdam zur 7 klassigen Realschule übergegangen, während der Gleiwitzer Antrag auf Einführung des Latein abgelehnt worden ist. Die Ober-Realschulen gingen in Folge jener Verluste von 5120 auf 4839, 4692 zurück, während die Einzelanstalten an Frequenz noch immer zunehmen. Die Zahl ihrer Abiturienten ging zunächst von 32 auf 35, um dann auf 28 zu sinken.

Von einem Absterben dieser wahrhaft realistischen Anstalten kann jedoch trotz der Berechtigungsentziehung noch nicht die Rede sein, sie dürften sogar bald noch einer weiteren Frequenzzunahme entgegen sehen.

Daß nämlich das lateinlose Schulwesen im Allgemeinen in der Zunahme begriffen ist, kann nicht mehr angezweifelt werden. In jeder Provinz, die mehrere höhere Bürgerschulen oder 7 klassige Realschulen besitzt, bezw. besitzen wird, kann bei der wachsenden

Schülerzahl nur zweierlei nöthig werden: Erstens eine an diese Voranstalten anschließende technische Fachschule irgend welcher Richtung, die eine abgeschlossene technische Bildung mittleren Ranges gewähren soll, ohne sich jedoch als Vorschule der technischen Hochschule zu betrachten; zweitens eine Ober-Realschule, die zur technischen Hochschule überleitet und bis auf weiteres nur künftige Privattechniker höheren Ranges vorbildet und eventuell auch das Recht erhält, besonders beanlagte Schüler zu einer Ergänzungsprüfung im Lateinischen u. s. w. vorzubereiten, die dann auch Staatsbeamte werden dürften. Eine endgültige Regelung solcher Übergangsbestimmungen, überhaupt die Regelung der gesammten Berechtigungsfragen, muß jedoch ohne jede Agitation der Zukunft und dem später auftretenden wirthschaftlichen Bedürfniß überlassen bleiben. Die Oberklassen der Ober-Realschule hätten sich also gewissermaßen durch Zufluß der Abiturienten der höheren Bürgerschulen und Realschulen aus der ganzen Provinz zu füllen, genau so, wie augenblicklich die mittleren technischen Fachklassen der Sammelplatz derjenigen jungen Leute sind, die nach Erreichung des einjährigen Dienstrechtes sich zur technischen Praxis vorbereiten wollen. Wie diese Art von Schulen zum Theil einen starken Zugang an Schülern hat, ohne denselben wesentliche Berechtigungen versprechen zu können, so wird dies nach geschehener Vermehrung der lateinlosen Schulen auch mit den Oberklassen der Ober-Realschule der Fall sein.

Verfasser würde es geradezu als einen Triumph der pädagogischen Ideale und der inneren Kraft des modernen Unterrichtwesens betrachten, wenn ohne jegliche Ausnahmebestimmung die Abiturientenzahl der trefflich organisirten Ober-Realschulen von selbst wieder zunehmen würde. Man sollte die Entlassungsprüfungen nicht blos vom Utilitätsstandpunkte der Berechtigungsjagd aus betrachten, sondern von dem höheren Standpunkte aus, daß der Abschluß der allgemeinen Bildung durch die Prüfung auch einen hohen inneren Werth hat.

In dieser Hinsicht aufklärend zu wirken, muß eine der Hauptaufgaben des neugegründeten Vereins zur Beförderung des lateinlosen Schulwesens werden, der der Berechtigungsjagd und dem

nur auf diesen gegründeten einseitigeren Richtungen der Reformbestrebungen ein Ende zu bereiten berufen ist. Die Ober-Realschule ist auf keinen Fall als ein verlorener Posten zu betrachten. Sie arbeite mit Muth und Selbstvertrauen weiter an der großen Aufgabe der schrittweisen Modernisirung des höheren Schulwesens. Ist doch auch ihre bisherige Arbeit keine vergebliche gewesen. Die Zeit eines durchschlagenden Sieges wird für sie noch kommen.

Aus dem ganzen Verlaufe der Angelegenheit ergiebt sich aber, wie wenig reif unsere Zeit zu einer totalen Umgestaltung des höheren Schulwesens ist, wie unfruchtbar die Arbeitskraft der Schulmänner und Reformfreunde in vergeblichen Bemühungen aufgezehrt werden würde, wenn man noch immer den Versuch machen wollte, das Bestehende aus den Angeln zu heben. Man kehre also den überstürzten Bestrebungen mehr theoretischer und deklamatorischer Art den Rücken und schließe sich den praktischen Bemühungen derjenigen Männer an, die sich darauf beschränken, das bisher stiefmütterlich behandelte lateinlose Schulwesen zu Kraft und Ansehen zu bringen, ohne die heikle Berechtigungsfrage dabei zu berühren!

Auch das Jahr 1888 brachte einige Schulverhandlungen des Abgeordnetenhauses. Es handelte sich am 7. März um die Feststellung der Rangklasse der Lehrer höherer Lehranstalten und um die von dem Dr. Langerhans angeregte Frage der Gleichberechtigung der Gymnasien und Realgymnasien. Der Herr Minister betonte in seiner Entgegnung wiederum, man hätte zu unterscheiden zwischen äußerer und innerer Berechtigung einer Schule. Die Organisation der Realschulen (Realgymnasien) von 1859 habe diesen Anstalten nicht die Vorbereitung zu Universitätsstudien, sondern für das praktische Leben als Ziel zugewiesen. Von diesem Standpunkte sei man im Jahre 1870 abgewichen, da zu wenig Lehrer der Mathematik, der Naturlehre und der modernen Philologie vorhanden gewesen wären. Die unmittelbare Folge der Berechtigungsertheilung sei gewesen ein rapides Anwachsen der Realschulabiturienten und ihres Zudranges zur philosophischen Facultät. Im Jahre 1869 seien 4, im Jahre

1870 5, 1871 15 zur Universität gegangen und bis 1870 sei die Zahl auf 333 gewachsen. Von da ab erst wäre ein Rückschlag erfolgt. Die Überzahl unangestellter Kandidaten auf den betreffenden Gebieten sei die Folge dieser Entwickelung, nicht weniger als 461 Mathematiker und Neusprachler und 308 Philologen warteten auf Anstellung. Schon dies sei schlimm genug. Wie aber würde es erst werden, wenn nun auch noch das überfüllte juristische und das medicinische Studium den Realabiturienten geöffnet werden sollten! An der einen bereits gemachten schmerzlichen Erfahrung sollte man doch genug haben. Er behielte seine Überzeugung und den Muth, dem Andrängen, den Realgymnasialabiturienten weitere Facultäten zu eröffnen, Widerstand zu leisten.

„Ich weiß, daß ich mit dieser rückhaltlosen Äußerung sehr viele Hoffnungen verkümmere und sehr vielen Widerstand hervorrufe; wenn ich aber genöthigt bin, wie in diesem Falle, meine Meinung zu sagen, fehlt mir auch der Muth nicht, sie zu bekennen, und ich glaube, in der Gesammtentwicklung unseres Vaterlandes handle ich richtig."

Die Rede fand im Hause den lebhaftesten Beifall. Die Gleichberechtigungsidee scheint also augenblicklich keine Majorität für sich zu haben. Der Abgeordnete Seyffardt-Magdeburg griff den Gegenstand am 17. März 1888 noch einmal auf und trat warm für die Berechtigungen des Realgymnasiums ein, der behandelte Titel „Regierungsschulräthe" war jedoch nach der Auffassung des Herrn Ministers nicht geeignet, auch ihn zu erneutem Eingehen auf die Angelegenheit zu veranlassen.

Im folgenden Jahre, am 9. Februar 1889 wurde besonders das niedere technische Schulwesen der Berücksichtigung der Staatsregierung empfohlen, wobei der Abgeordnete von Schenckendorff dem schon erwähnten Aufsatze des Verfassers eine unverdiente Wichtigkeit beilegte. Auch die Abgeordneten Friedrichs-Gummersbach, Sombart und Dürre sprachen für die Förderung des betreffenden Unterrichtszweiges. Die niederen Baugewerkschulen wurden am 12. Februar durch den Abgeordneten Reimers empfohlen.

Bedeutungsvoll für die Schulreformfrage wurden die Verhandlungen vom 6. März 1889. Der Abgeordnete Gymnasialdirektor Schmelzer sprach für die Gleichberechtigung der Realgymnasien, Seyffardt-Magdeburg aber erörterte die Frage der Schulreform und die Petitionsangelegenheit der 24 000 Unterschriften in eingehender Weise. Er verlangte vom Minister die Heraushebung des gesammten Realschulwesens aus seiner Aschenbrödelstellung, freie Konkurrenz, „gleiches Licht und gleiche Sonne für die beiden Anstalten zu geistiger Reife und zu denselben idealen Zielen." Im Übrigen wünschte er die staatliche Förderung der lateinlosen Anstalten mit kürzerer Unterrichtsdauer. Der Ober-Realschulen und ihrer Berechtigungen gedachte er dieses Mal nicht, stellte sich also anscheinend auf den früheren Standpunkt der Majorität des Realschulmänner-Vereins, zu dem er bekanntlich in naher Beziehung steht. Für die Reform wünschte er ein möglichst schnelles Tempo.

Der Abgeordnete von Schenckendorff betonte die Nothwendigkeit der Schulreform von anderen Gesichtspunkten aus. „Es ist irrig, wenn man bei dieser Frage einseitig immer nur den gymnasialpädagogischen Standpunkt in den Vordergrund stellt. Die Frage ist vielmehr so zu stellen und wird von streng humanistischen Kreisen so gestellt: Reichen Zeit und Kräfte der Jugend noch hin, um auf der einen Seite die alten Sprachen in dem ganzen vollen Umfange wie seither beibehalten zu können und auf der andern Seite sowohl den steigenden, gar nicht mehr abzuweisenden Bedürfnissen der Gegenwart gerecht zu werden, als auch die Gesammtentwickelung der Kinder, besonders nach der gesundheitlichen Seite hin, derart zu fördern, daß man sagen kann, die Jugend könne gesund an Leib und Geist dem Leben zugeführt werden? Ich sage nun nein, Zeit und Kräfte reichen nicht hin."

Er ging bezüglich der Überbürdungsfrage auf das amtliche Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen vom Jahre 1883 zurück, in dem er im Gegensatz zu anderen ein scharfes Urtheil über die körperlichen Folgen des jetzigen Schulwesens fand. Er citirte Paulsen, welcher behauptet, das Gymnasium sei zur Zwitteranstalt geworden, weil zu seiner Aufgabe, in den Geist des klassischen Alterthums einzuführen, noch die zweite gekommen sei, über die gegenwärtige so mannigfaltig gewordene

Welt zu orientiren. Aus der Denkschrift der Staatsregierung über die Überbürdungsfrage schloß er (wohl irrthümlicher Weise), die Anforderungen des Gymnasiums wären gegen früher gewachsen. Der nur zweistündige Turnunterricht könne das nicht wieder gut machen. Die Ansichten von Völcker, Paulsen, eines ungenannten Gymnasialdirektors, zog er heran, um zu zeigen, daß mit dem Lateinischen später angefangen werden dürfe und müsse. Auch der Lehrplan der Realschule mit Realgymnasium zu Altona (Gabelungssystem) wurde erörtert, und als Muster empfohlen. Die Statistik des Schulwesens mit ihren „ungünstigen" Ziffern für die lateinlosen Anstalten wurde wiedergegeben. Die höheren Bürgerschulen allein thäten es nicht, nur bei jenem Combinationssystem könnten sie gedeihen. (?) Wie die Heeresverfassung, der wir die großen Siege zu verdanken hätten, trotzdem umgewandelt und den Forderungen der Zeit angepaßt worden sei, so müßte man auch das Schulwesen, selbst wenn es noch so vortreffliches geleistet hätte, den Forderungen der Zeit entsprechend umgestalten.

Der Abgeordnete Dr. Arendt stimmte den Vorrednern bei und citirte den Professor am Joachimthalschen Gymnasium, Otto Schröder, welcher behauptet, von den Früchten der jetzigen Gymnasialbildung, vom Durchschnitt der Abiturienten, von dem Stand ihrer menschlichen und ihrer wissenschaftlichen Reife, sei niemand befriedigt. (?) Im Anschluß an Paulsen tadelte er, daß das Gymnasium die ganze Vorbereitungsarbeit für die Universität zu übernehmen habe und deshalb seine Kräfte zersplittere. Auch Cauer fände aus demselben Grunde in dem Gymnasialmonopol einen Krebsschaden. Die neuen statistischen Untersuchungen Conrads über die Überfüllung in den Einzelfächern der Universitäten zeigten, daß gerade in den den Realgymnasiasten geöffneten Zweigen die Überfüllung abgenommen habe. Paulsen verlange, daß das Realgymnasium zur Gelehrtenschule gemacht werde. Den Vätern, die da sagten, man müsse den Knaben zum Gymnasium schicken, um ihm alle Wege offen zu halten, rufe er seine entgegengesetzte Ansicht zu, daß einem solchen Jungen die Welt halb verschlossen werde. Die historische Entwickelung müsse ganz von selbst auf die Verdrängung der alten Sprachen hinführen. Auch ohne dieselben könne man in den Geist des Alterthums eindringen, das sehe man

doch am Lesen der Bibel in der deutschen Sprache. Kaiser Friedrich III sei durch Curtius auch ohne gründliches Griechisch erzogen worden und habe Homer, die Tragiker und Herodot nur in den Übersetzungen kennen gelernt. Paulsen prophezeite, daß die europäischen Kulturvölker in Zukunft die Bildung ihrer Jugend aus eigenen Mitteln bestreiten würden. Die Oberrealschule sei eigentlich eine Unterrealschule, das Realgymnasium sei die eigentliche Oberrealschule (!), die erstere solle man ausbauen, die zweite als Oberschule darauf setzen und so zur Universität vorbereiten. Das einjährige Dienstrecht sei der Krebsschaden des Unterrichtswesens und brächte den Ballast auf die Gymnasien. Die Reformbestrebungen müßten von der Staatsregierung schleunigst unterstützt werden, denn es sei Gefahr im Verzuge.

Die Gegenparteien stellten der von den Vorrednern vorgetragenen Ideenmasse nur den kurz redenden konservativen Abgeordneten Korsch entgegen, der einfach erklärte, er und seine Freunde wünschten die Fortdauer des Gymnasialmonopols, denn nur das Gymnasium gebe eine wirklich wissenschaftliche Vorbildung. Die Gegner dächten anders, Princip stände gegen Princip, und eine Diskussion könnte nichts helfen. Einen Fehler erkannte er an, die Überzahl der Gymnasien. Ihrer Vermehrung müßte man entgegenwirken.

Der Herr Kultusminister Dr. v. Goßler erhob sich zu der großen Rede, die den Ausgangspunkt unserer Betrachtungen gebildet hatte. Sie liegt nicht nur in den stenographischen Berichten vor uns, da sie auch in mehreren pädagogischen Zeitschriften abgedruckt wurde. Auch findet sie sich in den soeben bei Mittler & Sohn (Berlin) erschienenen Ansprachen und Reden des Herrn Ministers. Er betrachtete die Geschichte des höheren Schulwesens von 1834 ab und zeigte, wie dasselbe schrittweise, besonders 1837, 1856 und 1882 durch neue Lehrplan-Verordnungen der Zeitentwickelung gefolgt sei, und wie gerade er bezüglich der Naturwissenschaften, der Körperpflege, der Überbürdungsklagen für Förderung bezw. Abhülfe gesorgt habe. De jure wären viele Reformwünsche bereits erledigt, ob auch de facto, das sei Sache der einzelnen Schulen, die eben ihre Pflicht zu erfüllen hätten. Die Schulreformbestrebungen fanden in ihren Hauptzügen eine eingehende Darlegung,

wirthschaftlich und statistisch wurde gezeigt, wo die Hauptmängel eigentlich liegen, in dem Mangel an lateinlosen Schulen und Fachschulen. Die Berechtigungsfragen seien zum Theil Reichssache. In Preußen habe man einen Fortschritt in dem Sinne gemacht, daß nicht mehr der Ressortminister, sondern das gesammte Staatsministerium zu entscheiden hätte. Die bessere praktische Ausbildung der jüngeren Lehrer sei eine seiner Hauptsorgen, er habe verschiedene Ideen, wie in dieser Hinsicht geholfen werden könnte. Über das Turnen und seine Förderung brauche gerade er kein Wort zu verlieren. Und nun kamen die Schlußsätze, die uns an den Anfang unserer Darstellung zurückführen würden.

Von den folgenden Rednern sprach noch der Abgeordnete Dr. Graf-Elberfeld im Sinne der Heidelberger Erklärung und gegen die Zulassung der Realabiturienten zum medicinischen Studium. Dr. Virchow mit seiner Gegenansicht konnte den Eindruck der letzten Reden nicht abschwächen. Daß schließlich Dr. Windthorst gegen alle Reform und für das Gymnasium sprach, welches übrigens aus den Lehrplänen von 1882 ein bedenkliches Vielerlei auszuscheiden und zur alten Einfachheit zurückzukehren habe, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Damit schloß eine der denkwürdigsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses, die an Bedeutung den Verhandlungen von 1878/79 nicht nachsteht.

§ 10.

Schlußbetrachtungen und Vorschläge.

Die Hauptströmungen auf dem Gebiete der Schulreformbewegung sind hiermit vorgeführt. Auf die Besprechung von Einzelstimmen könnten wir uns schwerlich einlassen, ohne den Umfang des Büchleins zu verdoppeln. Der Hauptwerth derselben liegt auch weniger in praktischen Vorschlägen, als in allgemeinen pädagogisch-theoretischen Betrachtungen, über die sich streiten läßt. Ferner wird es überflüssig sein, die bekannten Ansichten derjenigen Gymnasialmänner zu skizziren, die keine Reform haben wollen und

einfach an dem Bestehenden und den altklassischen Idealen festhalten. Was hat man nun von der ganzen Bewegung zu halten?

Im großen Ganzen handelt es sich um einen Gährungsproceß, bei dem von beginnender Klärung vorläufig noch nicht die Rede sein kann. Die zahlreichen Kräfte zersplittern sich nach allen Richtungen, ohne eine entscheidende Resultante zu geben, die man als eine mächtige Zeitströmung betrachten könnte. Die Majorität in beiden Häusern des Landtags ist der Reform nicht günstig gesinnt. Die Frage ist noch nicht reif zur Lösung.

Dieser Umstand hat den Reformbestrebungen in neuerer Zeit einen etwas gereizten Charakter gegeben. Man hat die Agitation durch Zeitungsartikel verschiedenen Werthes in die Massen getragen und will mit Zahlen imponiren. Übertreibung und unbewußter Irrthum spielen, wie schon im Eingang gesagt, eine bedenkliche Rolle. Um die Reform zu erzwingen, discreditirt man das gesammte höhere Schulwesen. Es wird Zeit, daß dem ein Ende bereitet werde.

Im Grunde muß man sich über folgende Fragen Klarheit verschaffen:

1) Ist eine Totalreform nöthig?
2) Ist sie möglich?
3) Wenn nicht, in welcher Beziehung ist dann unser Schulwesen einer schrittweisen Besserung bedürftig und fähig?

Die erste Frage beantwortet der Verfasser nach langjähriger Beschäftigung mit dem Gegenstande, soweit es sich um die Jetztzeit handelt, mit einem entschiedenen Nein. Es ist im Gegentheil durchaus möglich, durch schrittweise Verbesserungsmaßregeln dem Bedürfniß der Jetztzeit vollkommen zu genügen.

Wie kommen nun die Reformfreunde dazu, die Nothwendigkeit zu behaupten? Im Grunde genommen deshalb, weil ihnen das Berechtigungswesen der Jetztzeit nicht behagt, weil die Väter der Berechtigungen halber die Söhne nach dem Gymnasium, dem berechtigungsreichen, schicken, woraus sich dann der Zudrang zu den gelehrten Berufsarten erklärt. An dem Berechtigungswesen aber trägt nicht die Schule die Schuld, vielmehr liegt die Entscheidung bei den die Berechtigungen ertheilenden Faktoren. Diese

Faktoren entscheiden aber auf Grund des vorliegenden Bedürfnisses. Sie verweigern die Berechtigung so lange, bis das Bedürfniß zu einer Änderung des augenblicklichen Zustandes zwingt. Dazu haben sie das Recht und die Pflicht. Also weder den Schulen, noch den Ressortministern ist ein Vorwurf bezüglich der betreffenden Übelstände beizumessen. Die Schuld liegt im Wesentlichen an den Vätern, die aus Berechtigungsgründen die Söhne auf die verkehrten Anstalten schicken. Nur in einem Falle sind die Väter entschuldigt, dann nämlich, wenn die entsprechenden anderen Anstalten nicht vorhanden sind. Daß es an lateinlosen Schulen fehlt, ist aber nicht Schuld des Staates, sondern der Städte, die fast stets Lateinschulen, nur selten lateinlose beantragt und gegründet haben. Daß die Staatsregierung die Vermehrung der lateinlosen Anstalten will, sogar auf Kosten der Lateinschulen will, hat sie deutlich genug erklärt. Die meisten Vorwürfe werden also an ganz falsche Adressen gerichtet.

Um jene Übelstände aus der Welt zu schaffen, bedarf es weder der Discreditirung des höheren Schulwesens, noch der totalen Reform, sondern nur der Belehrung der Väter und der Vermehrung der lateinlosen Schulen, theilweise auf Kosten der Lateinschulen. Die Frage der Berechtigungen an sich ist als Nebensache zu betrachten, und der Einfluß aller Deklamationen zu Gunsten der Berechtigungsertheilungen ist gleich Null.

Die extremen Richtungen der Reformparteien begehen den Fehler, die Berechtigungsfrage zur Hauptsache zu machen. Weit wichtiger ist die Organisation der Schulen und die richtige Vertheilung der Schulgruppen nach den wirthschaftlichen Bedürfnissen. Die Pflege der pädagogischen Ideale ist ganz unabhängig von dem Berechtigungsschema einer Anstalt. Anstalten gedeihen auch ohne Berechtigungen, wenn man nur nicht unablässig über Berechtigungsmangel klagt und so die eigene Anstalt discreditirt. —

Die Schwierigkeit des Übergangs von einer lateinlosen Schule zur Lateinschule wird in der Regel viel zu tragisch aufgefaßt. Wer sich als vorzüglich beanlagt in hervorragender Weise zum Studium eignet, wird das Fehlende leicht nachholen und ohne

großen Zeitverlust in die Oberklassen der Lateinschule gelangen. Wer diese Fähigkeit nicht besitzt, hat überhaupt kein verbrieftes Recht dazu, das Höchste zu erreichen. Nicht der ganze Mittelschlag bezüglich der geistigen Beanlagung soll studiren, sondern nur die hervorragenden Köpfe. Nur die geistige Elite der Nation ist für die höchsten Berufsarten geeignet und berechtigt. Aus welchen Familien diese Ausnahmeköpfe stammen, ist dabei ganz gleichgültig. Der hochbeanlagte Handwerkersohn hat ein größeres Anrecht auf die höchsten Studien, als der wenig begabte des Millionärs oder der talentlose des adeligen Gutsbesitzers. Er rangirt gleichberechtigt mit den begabtesten Söhnen aus den sogenannten höheren Ständen. Allerdings werden zu allen Zeiten sich auch mittelmäßig Beanlagte zum Studium drängen.

In großen Städten giebt es naturgemäß viele, in kleinen Städten nur wenige hervorragende Köpfe. Demnach hat nicht jede Kleinstadt ein Anrecht darauf, die höchste Schulanstalt, das Gymnasium zu besitzen. Sind irgendwo 10 zu den höchsten Studien geeignete Köpfe, daneben aber 190 nicht geeignete vorhanden, so ist es Thorheit, ein Gymnasium zu gründen. Man würde den genannten 190 auf Kosten jener 10 eine verkehrte Ausbildung zumuthen oder wenigstens ermöglichen. Diesen Fehler haben zahlreiche kleinere Städte gemacht. Die Oberklassen ihrer Lateinschulen stehen leer, die Kosten müssen gedeckt werden, und so wird denn viel unbeanlagtes und sehr wenig geeignetes Material in die Unterklassen geschickt. Diesen Fehler aufzuheben ist eine Sache der Zweckmäßigkeit und der Gerechtigkeit.

Hier liegt die Ursache des vielbesprochenen Ballastes mancher Lateinschulen, „die unten die Wassersucht und oben die Schwindsucht haben.“ Hier liegt der Grund zu dem überreichen Zudrange zu den höchsten Studien, hier die Ursache der großen Zahl wenig beanlagter Köpfe in Studiencarrièren, die die höchsten Anforderungen stellen oder doch stellen sollten.

Wir würden in Preußen mit der Hälfte der Lateinschulen den Bedarf der Studienfächer vollkommen befriedigen können!

Daß freilich bei den augenblicklichen Anschauungen die Direktoren und Lehrer der entsprechenden Lateinschulen einer „Rückbildung", besser einer Umbildung in die lateinlose Form widerstreben werden, ist selbstverständlich. Ebenso begreiflich ist es, daß die wenigen Juristen, Mediciner und Theologen jener Kleinstädte, die ihre Söhne dem Studium zuführen wollen, dieses Widerstreben mit allen Kräften unterstützen werden. Sache der Staatsregierung also dürfte es sein, die städtischen Behörden auf die entsprechenden Übelstände aufmerksam zu machen und auf das einzige Mittel zur Abhülfe hinzudeuten. Der Majorität muß ihr Recht gegeben werden. Gerade in kleineren Städten, die nur eine einzige höhere Schule halten können, ist die lateinlose Schule unbedingte Nothwendigkeit. Den Vorzugsschülern kann man unentgeltlich einen Nebenunterricht in den alten Sprachen ertheilen, der sie befähigt, in die Oberklassen des Gymnasiums überzutreten. Dieser Übergang könnte auch durch entsprechende Verordnungen in vereinfachender Weise geregelt werden. Eine Folge der Vermehrung der lateinlosen Schulen würde eine Vermehrung der mittleren Fachschulen sein. Die segensreichste Folge würde aber darin liegen, daß der überreiche Zudrang zu den höchsten Studien aufhören würde.

Diese Maßregeln würden für die nächsten 30—40 Jahre ausreichen, die socialen und wirthschaftlichen Übelstände aufzuheben und das Gleichgewicht in der Vertheilung der höheren Schulen wieder herzustellen. Von einer Nothwendigkeit der Totalreform kann gar nicht die Rede sein.

Was die zweite Frage, die der Möglichkeit einer vollkommenen Umgestaltung in der Jetztzeit anbetrifft, so wird dieselbe schon dadurch verneinend beantwortet, daß in den nächsten Jahrzehnten bei den drei Faktoren unserer Gesetzgebung, Abgeordnetenhaus, Herrenhaus und Staatsregierung, auf eine günstige Majorität nicht zu rechnen ist. Die Verhandlungen über die Ober-Realschule und die letzten Landtagsdebatten sind der Beweis dafür.

Die Majorität erklärt das altklassische Gymnasium noch immer für unentbehrlich, obwohl sie die allzugroße Zahl der Lateinschulen als schädlich und unzweckmäßig anerkennt. Sie wird das Realgymnasium als vortreffliche Anstalt weiterbestehen lassen, aber die Berechtigungsvermehrung wahrscheinlich nach wie vor

ablehnen. Vielleicht ließe sie sich dazu bewegen, die Verschmelzung zwischen Gymnasium und Realgymnasium zu begünstigen, also im Sinne der „lateinischen Einheitsschule" zu reformiren, aber sie wird dies nur thun unter der Bedingung der Umgestaltung zahlreicher Lateinschulen in lateinlose Anstalten.

Die gesetzgebenden Faktoren werden die Thätigkeit der verschiedenen Reformvereine, die jedenfalls bestehen bleiben dürften, mit Interesse verfolgen und an den zahllos zersplitterten Wünschen stets von Neuem wahrnehmen, wie wenig spruchreif die Sache vorläufig noch ist. Statt also den Sprung ins Ungewisse zu wagen, wird man voraussichtlich die Staatsregierung in ihren Bestrebungen, den Fortschritten der Zeit schrittweise Rechnung zu tragen und dem wirthschaftlichen Bedürfnisse entgegenzukommen, unterstützen. Der Beifall des Abgeordnetenhauses zu der Rede vom 6. März 1889 bürgt dafür.

Mögen die Reformvereine unbehelligt ihre Kommissionsberathungen über die Schulfrage fortsetzen; ganz unfruchtbar wird ihre Arbeit insofern nicht sein, als beiläufig mancher gute und brauchbare Gedanke, manche treffliche Einzelanregung, abfallen wird. Nur mögen sie darauf verzichten, Unmögliches zu erstreben und das gesammte Schulwesen und damit alles Gute und Vortreffliche desselben durch übertriebene Vorwürfe und Anklagen zu discreditiren. Je subjektiver man verfährt, je mehr man auf dem Wege der Agitation durch Darstellung von Zerrbildern unseres Schulwesens eine unbegründete Verbitterung der urtheilslosen Masse hervorzurufen bestrebt ist, um so unmöglicher ist ein Erfolg aller Reformarbeiten. Deklamatorische Überkraft, oberflächliches Urtheil, vorlautes Absprechen mögen dem Laien imponiren, zur praktischen Förderung werden sie nicht beitragen. Man schließe sich, wenn man am Vereinsleben Freude hat, Richtungen an, die sich auf Bestrebungen innerhalb eines praktisch durchführbaren Programms beschränken.

Das Urtheil über die Unmöglichkeit gewisser Reformbestrebungen wird die Vertreter der letzteren nicht gerade zu Freunden der diesseitigen Ansichten machen, aber es liegt im Interesse des Schulwesens, dasselbe ohne Scheu in voller Klarheit auszusprechen.

Und nun zur dritten Frage: In welcher Beziehung ist unser Schulwesen der Besserung bedürftig?

In dieser Hinsicht schließt sich der Verfasser zunächst dem oben abgedruckten Programm des Herrn Ministers an. Es ist zwar nicht unbedenklich, dies auszusprechen, wird doch auch in einem der citirten Aufsätze (Stahl und Eisen) dem Direktor O. Jäger bei ähnlicher Gelegenheit vorgeworfen, „er habe dem Herrn Minister sein gehorsamstes Kompliment gemacht". Aber an dergleichen Vorwürfe muß man sich im öffentlichen Leben gewöhnen. Also:

Wünschenswerth ist die Verminderung der Lateinschulen und die Vermehrung der lateinlosen Anstalten, der Ausbau der Lehrpläne, die Verbesserung der Methoden, die Herbeiführung eines gewissen Abschlusses der mittleren Allgemeinbildung nach Absolvirung der Untersecunda unserer Vollanstalten, eine bessere Ausbildung der Lehrer und die Hebung des Zeichenunterrichts, des Turnens und der Körperpflege.

Der Wunschzettel des Verfassers bezüglich der allgemein bildenden Anstalten geht jedoch noch etwas weiter. Zum Zweck der schrittweisen Vervollkommnung stellt er noch folgende Punkte zur Erwägung anheim:

1) Gleichstellung der Lehrer der lateinlosen Schulen mit denen der Lateinanstalten in Rang und Gehalt, letzteres gegebenenfalls unter Staatshülfe. An der vom Verfasser geleiteten Anstalt wurde der Normal-Etat des Gymnasiums vor einigen Jahren im Princip beschlossen und ist jetzt fast vollkommen durchgeführt. (Seitdem hat der häufige Lehrerwechsel aufgehört.) Nur auf solchem Wege läßt sich ein tüchtiges Lehrerkollegium zusammenhalten und eine feste pädagogische Tradition für die Anstalt ermöglichen.

2) Probekandidaten sollten den lateinlosen Schulen ebenso zugewiesen werden, wie den Gymnasien und Realgymnasien. So lange dies nicht geschieht, kann man nicht verlangen, daß das Publikum die lateinlosen Anstalten als pädagogisch vollwerthig betrachte. Besonders an Realanstalten, die mit technischen Fachklassen verbunden sind, kann der Kandidat der

Mathematik und Naturwissenschaft weit mehr lernen, als am Gymnasium. Dort haben sich im Laufe der Zeit Unterrichtsmethoden herausgebildet, von denen der Gymnasiallehrer keine Ahnung hat. Verfasser war früher selbst Lehrer an bedeutenden Gymnasien, als er aber zum Gewerbeschulwesen übersiedelte, staunte er über die Mannigfaltigkeit der elementaren Methoden, mit deren Hülfe der Fachunterricht die Integrationen zu umgehen sucht. Er hatte Jahre lange Arbeit nöthig, um das seit Weisbachs Thätigkeit auf diesem Felde Geschaffene zu bewältigen. Hier kann der Gymnasiallehrer vom Fachschullehrer fruchtbringendste Anregung erhalten. Auch die Laboratoriums-Arbeiten der Fachschule würden zahlreichen Kandidaten des höheren Schulamts Nutzen bringen. Vielleicht findet sich Gelegenheit, an anderem Orte ausführlicher über diesen Gegenstand zu sprechen.

3) Bezüglich des Turnens und der Jugendspiele sei jeder Stadt empfohlen, einen freiliegenden, stets offen stehenden Turnplatz mit einigen Geräthen zur Verfügung zu stellen. Auch außerhalb der Turnstunden und ohne die Aufsicht des Lehrers muß die Jugend Gelegenheit haben, sich der körperlichen Kraftentwickelung zu widmen. Verfasser hat seine Vaterstadt (Merseburg) in dieser Hinsicht in dankbarer Erinnerung behalten. Dort verging kein einigermaßen geeigneter Tag des Sommers oder Winters, an dem nicht eine ganze Anzahl von Gymnasiasten auf dem herrlichen Turnplatze ihre Kräfte in jugendfrischem Wetteifer geübt hätten. Gerade dieses freiwillige Turnen ohne Zwangsaufsicht ist ein Erziehungsfaktor von besonderer Bedeutung.

Bezüglich des Fachschulwesens schlägt Verfasser noch vor:

4) Schrittweise Vermehrung der niederen und mittleren Fachschulen nach Maßgabe des praktischen Bedürfnisses. Sicher würden sich z. B. bautechnische Fachklassen, die den Besitz des einjährigen Dienstrechts als Eintrittsbedingung verlangen, ebenso bewähren, wie die maschinentechnischen. Der Eintritt eines Obersekundaners oder Primaners in die niedere Baugewerkschule ist jedenfalls mit denselben Übelständen verknüpft, die man in gleicher Hinsicht bei den alten Provinzial-Gewerbeschulen beobachtete. Zum Unterrichte gehört ein möglichst homogenes Schülermaterial. Manche jungen Leute treten jetzt nicht zum Baufach

über, weil sie die Baugewerkschule nicht gern besuchen wollen. Ein Vorwurf für diese segensreich wirkenden Anstalten ist hiermit nicht beabsichtigt, es handelt sich nur um einen Vorschlag zur Arbeitstheilung. Auch die Einrichtung chemisch-technischer und hüttentechnischer Fachschulen mittleren Ranges und von Handelsschulen entsprechender Art wäre in Erwägung zu ziehen.

5) Zu empfehlen ist Vieles aus den Vorschlägen des Vereins deutscher Ingenieure zur Hebung des mittleren Fachschulwesens. Das Wesentliche ist oben angegeben.

6) Die Einrichtung technisch-pädagogischer Vorträge für künftige Gewerbeschullehrer an mindestens einer unserer technischen Hochschulen ist unerläßlich. Es handelt sich dabei besonders um die elementaren Methoden der Mechanik, insbesondere der Festigkeitslehre, der technischen Curvenlehre und Kinematik, des Körperberechnens und dgl. unter Umgehung der Differential- und Integralrechnung und möglichst auch der analytischen Geometrie.

7) Die frühere staatliche Prüfungskommission für das Lehramt an Gewerbeschulen muß wieder errichtet werden, wenn man überhaupt die Absicht hat, das Gewerbeschulwesen zu heben. Augenblicklich hat man bei der Wahl technischer Lehrer kein Urtheil über ihre elementare Unterrichtsfähigkeit, höchstens über ihre praktische Vorbildung und ihre hochtheoretischen Studien.

8) Regelung der Gehalts-, Rang- und Relikten-Verhältnisse der Fachschullehrer.

9) Staatsunterstützung für die Herstellung geeigneter Fachschulgebäude. Bisher war das preußische Fachschulwesen in dieser Hinsicht fast nur auf den guten Willen der Städte und ihrer Stadtverordneten angewiesen. Wo jedoch der Staat ausnahmsweise helfend eintrat, fand stets zum Segen der Industrie ein erfreulicher Aufschwung der Fachschulen statt.

10) Für größere Schulen wäre die Anstellung von Schulsekretairen von größter Wichtigkeit. Unseren Direktoren steht augenblicklich eine Schreibhülfe überhaupt nicht zu Gebote, und so müssen sie viel kostbare Zeit für Dinge verwenden, die jeder Schreiber

ebensogut besorgen könnte. Nun ist aber das Hospitiren des Direktors in den Klassen eine Amtspflicht, deren ausgiebige Erfüllung einen weit größeren Nutzen bringen würde, als die Anstellung eines Schreibers Kosten verursacht. Das Verwaltungspersonal der technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz umfaßt einen Kassirer und Rechnungsführer, drei Expedienten, einen Hausmeister, Schuldiener und mehrere Laboratoriumsdiener. Dergleichen kennt man bei uns nicht. In Preußen hat der Direktor seine Berichte nicht nur zu entwerfen, sondern sie auch in Reinschrift zu bringen, auf ihm lastet der Verkehr mit den städtischen Behörden, auf ihm der zeitraubende Briefwechsel mit den Eltern in Aufnahmeangelegenheiten und bei sonstigen Anfragen. Er hat die Schülerlisten, das Aufnahmealbum, das Rechnungswesen der Schule selbst zu führen, die Inventarlisten hat er entweder selbst anzufertigen, oder wenigstens die Arbeit der damit beauftragten Lehrer verantwortlich zu prüfen. Kurz, an großen Anstalten lastet auf dem Direktor täglich eine mehrstündige Schreiberarbeit, deren Zeit naturgemäß der weit werthvolleren Aufsichtsarbeit entzogen wird.

11) Die Berechtigungsangelegenheiten betrachtet Verfasser, wie schon oft erwähnt, als Nebensache. Trotzdem dürfte wohl zur Erwägung gestellt werden, ob die Abiturienten mittlerer technischer Fachschulen, die also schon vor dem Fachschulunterricht in sechsjährigem Kursus das einjährige Dienstrecht erworben hatten, nicht bessere Vorbildung für die Laufbahn der Telegraphen-Inspektoren des Eisenbahnwesens haben würden, als die durch den 7jährigen Kursus einer Lateinschule gegangenen Schüler. Ihre Kenntnisse im Bau- und Maschinenwesen, ihre Fertigkeit im technischen Zeichnen, ihre vorhergegangene praktische Werkstättenarbeit, ihre physikalischen und chemischen Laboratoriumsübungen würden doch wohl ganz andere Bürgschaften für die entsprechende Leistungsfähigkeit sein, als die augenblicklich verlangte Vorbildung.

Dasselbe ließe sich von gewissen Stellungen im Telegraphenwesen der Reichs-Postverwaltung sagen, wenn nicht dort die Lateinbildung grundsätzlich als unerläßlich bezeichnet würde.

Nachdem jedoch das Ministerium der öffentlichen Arbeiten den genannten Abiturienten die Stellen der Werkstätten-Vorsteher

und der technischen Eisenbahn- und Betriebssekretaire, das Marine-ministerium aber die der Marine-Konstruktions-Sekretaire und bei hervorragender praktischer Tüchtigkeit ebenfalls die der Werkstätten-vorsteher eröffnet hat, nachdem ihnen sogar der Beruf des Land-messers freigestellt worden ist, wird man wohl auch in anderen Zweigen auf die zweckmäßig vorgebildeten Abiturienten jener Anstalten aufmerksam werden. Diese sind aber von der Privat-Industrie derart gesucht, daß jene Berechtigungen für die Anstalten durchaus nicht nöthig sind. Wird man jene Schüler einst ge-brauchen, so kommen die Berechtigungen von selbst.

Soviel über die Wünsche und Vorschläge des Verfassers. Jedenfalls wird man in ihnen keine maßlosen Forderungen finden. Allzugroße Eile hat es mit ihrer Erfüllung nicht, man kann sie sich in Ruhe überlegen. Sollten sie jedoch in den nächsten Jahr-zehnten Berücksichtigung finden, so würde damit eine Schulreform, wenn auch bescheidener Art, geschaffen, deren segensreiche Folgen nicht ausbleiben könnten. Während Reformprojekte der gebräuch-lichen Art in der Regel ganze Schulgruppen und Parteien gegen sich haben, würde dies bei den genannten Vorschlägen schwerlich der Fall sein, wenigstens nicht von vorurtheilsfreier und gerecht denkender Seite her. Handelt es sich doch nicht um einen ge-waltsamen Bruch mit der Vergangenheit, sondern nur um den schrittweisen Ausbau derjenigen Zweige des Schulwesens, die bisher bei uns in geradezu auffallender Weise vernachlässigt worden sind.

Hiermit möchte der Verfasser seine Betrachtungen schließen und seine Vorschläge der Erwägung der Behörden und der bethei-ligten Kreise anheimstellen.

§ 11.

Statistischer Anhang.

Ein Theil der extremen Reformpartei verfolgt die Taktik, den Aufschwung der höheren Bürgerschulen in Preußen zu leugnen und ihre angebliche Berechtigungslosigkeit als den Todeskeim dieser Anstalten zu bezeichnen. Dabei finden Zahlenmanipulationen statt, die für weniger Informirte den Schein der Beweiskraft haben, auf den Kenner des Gebietes aber einen anderen Eindruck machen.

Die Möglichkeit irrthümlicher Auffassungen ist dadurch gegeben, daß die officiellen Zahlen in der Regel um zwei Jahre rückwärts liegen und nur diejenigen Anstalten umfassen, die staatlicherseits als fertig oder wenigstens als absolut gesichert betrachtet werden, daß ferner nicht die einzelnen Anstalten in ihrer Entwickelung verfolgt werden.

Um dem abzuhelfen, hat Verfasser aus dem „Statistischen Jahrbuche" von Teubner (Mushacke) für die Zeit von 1882 ab Tabellen ausgezogen, die sich auf die lateinlosen Einzelanstalten beziehen und bis 1889/90 reichen. Dieselben sind unten abgedruckt und können mit den angeschlossenen officiellen Zahlenreihen verglichen werden.

Ohne gewisse Mängel geht es dabei nicht ab. Das Material ist nur ein halbamtliches, nicht streng officielles. Bei einzelnen Anstalten sind die Vorschulen nicht, oder erst in den letzten Jahren abgesondert worden. In letzterem Falle entsteht ein scheinbarer Rückgang der Anstalten z. B. bei Liegnitz nach 1885 von 462 auf 319. Weil bei Kassel und Barmen die (übrigens nicht zahlreichen) Fachschüler nicht ausgeschieden werden konnten, sind sie auch bei Hagen des Vergleichs halber mitgezählt. Hier können sie nach folgender Reihe abgezogen werden: 10, 18, 36, 45, 47, 47, 60, 71. Zum Schluß wurde bei Hagen die Gesammtfrequenz eingeschrieben, d. h. auch die wenigen im Herbst eingetretenen Schüler wurden mitgezählt.

Graudenz, Berlin VI, Mülheim a. d. Ruhr, und Cottbus, von denen Verfasser die Zahlen erfahren konnte, sind mit aufgeführt, obwohl sie sich bei Teubner noch nicht befinden. Bochum ist von 1886 ab aus den höheren Bürgerschulen ausgeschieden, weil es die siebente Klasse mit einigen wenigen Schülern aufsetzte. Dadurch entsteht ein scheinbarer Abgang von etwa 400 Schülern. Wer ein solches Ereigniß als ein Todeszeichen für die höhere Bürgerschule ansehen will, wie es Herr Dr. Viereck in einem vom 14. December 1889 datirten Aufsatze der „Nordd. Allg.-Ztg." verlangt, der mag es getrost thun. Voraussichtlich treten in Zukunft noch weitere „Sterbefälle" dieser Art ein, die künftig womöglich eine Vermehrung der Ober-Realschulen veranlassen

werden. Nur eine einzige Anstalt, Cassel, ist eingegangen, um jedoch sofort durch eine Realschule ersetzt zu werden.

Die officiellen Zahlen für die verschiedenen Schulgruppen sind in der Regel größer, als die aus dem Jahrbuche berechneten.

Die Vorbemerkungen mußten gemacht werden, um Angriffen gegen die Tabelle vorzubeugen. Es sei hinzugefügt, daß Verfasser auf die Summationszahlen gar keinen Werth legt, er wollte lediglich die Möglichkeit geben, die Entwickelung der einzelnen Schulen zu verfolgen. Jedenfalls bestätigt die Tabelle weder die Todeskeimtheorie, noch die Behauptungen über die angebliche Erfolglosigkeit der Empfehlungen, die Herr Kultusminister Dr. von Goßler den höheren Bürgerschulen zu Theil werden ließ. Keine einzige der höheren Schulformen in Preußen hat in neuerer Zeit eine auch nur annähernd so günstige Entwickelung aufzuweisen, wie die höhere Bürgerschule. Auf eine etwaige Widerlegung dieser Behauptung dürfte man gespannt sein. Verfasser ist überzeugt, daß auch die absichtlichsten Korrekturversuche diesen Satz nicht umstoßen können.

Frequenz der lateinl. höh. Bürgerschulen in Preußen.

	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889
1. Königsberg i. Pr.	195	227	231	259	279	279	288	280
2. Breslau I	412	412	403	388	377	370	388	379
3. Breslau II	589	562	562	565	569	566	565	546
4. Breslau III	550	500	500	500	500	500	500	500
5. Liegnitz	—	403	445	462	319	348	353	358
6. Erfurt	200	200	220	242	242	242	253	247
7. Hannover I	490	492	472	479	489	490	497	505
8. Hannover II	160	185	196	182	189	258	302	353
9. Bochum	155	213	253	296	345	—	—	—
10. Dortmund	480	410	466	470	476	480	480	480
11. Hagen	203	244	342	400	410	432	482	537
12. Cassel	132	122	138	140	145	128	—	—
13. Barmen	204	224	246	251	242	258	293	293
14. Düsseldorf	300	315	320	370	375	387	441	466
15. Köln	245	304	369	422	469	460	470	478
16. Frankfurt a. M. (Selektenschule)	—	—	187	187	187	187	187	190
17. Essen	—	—	199	230	253	262	298	336
18. Berlin I	—	—	—	200	272	325	369	408
19. Hechingen	—	—	—	—	—	97	94	96
20. Emden	—	—	—	—	—	103	145	170
21. Geestemünde	—	—	—	—	—	182	190	205
22. Berlin II	—	—	—	—	—	—	293	333
23. Berlin III	—	—	—	—	—	—	221	282
24. Berlin IV	—	—	—	—	—	—	222	290
25. Görlitz	—	—	—	—	—	—	400	396
26. M.-Gladbach	—	—	—	—	—	—	121	195
27. Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	597	560
28. Graudenz	—	—	—	—	—	—	—	389
29. Berlin V	—	—	—	—	—	—	—	221
30. Cottbus	—	—	—	—	—	—	—	175
31. Potsdam	—	—	—	—	—	—	—	362
32. Mülheim a. d. Rh.	—	—	—	—	—	—	—	85
33. Berlin VI	—	—	—	—	—	—	—	132
	4315	4813	5549	6043	6138	6354	8449	10247

Außerdem existiren einige berechtigte lateinlose Privatschulen, z. B. die Handelsschulen zu Danzig, Berlin, Breslau, Erfurt (?) und Osnabrück, die Privatinstitute Brötz zu Frankfurt a. M., Garnier zu Friedrichsdorf, Hofmann zu Goarshausen, Lauterberg, Paderborn und eine Abtheilung des Knickenbergschen Instituts zu Telgte. Berechtigte Landwirthschaftsschulen ohne Latein befinden sich zu Bitburg, Brieg, Cleve, Flensburg, Herford, Liegnitz, Marienburg. Ihre Aufnahme in die Tabelle würde die Abweichung von den officiellen Zahlen allzusehr verstärkt haben.

Auch die siebenklassigen Realschulen ohne Latein sind in stetigem Aufschwunge begriffen.

Frequenz der lateinlosen Realschulen.

	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889
1. Ottensen-Altona	100	128	141	149	144	136	136	147
2. Bockenheim	198	177	177	177	177	219	227	220
3. Cassel I	560	578	574	607	642	666	756	584
4. Frankfurt a. M. (Adlerflychtschule)	188	201	226	223	217	259	309	350
5. Frankfurt a. M. (Isr. Gemeindeschule)	336	323	332	312	304	295	287	282
6. Frankfurt a. M. (Sch. d. Isr. Relig.-G.)	192	196	196	205	202	198	217	247
7. Hanau	279	283	291	285	284	280	280	275
8. Homburg v. d. Höhe	230	255	255	255	243	231	—	—
9. Aachen (m. Fachsch.)	164	214	244	280	308	342	397	400
10. Barmen-Wupperfld.	201	199	192	219	235	235	259	267
11. Crefeld	284	283	280	361	444	465	511	556
12. Rheydt	164	150	168	190	220	250	265	298
13. Wiesbaden	328	342	382	412	428	429	429	461
14. Halle	—	—	—	111	142	220	290	363
15. Saarbrücken	—	—	—	—	243	272	206	300
16. Bochum	—	—	—	—	—	398	442	430
17. Potsdam	—	—	—	—	—	205	183	222
18. Cassel II	—	—	—	—	—	—	—	172
	3224	3329	3458	3786	4233	5100	5194	5574

Homburg v. d. H. ist in den Schlußkolonnen schon gestrichen, weil es zum Progymnasium übergeht. Saarbrücken, früher Gewerbeschule, ist jetzt im Wesentlichen als Realschule zu betrachten.

Altona wurde nicht mitgezählt, weil es zugleich Realgymnasium ist. Rheydt baut nebenbei Gymnasium auf, ein für mittlere Städte sehr zweckmäßiges Verfahren.

Sogar die Ober-Realschulen sind trotz der Berechtigungsentziehung noch im Fortschritt begriffen:

Frequenz der Ober-Realschulen.

		1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889
1.	Berlin, Fried. Werd.	564	564	533	533	527	533	520	517
2.	Beilin, Louisenst.	507	512	521	529	531	537	532	535
3.	Potsdam	232	243	227	229	234	—	—	—
4.	Breslau m. Fachkl.	510	548	560	500	570	590	590	610
5.	Gleiwitz m. Fachkl.	220	220	250	270	280	280	300	300
6.	Halberstadt	162	167	178	186	222	237	255	270
7	Magdeburg, Guericke	613	611	618	629	672	709	780	819
8.	Kiel	260	280	283	325	369	387	421	411
9.	Köln	300	328	335	346	329	355	351	380
10.	Elberfeld m. Fachkl.	408	457	503	521	524	530	563	560
11.	Frankfurt a. M. (Klingerschule)	498	493	482	515	514	519	526	526
		4274	4423	4490	4583	4772	4677	4858	4928

Potsdam ist Realschule geworden. In Magdeburg sind neuerdings parallele Lateinklassen eingerichtet worden. Coblenz, welches den Übergang zum Realgymnasium schon seit Jahren vollendet hat, fand keine Berücksichtigung in der Tabelle. Wiesbaden sollte ursprünglich Oberrealschule werden, blieb aber bei der Realschule stehen.

Frequenz sämmtlicher lateinlosen Schulen.

	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889
a. Höh Bürgerschul.	4315	4813	5549	6043	6138	6354	8449	10247
b. Realschulen	3224	3329	3458	3786	4233	5100	5194	5574
c. Oberrealschulen	4274	4423	4490	4583	4772	4677	4838	4928
	11 813	12 565	13 497	14 412	15 143	16 131	18 481	20 749

Von anderer Seite wurde dem Verfasser zum Vergleiche folgende Tabelle zugesandt, bei der Berlin 5 und 6 und einige andere Neugründungen nicht berücksichtigt sind, während bei den Realschulen durch Berücksichtigung vorher ausgelassener Anstalten eine größere Summe entsteht.

Sommersemester.

	1883		1886		1889	
	Zahl der Anstalten	Frequenz	Zahl der Anstalten	Frequenz	Zahl der Anstalten	Frequenz
Höh. Bürgerschul.	21	5214	22	6432	27	8472
Realschulen	16	4025	17	4790	21	6635
Ober-Realschulen	12	4048	12	4839	10	4625
	49	13 287	51	16 061	58	19 732

Auch nach dieser Tabelle wachsen die lateinlosen Schulen um etwa $6^1/_2$ Tausend, während die Gymnasien und Progymnasien vom Sommer 1883 bis 1889 nur von 83 572 auf 83 786, die Realgymnasien und Realprogymnasien von 35 555 auf 35 445 gehen, was Stillstand bezw. Rückschritt bedeutet. Auch diese Zahlen für 1889 verdankt Verfasser dem betreffenden Gewährsmann.

Zahlen nach dem Centralblatte der Unterrichts-Verwaltung.

		Höh. Bürgerschul.	Realschul.	Oberrealsch.	Zusammen
Sommer	1882	4514	4161	4120	12 795
„	1883	5214	4025	4048	13 287
„	1884	5394	3537	4980	13 911
„	1885	5931	4151	5120	15 202
„	1886	6432	4790	4839	16 061
„	1887	6698	5675	4692	17 065

		Realgymnasien	Realprogymnasien	Zusammen
Sommer	1882	26 725	9428	36 153
„	1883	26 340	9215	35 555
„	1884	25 605	9426	35 031
„	1885	24 706	9050	33 756
„	1886	24 929	8994	33 923
„	1887	25 455	9747	35 202

		Gymnasien	Progymnasien	Zusammen
Sommer	1882	78 126	4087	82 213
„	1883	79 291	4281	83 572
„	1884	79 783	4139	83 922
„	1885	80 019	4274	84 293
„	1886	80 450	4692	85 142
„	1887	80 983	4348	85 331

Summe sämmtlicher

		a) Lateinschüler	b) lateinloser Schüler
Sommer	1882	118 366	12 795
"	1883	119 127	13 287
"	1884	118 953	13 911
"	1885	118 049	15 202
"	1886	119 065	16 061
"	1887	120 533	17 065

Zahl der Schulen.

Sommer	Gymn.	Progymnas.	Realgymnas.	Realprogymnas.	Ober-Realsch.	Realsch.	Höh. Bürgersch.
1882	253	36	90	85	12	17	20
1883	253	36	90	86	12	16	21
1884	255	36	89	89	14	15	19
1885	259	38	89	86	14	16	21
1886	263	40	89	86	12	17	22
1887	264	39	88	89	11	19	23

Durchschnittsfrequenzen.

Sommer	Gymn.	Realgymnas.	Ober-Realsch.	Progymnas.	Realprogymnas.	Realsch.	Höh. Bürgersch.
1882	309	297	343	114	111	245	226
1885	309	278	366	113	105	259	282
1886	306	280	403	117	105	282	292
1887	307	289	427	111	110	299	291

Also pro Jahrgang.

1882	$34^3/_9$	33	$38^1/_9$	$16^2/_7$	$15^6/_7$	35	$37^4/_6$
1886	34	$31^1/_9$	$44^7/_9$	$16^5/_7$	15	$40^2/_7$	$48^4/_6$
1887	$34^1/_9$	$32^1/_9$	$47^4/_9$	$15^6/_7$	$15^5/_7$	$42^5/_7$	$48^3/_6$

Zahl der Abiturienten 9-klassiger Anstalten.

	Gymn.	Realgymn.	Oberrealsch.	Summe aller Abit.
1882/83	3460	679	61	4200
1883/84	3420	638	46	4104
1884/85	3583	623	34	4240
1885/86	3567	574	32	4173
1886/87	3582	542	35	4159
1887/88	3670	477	28	4175

Durchschnittszahl der Abiturienten für jede Schulform.

	Gymnasien	Realgymnasien	Ober-Realschulen
1882/83	14	$7^1/_2$	$5^1/_6$
1883/84	$13^1/_2$	$7^8/_9$	$3^5/_6$
1884/85	14	7	$2^3/_7$
1885/86	14	$6^1/_4$	$2^1/_4$
1886/87	$13^1/_2$	$6^1/_{11}$	3
1887/88	14	$5^7/_{11}$	$2^6/_{11}$

Einige Folgerungen.

Seit 1882 schreitet die Entwickelung des lateinlosen Schulwesens in Preußen weit schneller voran, als die des lateinischen. Die Zahl der lateinlosen Schüler wird die der realgymnasialen Gruppe im Laufe dieses Jahrzehnts voraussichtlich überholen. Die Zahl der lateinlosen Schulen hat in den beiden letzten Jahren eine ruckweise Vermehrung erfahren, die sich wahrscheinlich fortsetzen wird.

Eine wesentliche Erhöhung der Durchschnittsfrequenz findet in dem betrachteten Zeitraume nur bei den lateinlosen Anstalten statt. Dasselbe gilt von ihren

Jahrgängen. Bei einigen lateinischen Formen dagegen bemerkt man eine leise Abnahme. Auffallend schwach sind die Jahrgänge an Progymnasien und Realprogymnasien besucht.

Die Abiturientenzahl der Realgymnasien nimmt stetig ab, sehr stark auch die der Ober-Realschulen. Die Zunahme der Gymnasialabiturienten hat jene Abnahme fast vollständig gedeckt.

Läßt man das höhere Schulwesen noch ein Jahrzehnt in der augenblicklichen Gestaltung, so wird sich wahrscheinlich eine langsame Verstärkung der Gymnasialgruppe, eine starke Vermehrung der lateinlosen Anstalten und eine Schwächung der realgymnasialen Formen ergeben. Ob darin eine Besserung oder Verschlechterung der Schulverhältnisse zu finden sein würde, das sei der Beurtheilung der verschiedenen Parteien überlassen, die in dieser Beziehung niemals einig werden dürften. Des Verfassers Ansicht, die nichts mit der Werthschätzung der einzelnen Schulformen zu thun hat und sich lediglich nach dem wirthschaftlichen Bedürfnisse richtet, ist aus den obigen Betrachtungen zu entnehmen.